

Ländliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum - am Beispiel der Gemeinde Galenbeck

Studie der Universität Rostock, mit Unterstützung des
Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern



Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck

Abschlußbericht

Erstellt von

Kristina Baade, Peter A. Berger, Martin Buchsteiner, Anne Ewald, Rene Fischer, Diana Fülkell, Sandro Geister, Iris Gruber, Sven Henning, Daniel Holtermann, Hannes Ickert, Christian Kiwall, Stefan Klafehn, Claudia Neu, Stephan Christoph Pilch, Nora Sanne, Marlen Schröder, Cathleen Soltow, Olaf Tietje, Christian Völkner, Mathias Zuppa

Unterstützt vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Mecklenburg-Vorpommern

Rostock, September 2007

Ansprechpartnerin:

Dr. Claudia Neu
Universität Rostock
Institut für Soziologie und Demographie
18051 Rostock
Tel.: 0381/498 4367
Fax.: 0381/498 4364
Internet: www.soziologie.uni-rostock.de



Zusammenfassung

Infolge schrumpfender und alternder Bevölkerung, ökonomischer Strukturschwäche und sinkenden EU-Fördergeldern wird die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden und reibungslos funktionierenden Infrastruktur in peripheren ländlichen Räumen zu einer großen Herausforderung. Es besteht die Notwendigkeit, neue Lösungen zur Vorhaltung von Infrastruktur zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Zusätzlich ist die Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass sie keinen Engpass für zukünftige Entwicklungen darstellt.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes untersuchten 19 Studentinnen und Studenten der Universität Rostock unter der Leitung von Prof. Dr. Peter A. Berger und Dr. Claudia Neu vom Institut für Soziologie und Demographie im September 2006 in der *Gemeinde Galenbeck* (Mecklenburg-Strelitz), welche (infrastrukturellen) Anpassungsstrategien zur Erhaltung einer umfassenden *Grundversorgung* und *Erhaltung von Lebensqualität* zukünftig in einer ländlichen Gemeinde notwendig werden? Von zentraler Bedeutung ist dabei die Beantwortung der Frage, welchen (ehrenamtlichen) Beitrag können und wollen die Bewohner zukünftig für ihre Gemeinde leisten?

Die Gemeinde Galenbeck liegt im Nordosten des Landkreises Mecklenburg-Strelitz, einem strukturschwachen Gebiet, das bis heute stark agrarisch gefärbt ist und ohne nennenswerte Industrieansiedlung auskommen muss. Im Jahr 2003 entstand die Großgemeinde Galenbeck durch die Zusammenlegung der Gemeinden Kotelow, Schwichtenberg und Wittenborn. Galenbeck weist auch im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern mit 16 Einwohnern/km² eine sehr geringe Besiedlung auf und zeigt alle Anzeichen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung.

Die empirische Erfassung der Bedarfe im Bereich der Daseinsvorsorge erfolgte über die Methode des Communal Need Assessment Survey, einer aus den USA stammenden und bisher in Deutschland wenig verwendeten Erhebungstechnik zur *systematischen Versorgungsplanung und -gestaltung* von Gemeinden. In anglo-amerikanischen Ländern hat sich diese Methode als sehr hilfreich erwiesen, um (private und öffentliche) *Bedarfe und Bedarfsdeckung abzugleichen* sowie *potentielle Bereitschaft zum Eigenengagement* abzufragen. Darüber hinaus können mittels Community Need Assessments *Prioritäten* der

Bevölkerung in Bezug auf geplante Ausgaben und Entwicklungen (Sportplatz, Schule, etc.) ermittelt werden.

Im Zentrum der neun Experteninterviews und der 222 kombinierten Personen-Haushalts-Befragungen („Küchentisch-Interviews“) in der rund 550 Haushalte umfassenden Gemeinde standen Fragen nach der aktuellen Zufriedenheit mit der Infrastrukturausstattung und dem Wohnumfeld sowie den wahrgenommenen Bedarfen an zukünftiger Infrastruktur. Darüber hinaus wurde abgefragt, wie es um das aktuelle und zukünftige bürgerschaftliche Engagement in der Gemeinde bestellt ist. In einem letzten Fragenblock wurde die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger überprüft, das vor allem freizeitorientierte bürgerschaftliche Engagement stärker auf öffentliche Aufgaben (Fahrgemeinschaften für Kinder- und Senioren, Private Trägerschaften von Schulen und Kindergärten etc.) zu übertragen.

Die wichtigsten Ergebnisse der empirischen Untersuchung im Überblick:

- **Lokale Infrastruktur:** Die befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger wiesen hohe Zufriedenheitswerte mit der technischen Infrastruktur und dem Wohnumfeld auf. Große Unzufriedenheit wurde mit der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie den Einkaufsgelegenheiten und dem ÖPNV ermittelt.
- **Wahrgenommener Bedarf an Infrastruktur:** Nach Ansicht der befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger kann auf einen weiteren Ausbau der technischen Infrastruktur – mit Ausnahme der Breitbandverbindungen – im Augenblick verzichtet werden. Die knappen kommunalen Mittel sollten eher für den Bestandserhalt und die Erweiterung der medizinisch/pflegerischen Versorgung sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur ausgegeben werden.
- **Gemeindegebietsreform:** Häufig wurde an der Gemeindezusammenlegung und den weiten Wegen zu Ämtern und Behörden Kritik geübt. Für viele Befragte hat sich mit der Entstehung der Großgemeinde eine besondere Konzentration (Sanierungen, Dorffeste) auf den größten Ortsteil (Sitz des Bürgermeisters) ergeben, die nun zu einer (vermeintlichen) Vernachlässigung anderer Ortsteile führt. Eine gemeinsame Identität hat sich – erschwert durch große Entfernungen zwischen den einzelnen Ortsteilen - in der neu entstandenen Großgemeinde bisher nicht herausgebildet. Bezugspunkte sind weiterhin die Altgemeinden.

- **Bürgerschaftliches Engagement:** Die Aktivitätsquote der befragten Galenbecker, die sowohl gemeinschaftliche Aktivitäten wie freiwilliges Engagement umfasst, lag bei 33 Prozent. Gut die Hälfte der aktiven Bürgerinnen und Bürger ist in mehr als einem Verein oder einer Organisation gesellschaftlich tätig. Positiven Einfluss auf die gemeinschaftliche Aktivität und das freiwillige Engagement hatten die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, geringes Lebensalter, höherer Bildungsstand und ob eine weitere aktive Personen im Haushalt lebt.
- **Engagementpotential:** Rund die Hälfte der Befragten gab an, sich zumindest vorstellen zu können, zukünftig (stärker) bürgerschaftlich aktiv zu sein. Allerdings war diese Bereitschaft an Bedingungen wie Zeit, Anerkennung oder Angebote vor Ort geknüpft. Positiven Einfluss auf eine verstärkte öffentliche Beteiligung hatten lediglich das Alter und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Pflegebedürftige Personen im Haushalt erwiesen sich als sehr starkes Aktivitätshemmnis. Voranschreitende Alterung verbunden mit steigendem (häuslichen) Pflegebedarf, ein Mangel an Kindern und Jugendlichen wie die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt lassen für die Zukunft keine Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements erwarten.
- **Bereitschaft zur Übernahme kommunaler Aufgaben:** Die überwiegende Mehrheit der Befragten zeigt zumindest Bereitschaft, bei einzelnen kommunalen Aufgaben „einzuspringen“. Bevorzugt werden vor allem praktische Tätigkeiten (Pflege von öffentlichen Plätzen, Fest veranstalten) und Fahrgelegenheiten für Senioren anzubieten. Hierbei handelt es sich jedoch um eher fallbezogene Angebote von Seiten der Bürger, die insgesamt wenig institutionalisiert sind, so dass sich daraus keine nachhaltigen Infrastrukturlösungen ableiten lassen. Maximal können die Angebote der Bürger als ergänzend verstanden werden. Große Vorbehalte bestanden bei den befragten Bürgern hingegen, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden oder die Gemeinde z.B. bei der Beantragung von Fördermitteln zu unterstützen.

Folgende Handlungsoptionen lassen sich aus den Ergebnissen ableiten:

- **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements:** Das bürgerschaftliche Engagement in Galenbeck ruht auf wenigen Schultern. Die Mehrheit der Aktiven ist bereits beruflich und familiär stark eingebunden und nicht selten in mehr als einem Verein tätig. Diese aktiven und engagierten Bürger bedürfen nicht nur einer verstärkten

sozialen Anerkennung für ihre Tätigkeiten, sondern auch einer stärker professionalisierten Unterstützung bei der Vernetzung mit anderen Gruppen, der Informationsgewinnung und Veranstaltungsplanung. „Angesprochen werden“ wollen viele der bisher nicht aktiven Befragten. Es greift zu kurz, die Wünsche der Nichtaktiven „links liegen zu lassen“ oder darauf zu hoffen, dass sich schon jemand ihrer annehmen wird. Vielmehr können professionalisierte Unterstützung sowie Kooperationsangebote mit Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen regelmäßige Angebote für Senioren, Kinder und Jugendliche unterbreiten. Bürgerschaftliches Engagement entsteht vor allem dort, wo es erlebt werden kann.

- **Soziale Orte schaffen:** Existiert keine Schule oder keine Einkaufsgelegenheit mehr vor Ort, werden die Kirchen geschlossen und bleiben die Bushäuschen verwaist, dann ergeben sich im öffentlichen Raum kaum noch über den Zufall hinausgehende Gelegenheiten für Begegnungen, es fehlt an Orten für öffentliche Kommunikation. Soziale Orte können Spielplätze sein, ausgebaute Feuerwehrehäuschen, umgenutzte Kirchen oder leer stehende Wohnungen in Plattenbauten. Das Vorhandensein dieser Orte allein genügt nicht, sonst bleiben sie lediglich schön hergerichtet, aber menschenleer. Es bedarf stets sozialer Aktivitäten, die sich an die Orte binden und sie mit Leben erfüllen.
- **Multifunktionale Nahversorgung ausbauen:** Eng verbunden mit dem Mangel an sozialen Orten ist die stark ausgedünnte Nahversorgungsinfrastruktur. Dorfläden mit an den Bedürfnissen der Bewohner orientiertem Angebot an Lebensmitteln, Getränken und ergänzenden Dienstleistungen wie Reinigungs- und Schneidereiservice schaffen eine deutliche Verbesserung der Nahversorgung. Ein Dienstleistungsterminal ermöglicht zusätzlich die Erledigung von Bankangelegenheiten, Geld- und Fahrkartenziehen und das Bearbeiten von Amtsformularen. Ein Dorf- oder Gemeindeladen kann so nicht nur die Lebensqualität der Bewohner verbessern, sondern auch zu einem Treffpunkt in der Gemeinde werden.
- **Flexible Angebotsformen finden und Angebote kombinieren:** Leere Linienbusse fahren durch dünn besiedelte Räume, Landpraxen können nicht wieder besetzt werden und Kinder fahren immer weitere Wege zur Schule. In Zukunft wird es weniger um natursteingepflasterte Straßen und mit Reet gedeckte Häuser gehen, als um die Teilhabechancen der Bewohner entlegener ländlicher Räume am gesellschaftlichen Leben. Starre Angebotsformen wie im ÖPNV und bei Mindestklassengrößen sind

durch flexible an den lokalen Bedürfnissen der Bürger orientierte Dienstleistungen zu ersetzen.

- **Handlungsspielräume schaffen:** Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geht bisher lediglich mit einer Rückverlagerung von Pflichten an die Bürger einher – nicht aber mit einem Mehr an Rechten und Handlungsspielräumen. Sollen die Bürger aber in Zukunft stärker eigenverantwortlich und in Ergänzung zu kommunalen Aufgaben agieren, müssen ihnen vermehrt rechtliche und finanzielle Handlungsspielräume eingeräumt werden. „Alibibeteiligung“ sollte vermieden werden, denn Partizipation ohne Mitbestimmung lähmt die Freude am Engagement.

Inhaltsverzeichnis

<i>Zusammenfassung</i>	4
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	9
<i>Tabellenverzeichnis</i>	10
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	10
<i>1 Einleitung</i>	11
<i>2 Untersuchungsdesign</i>	13
<i>3 Die Gemeinde Galenbeck</i>	15
3.1 Dorfmonographien	18
3.2 Infrastrukturausstattung in der Gemeinde Galenbeck	23
3.3 Soziodemographische Merkmale der befragten Haushalte	26
<i>4 Zufriedenheit mit Infrastrukturausstattung und Infrastrukturbedarf in der Gemeinde Galenbeck</i>	32
4.1 Wahrgenommene Veränderungen in der Gemeinde	33
4.2 Zufriedenheit mit lokaler Infrastruktur und Wohnumfeld	34
4.3 Mehr an ÖPNV, Einkaufsgelegenheiten und Freizeitangeboten - Wahrgenommene Bedarfe an lokaler Infrastruktur und Dienstleistungen	39
4.4 „Infrastrukturkonkurrenz“ – Am wenigsten benötigte Infrastruktur	41
4.5 „Wenn mir jemand hilft, fände ich das schon gut....“ – der Dienstleistungsterminal	43
4.6 Zukünftiger Infrastrukturbedarf in der Gemeinde Galenbeck	44
<i>5 Gemeinschaftsaktivität und freiwilliges Engagement in der Gemeinde Galenbeck</i>	51
5.1 Aktivität und Engagement in Galenbeck	52
5.2 Großes Engagementpotential, aber...	62
<i>6 Bereitschaft zur Eigeninitiative im kommunalen Bereich</i>	70
6.1 Verantwortlichkeit für Infrastruktur	70
6.2 Engagement für die Gemeinde	72
<i>7 Regionale Planung und Daseinsvorsorge</i>	76
<i>8 Fazit</i>	79
<i>Literaturverzeichnis</i>	81
<i>Internetquellen</i>	83
<i>Appendix</i>	85

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anzahl der befragten Haushalte pro Ortsteil.....	15
Tabelle 2: Altersaufbau der Untersuchungsgruppe.....	27
Tabelle 3: Positive Veränderungen in der Gemeinde.....	33
Tabelle 4: Zufriedenheit mit Wohnumfeld und lokaler Infrastruktur.....	36
Tabelle 5: Einflussfaktoren auf die Zufriedenheit mit Infrastruktur und Wohnumfeld.....	38
Tabelle 6: Determinanten des Engagements.....	61
Tabelle 7: Einflussfaktoren auf das Engagementpotential.....	67
Tabelle 8: Einflussfaktoren auf das Engagementpotential der Nicht-Aktiven.....	68
Tabelle 9: Zuständigkeit für Infrastruktur.....	71

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Migration, Fertilität und Mortalität 1991 – 2005, in Personen.....	18
Abbildung 2: Haushaltsgröße Abbildung 3: Familienstand.....	28
Abbildung 4: Bildungsstand der Befragten in Galenbeck.....	29
Abbildung 5: Vorhandensein eines PKW im Haushalt nach Altersgruppen in Prozent.....	31
Abbildung 6: Wahrgenommener Bedarf an lokalen Dienstleistungen und Infrastruktur.....	40
Abbildung 7: Am wenigsten benötigte Infrastruktur.....	42
Abbildung 8: Engagementquoten in der Gemeinde Galenbeck.....	53
Abbildung 9: Wo aktiv?.....	54
Abbildung 10: Motive für Aktivität und Engagement.....	57
Abbildung 11: Gründe für ausbleibendes Engagement.....	60
Abbildung 12: Aktivitätspotential in Galenbeck.....	63
Abbildung 13: Bedingungen für zusätzliches Engagement.....	64
Abbildung 14: Bedingungen der Inaktiven für zukünftige Aktivität.....	66
Abbildung 15: Kompetenzzuordnung für Infrastrukturleistungen gesamt in Prozent.....	70
Abbildung 16: „Positives“ Engagement für die Gemeinde.....	73
Abbildung 17: „Negatives“ Engagement für die Gemeinde.....	74

1 Einleitung

Land unter – geschlossene Schulen, verwaiste Bushäuschen, leer stehende Dorfkneipen. Hohe Arbeitslosigkeit, demographischer Wandel (hohe Wanderungsverluste, niedrige Geburtenrate, Alterung der Gesellschaft) und Finanznot der Kommunen haben in vielen entlegenen ländlichen Räumen ihre sichtbaren Spuren hinterlassen. Hinzu kommen die veränderten Bedürfnisse der stetig steigenden Zahl älterer Menschen. Ein Mehrbedarf zeichnet sich in den Bereichen medizinischen Versorgung und Pflege bereits heute ab.

Im Kontext der Schrumpfung und Alterung der Wohnbevölkerung sehen sich die Kommunen mit tief greifenden Veränderungen konfrontiert. Alte an einer wachsenden Bevölkerung orientierte Konzepte tragen nicht mehr, Zersiedelungsprozesse drohen ebenso wie Entleerungen von Ortskernen und der Verlust gewachsener sozialer Strukturen. Diese Entwicklungen haben wiederum Rückwirkungen auf die Leistungsfähigkeit der kommunalen Infrastruktur und Versorgungsleistung. Daher scheint es geboten, über die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge nachzudenken, denn zukünftig wird eine Orientierung an immer weniger Menschen in sich vergrößernden Gebietskörperschaften nötig werden. Neue Konzepte werden gesucht, die die Lebensqualität in dünn besiedelten Räumen erhalten und die Wohnbevölkerung mit einem angemessenen Angebot an Versorgungseinrichtungen absichern.

Der Begriff der „Daseinsvorsorge“ ist eine deutsche Besonderheit.¹ Das Konzept der Daseinsvorsorge wurde erst in den 1930er Jahren von Ernst Forsthoff in die deutsche Staats- und Verwaltungslehre eingebracht. Forsthoff definierte Daseinsvorsorge allgemein als „die Darbietung von Leistungen, auf welche der in die modernen massentümlichen Lebensformen verwiesene Mensch lebensnotwendig angewiesen ist“² oder an anderer Stelle: „Daseinsvorsorge ist Bedarfsbefriedigung“.³

In einem später veröffentlichten Buch passte Forsthoff sein Verständnis der Daseinsvorsorge der veränderten Zeit an. Er verzichtet nunmehr auf die frühere Einschränkung der

¹ Jedoch sind in fast allen Industriestaaten gleichartige Konzepte vorzufinden. So gibt es in den USA den „Universal service (obligations)“, in Großbritannien spricht man vom „Public service“ bzw. „Services of general economic interest“, während in Frankreich von „Service public“ oder „Service d'intérêt général“ die Rede ist. Vgl. zum Konzept der Daseinsvorsorge sowie den internationalen Ansätzen Schröder, Marlen: Regionale Disparitäten – Herausforderungen für die Daseinsvorsorge, BA-Arbeit, Universität Rostock 2007, S. 30ff.

² Forsthoff, Ernst: Die Verwaltung als Leistungsträger, Stuttgart, Berlin 1938, S. 7.

³ Forsthoff, Ernst: Der Staat in der Industriegesellschaft, München 1971, S. 78.

Daseinsvorsorge auf *lebensnotwendige Leistungen*. Unter den Begriff der Daseinsvorsorge fallen jetzt alle nützlichen Leistungen der Verwaltung, unabhängig davon, ob diese Leistungen als lebensnotwendig eingestuft werden oder nicht. Allerdings wird eine Differenzierung in Leistungen, bei denen keine Wahl besteht, ob sie in Anspruch genommen werden oder nicht (z. B. Gas, Wasser, Elektrizität) und in Leistungen, deren Nutzung aus eigenem Antrieb geschieht (z. B. Theater, Volkshochschule), vorgenommen.

Heute wird oftmals die Definition zitiert: „... alles, was von Seiten der Verwaltung geschieht, um die Allgemeinheit oder nach objektiven Merkmalen bestimmte Personenkreise in den Genuss nützlicher Leistungen zu versetzen, ist Daseinsvorsorge“. Bedeutsamer ist aber vermutlich, wie Forsthoff fortführt: „Diese Feststellung ist auch der Umkehrung fähig: alle öffentliche Daseinsvorsorge in diesem Sinne ist öffentliche Verwaltung, gleichgültig in welchen Formen sie ausgeübt wird“.⁴ Mit dieser Begriffsbestimmung ist die heutige Einordnung der Daseinsvorsorge als Element der *Leistungsverwaltung* klar beschrieben. Der Staat tritt gegenüber dem Bürger weniger als Hoheitsträger, sondern vielmehr als Dienstleister in Erscheinung. Dem Bürger hingegen kommt – nach dem Forsthoff'schen Verständnis - bei der Gestaltung der Daseinsvorsorge keine aktive soziale und politische Rolle zu.⁵

Bis heuet existiert für den Begriff der Daseinsvorsorge weder eine Legaldefinition noch ist sein Inhalt abschließend bestimmbar. Im Mittelpunkt der Daseinsvorsorge steht üblicherweise die Versorgung mit Infrastrukturgütern. Demnach können ihr unter anderem folgende Bereiche zugeordnet werden: Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Abfallbeseitigung, Bildung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Deichbau und auch soziale Einrichtungen wie Altenheime und Pflegedienste.⁶

Forsthoff legte mit seinen Ausführungen den Grundstein für ein absolutistisches Verständnis der Daseinsvorsorge. Der allgegenwärtige Staat ließ die Bürger mit immer größerer Selbstverständlichkeit auf die Erledigung bestimmter Aufgaben und die Einrichtung von öffentlicher Infrastruktur durch ihn vertrauen. Doch die Auffassung Forsthoffs, dass

⁴ Forsthoff, Ernst: Lehrbuch des Verwaltungsrechts. Erster Band: Allgemeiner Teil. München 1973, S. 370.

⁵ Nur in den 1950er Jahren erörtert Forsthoff die politisch aktive Rolle der Bürger bei der Daseinsvorsorge. Vgl. Kersten, Jens: Die Entwicklung des Konzepts der Daseinsvorsorge im Werk von Ernst Forsthoff, in: Der Staat, 44.Bband, 2005, S. 543-569.

⁶ Vgl. Knorr, Andreas: Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung – einige grundsätzliche ordnungstheoretische Anmerkungen, Materialien des Wissenschaftsschwerpunktes „Globalisierung der Weltwirtschaft“ am Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen, Bremen 2005, S. 9f.

daseinssichernde Leistungen zwingend vom Staat erbracht werden müssen, trifft heute nicht mehr auf alle Bereiche der Daseinsvorsorge zu. In Teilbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zeichnet sich eine veränderte Arbeitsteilung zwischen Staat und privaten Unternehmen ab. Während früher der Aufbau staatlicher Monopole die Wahrung von Belangen des Gemeinwohls bei der Daseinsvorsorge garantieren sollte, erbringen heute in zunehmendem Maße auch private Anbieter daseinssichernde Leistungen. Deutlich sichtbar wird der Wandel von der Leistungsverwaltung zur Gewährleistungsverwaltung oder auch vom sorgenden zum gewährleistenden Staat.⁷

Mit der zunehmenden Öffnung der Leistungen der Daseinsvorsorge für den Markt stellt sich insbesondere in entlegenen Regionen mit schrumpfender Bevölkerung das Problem der Rentabilität von Infrastruktureinrichtungen. Um dennoch eine ausreichende Versorgung mit daseinssichernden Leistungen garantieren zu können, wird der Ruf nach dem engagierten Bürger immer lauter. Der Bürger soll die entstehenden Versorgungslücken füllen und die sonst drohende Abkopplung dieser Regionen abwenden. Fraglich ist aber, inwiefern *bürgerschaftliches Engagement* diese Entwicklung abfangen und staatliche Leistungen ersetzen kann.

Wie werden die Veränderungen in der Infrastrukturausstattung von den Bürgern in entlegenen ländlichen Regionen wahrgenommen? Welchen Einfluss hat der Rückbau von Infrastruktur auf Zufriedenheit und Lebensqualität? Welche Bedarfe an Infrastruktur werden für die Zukunft von den Bürgern gesehen? Auf welche Basis kann sich das Ansinnen nach größerer Verantwortungsübernahme durch die Bürger überhaupt stützen? Wo sehen die Bürger Möglichkeiten, einen Beitrag für ihre ländliche Gemeinde zu leisten?

Diesen Fragen wird am Beispiel einer ländlichen Gemeinde – Galenbeck – in Mecklenburg-Vorpommern in dem nun vorgestellten Projekt nachgegangen.

2 Untersuchungsdesign

Demographische und ökonomische Veränderungen in peripheren ländlichen Räumen erzeugen die Notwendigkeit, neue Lösungen zur Vorhaltung von Infrastruktur zu entwickeln, die sich stärker an den Bedürfnissen der Bürger orientieren. Diesen Entwicklungen Rechnung tragend, erfolgte die empirische Erhebung über die Methode des Communal Need Assessment Survey, einer aus den USA stammenden und bisher in Deutschland wenig verwendeten

⁷ Vgl. Vogel, Berthold: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg 2007.

Erhebungstechnik zur *systematischen Versorgungsplanung und -gestaltung* von Gemeinden. In anglo-amerikanischen Ländern hat sich diese Methode als sehr hilfreich erwiesen, um (private und öffentliche) *Bedarfe und Bedarfsdeckung abzugleichen* sowie *potentielle Bereitschaft zum Eigenengagement* abzufragen. Darüber hinaus können mittels Community Need Assessments *Prioritäten* der Bevölkerung in Bezug auf geplante Ausgaben und Entwicklungen (Sportplatz, Schule, etc.) ermittelt werden.⁸

In den neun Expertengesprächen und 222 kombinierten Personen-Haushaltsinterviews („Küchentisch-Interviews“) wurden folgende Themenschwerpunkte angesprochen:

- aktuelle Zufriedenheit mit Infrastrukturausstattung und Wohnumfeld,
- wahrgenommene Bedarfe für zukünftige Infrastrukturangebote,
- Umfang und Art des bürgerschaftlichen Engagements in der Gemeinde,
- zukünftige Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements,
- Bereitschaft, das vor allem freizeitorientierte bürgerschaftliche Engagement auch auf stärker öffentliche Aufgaben (Fahrgemeinschaften für Kinder- und Senioren, private Trägerschaften von Schulen und Kindergärten etc.) zu übertragen,
- soziodemographische Merkmale.

Die Haushalte der Gemeinde Galenbeck⁹ wurden einige Zeit vor Beginn der Interviewphase (September 2006) auf die Untersuchung aufmerksam gemacht. Neben kleinen Artikeln im Gemeindeblatt und den Regionalzeitungen, die sowohl über Gründe und Ziele als auch über den Zeitraum der Erhebung informierten, dienten Informationsbriefe der Forschungsleitung und des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern Herrn Dr. Tillmann Backhaus zur Vorbereitung. Diese Briefe wurden von der Forschungsgruppe eine Woche vor Befragungsbeginn den Haushalten zugestellt. Die persönliche Zustellung wurde dazu genutzt, die Zahl der Haushalte in der Gemeinde zu ermitteln, denn statistische Angaben zu Anzahl und Größe der Haushalte liegen nicht vor.¹⁰ Die persönliche Zählung der Haushalte anhand von Briefkästen und Klingelschildern ergab, dass in der Gemeinde Galenbeck mit rund 550 Haushalten zu rechnen ist. Im Rahmen des

⁸ Vgl. z.B. die Arbeit des Center for Rural Research & Development der University of Nebraska at Kearney, unter: www.unk.edu/acad/crrd/

⁹ Wir danken Herrn Bürgermeister Dietrich Daedelow herzlich für seine freundliche Unterstützung, ohne die die Untersuchung in der Gemeinde Galenbeck hätte nicht durchgeführt werden können.

¹⁰ In Mecklenburg-Vorpommern wird der Mikrozensus zur Ermittlung der Haushaltsgröße und –zusammensetzung der privaten Haushalte zu Grunde gelegt. Die kleinste Erhebungseinheit ist die Planungsregion. Galenbeck gehört zur Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte, die die kreisfreie Stadt Neubrandenburg sowie die Landkreise Demmin, Mecklenburg-Strelitz und Müritz umfasst. Somit liegen für die Gemeinde Galenbeck keine statistischen Daten über die Zahl der Haushalte vor.

dreitägigen Forschungsaufenthaltes konnten 222 Haushalte befragt werden, so konnten rund 40 Prozent aller Haushalte in Galenbeck in die Untersuchung einbezogen werden. Befragt wurde jeweils eine Bezugsperson im Haushalt.¹¹

Tabelle 1: Anzahl der befragten Haushalte pro Ortsteil

Ortsteil	Anzahl der Haushalte	Anzahl der befragte Haushalte
Friedrichshof	16	9
Galenbeck	30	16
Klockow	55	2
Kotelow	112	45
Lübbersdorf	87	44
Rohrkrug	16	8
Sandhagen	68	28
Schwichtenberg	125	50
Wittenborn	42	20
	551	222

Quelle: eigene Erhebung

3 Die Gemeinde Galenbeck

Galenbeck, die östlichste Gemeinde des Landkreises Mecklenburg-Strelitz, wird im Norden durch den Putzarer See, im Nordosten durch den Lübkowsee und ein ausgedehntes Moor sowie im Westen durch den Brohmer See begrenzt (Abbildung A1 im Anhang). Östlich der Gemeinde befinden sich die Große Friedländer Wiese und der Galenbecker See, dessen gesamter Uferbereich heute unter Naturschutz steht. Insgesamt umfasst Galenbeck eine Fläche von 93,56 km².¹² Die neun, zur Gemeinde gehörenden Dörfer – Friedrichshof, Galenbeck, Klockow, Kotelow, Lübbersdorf, Rohrkrug, Sandhagen, Schwichtenberg und Wittenborn – liegen mehrere Kilometer auseinander, so dass sich zusammen mit der geringen

¹¹ Das ist die Person, die im Erhebungsbogen als erste Person eingetragen ist. Ihre Erhebungsmerkmale (z. B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) wurden dann stellvertretend für die gesamte Einheit „Haushalt“ erhoben. Personen unter 18 Jahren sind als Bezugsperson ausgeschlossen.

¹² Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Statistische Berichte. Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung in Mecklenburg-Vorpommern 2004, unter: www.statistik-mv.de/berichte/a__/_a-v__/_c193__/_daten/c193-2004-00.pdf

Bevölkerungszahl von 1.532 Einwohnern (August 2006) eine Bevölkerungsdichte von 16 Einwohnern pro km² ergibt.¹³

Im Grenzraum brandenburgischer, pommerscher und mecklenburgischer Kultur gelegen, befand sich der 1292 an das Herzogtum Mecklenburg gekommene Landstrich schon immer in einer wirtschaftlichen Randlage. Bis heute spielt die Landwirtschaft für diese Region eine entscheidende Rolle. Bis in die 1930er Jahre hinein hatte sich eine überwiegend gutsherrschaftlich geprägte Landwirtschaft erhalten. Aufsiedlung einzelner Güter und Bodenreform hatten in den 1940er und 1950er Jahren für eine kurze Phase (klein-)bäuerlicher Bewirtschaftung gesorgt. Mit der endgültigen Trockenlegung und dem Beginn der landwirtschaftlichen Nutzung der Großen Friedländer Wiese 1962 setzte die Industrialisierung der Landwirtschaft ein. In den 1980er Jahren bestimmten die Großviehanlage in Ferdinandshof, die Agrarindustrielle Vereinigung Friedland – mit der LPG (P) in Klockow, der LPG (T) in Sandhagen (beide wurden später zur LPG Sandhagen zusammengelegt) und der Zwischen Genossenschaftlichen Einrichtung (ZGE) in Sandhagen – sowie die Pelztierfarm in Galenbeck das Bild der Landwirtschaft in der heutigen Gemeinde Galenbeck. Nach der politischen Wende 1989/90 schloss die Pelztierfarm ihre Pforten, die LPG Sandhagen wurde zur Agrar GmbH Sandhagen und die ZGE ebenfalls zu einer Agrar GmbH umgewandelt, die 2006 allerdings aufgegeben wurde. Zwei weitere bäuerliche Betriebe (eine GbR, ein Familienbetrieb) sowie diverse Handwerksbetriebe und (landwirtschaftliche) Dienstleistungsbetriebe wurden gegründet. Produzierendes oder verarbeitendes Gewerbe sowie größere Dienstleistungsunternehmen befinden sich nicht vor Ort. Mit Ausnahme der Agrar GmbH Sandhagen, die rund 100 Beschäftigte zählt, und des DRK Pflegeheims in Lübbersdorf, das ca. 40 Personen – 21 davon aus der Gemeinde – beschäftigt, zeigen die Betriebe und Selbständigen keine nennenswerten Beschäftigungseffekte. Die Arbeitsförderungs- und Bildungsgesellschaft in Schwichtenberg kann je nach Bedarf und Förderung zeitlich begrenzt bis zu 250 „Beschäftigungsstellen“ für Bezieher von ALG II anbieten. Im Monatsdurchschnitt sind dort 120 Menschen z.B. in der Freiflächenpflege oder beim Aufbau des Museumsdorfes tätig. Im Landkreis Mecklenburg-Strelitz betrug die Arbeitslosenquote Ende Mai 2006 24,5 Prozent.¹⁴ Die Arbeitsagentur Nord weist für die Gemeinde Galenbeck Ende Dezember 2006 165 arbeitslose Einwohner aus.¹⁵

¹³ Statistisches Landesamt: Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte, Schwerin 2006, unter: www.statistik-mv.de/berichte/.

¹⁴ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern Juli 2007, unter: www.statistik-mv.de/doku/veroeff/zahlenspiegel_aktuell.pdf

¹⁵ Agentur für Arbeit Neubrandenburg: Arbeitslose in kommunaler Gliederung Dezember 2006, Übersicht 3, unter: www.arbeitsagentur.de (Ein Arbeitslosenquote liegt für die Gemeinde nicht vor.)

Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung Galenbecks ist nahezu typisch für Kommunen im ländlich peripheren Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Sie ist gekennzeichnet durch anhaltende Geburtenrückgänge, Abwanderung und damit verbunden eine Verschiebung des Altersaufbaus in Richtung höherer Jahrgänge.

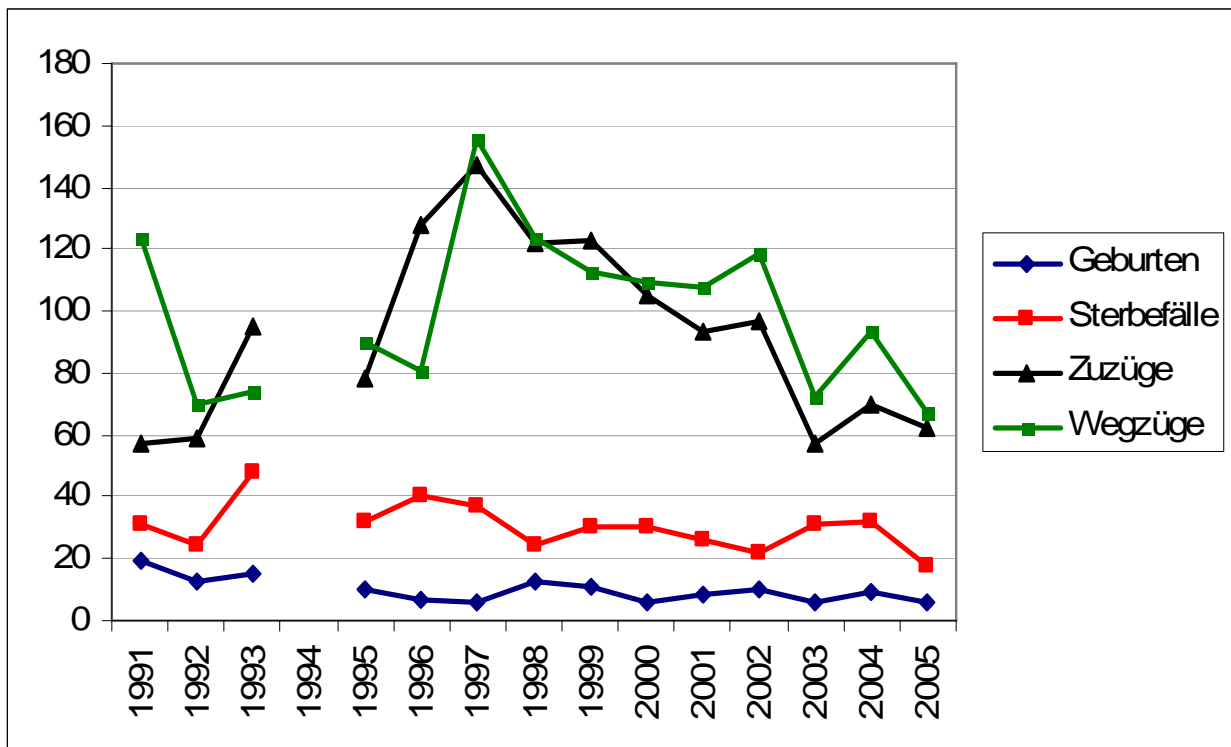
Die Wegzüge aus der Gemeinde liegen seit der Wende mit Ausnahme der Jahre 1993, 1996 und 1999 immer über den Zuzügen in die Gemeinde.¹⁶ Im Jahre 1997 erreichte die Abwanderung mit annähernd 160 Menschen ihren bisherigen Höhepunkt. Seitdem verringern sich die Wegzüge, allerdings kann diese Entwicklung nicht durch ein Mehr an Zuzügen kompensiert werden. So verliert die Gemeinde weiterhin jedes Jahr Einwohner an die umliegenden Kommunen und andere Bundesländer. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Faktoren Fertilität und Mortalität ab. Seit der Wende liegt die Zahl der Sterbefälle konstant über der Zahl der Neugeborenen. Lagen die Geburten in den ersten Jahren nach der Wende noch bei über zehn Kindern pro Jahr, so pendeln sie sich nach der Jahrtausendwende bei zehn und weniger Kindern ein. Erstmals stieg die Zahl der Geburten im Jahr 2006 wieder auf zwölf Kinder an. Auch die Zahl der Sterbefälle ist seit Mitte der 1990 Jahre in der Tendenz sinkend und liegt zwischen 20 und 30 Todesfällen pro Jahr, erreichte aber im Jahr 2006 einen neuen Tiefstand mit 18 Verstorbenen. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Galenbeck ist somit gekennzeichnet von niedrigen Geburten und Sterbefällen sowie von gebremster aber anhaltender Abwanderung. Die Folgen sind bekannt: Die Gemeinde schrumpft und altert.

Der Blick auf den Bevölkerungsbestand der Gemeinde zeigt ein deutliches Bild. Seit dem Jahr 1991 hat die Bevölkerung kontinuierlich abgenommen. Hielt sich der Bestand der Einwohner bis 1996 auf relativ hohem Niveau und konnte die Gemeinde in den Jahren 1994 und 1996 sogar einen leichten Bevölkerungszuwachs verbuchen, so ging es in den Folgejahren rapide bergab. Seit der Wende hat die Gemeinde einen Bevölkerungsverlust von 14 Prozent zu verzeichnen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dieses, dass der Gemeinde seit 1991 annähernd 250 Menschen verloren gegangen sind. Im August 2006 lebten noch 1.532 Menschen in der Kommune.¹⁷

¹⁶ Für das Jahr 1994 liegen im Amt Friedland keine statistischen Daten zur Bevölkerungsbewegung der Gemeinde Galenbeck vor.

¹⁷ Statistisches Landesamt: Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte, Schwerin, div. Jahrgänge.

Abbildung 1: Migration, Fertilität und Mortalität 1991 – 2005, in Personen



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes: Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte, Schwerin, div. Jahrgänge.

Die „3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020“ rechnet für die Region Mecklenburgische Seenplatte mit einem Bevölkerungsrückgang von ca. 21%. Der Bevölkerungsstand würde von 317.029 Einwohnern im Jahr 2002 auf 249.423 Einwohner im Jahr 2020 sinken. Für den Landkreis Mecklenburg-Strelitz wird ein Bevölkerungsrückgang von 20 Prozent prognostiziert, dies würde einen Verlust von rund 17.500 Menschen bis zum Jahr 2020 bedeuten.¹⁸

3.1 Dorfmonographien

Friedrichshof

Der im Westen der Gemeinde, zwischen Wittenborn und Lübbersdorf gelegene Ortsteil mit 16 Haushalten besteht aus einigen Einfamilienhäusern und der ehemaligen Gutsanlage¹⁹, die von einer Landkommune bewirtschaftet wird. Zum Erhalt des Gutshauses und der Pflege des denkmalgeschützten Gutsparks haben die Bewohner der Landkommune einen Verein

¹⁸ Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte: Bevölkerungsvorausberechnung in den Kreisen der Mecklenburgischen Seenplatte bis 2020, Neubrandenburg 2005, S. 10ff.

¹⁹ Zur Geschichte der Orte und ihrer Geschichtsdenkmäler vgl. die umfassende Darstellung in Krüger, Otto: Das Land Stargard. Neubrandenburg 1925. S. 376-437.

gegründet. Selbst erzeugte und zugekaufte ökologische Produkte werden vor dem recht baufällig wirkenden Gutshaus in einem kleinen Verkaufswagen angeboten. Weiteres Gewerbe besteht nicht, lediglich ein Bewohner betreibt einen Schachversand (über Internet). Die ein wenig außerhalb Friedrichshof gelegene 1391 errichtete und 1819 umgebaute Wassermühle dient heute als Wohnhaus.

Galenbeck

Das 1277 erstmals urkundlich erwähnte Dorf Galenbeck entstand um die Burg der Familie von Rieben. Die Burg ist seit ihrer Zerstörung 1435 als Ruine erhalten geblieben. Das 1712 in der Nähe der Burg errichtete Herrenhaus ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand, wird jedoch noch als Wohnraum der Gemeinde genutzt. Die im 14. Jahrhundert errichtete Kirche ist heute funktionslos. Die Pflege der sie umgebenden Grünanlage bleibt der freiwilligen Pflege der Anwohner überlassen. Sehenswert ist darüber hinaus das um 1800 entstandene Fischerhaus mit Rohrdach und Laubengang, das z.Zt. teilweise renoviert und zu einem kleinen Cafe (für Touristen) ausgebaut werden soll. Aufwendig erneuert wurden Straßen und Gehwege des heute 30 Haushalte zählenden Ortes. Das Geld stammte aus der „Hochzeitsprämie“, die bei Gemeindezusammenschluss gezahlt wurde. Die Freiwillige Feuerwehr ist hier aktiv, allerdings dienen nach der Schließung des Dorflokals lediglich die zwei etagige Tanzlinde (Luisenlinde) sowie der Fußballplatz zwischen der Burgruine und dem ehemaligen Herrenhaus als Orte des öffentlichen Lebens.

Größter Arbeitgeber vor Ort war in der DDR die Pelztierzucht-Genossenschaft "Heimatland", die zeitweise bis zu 70.000 Pelztiere aufzog und verarbeitete. Die Nerzfarm wurde nach der Wende geschlossen und 2004 vollständig rückgebaut. Auch der Gartenbaubetrieb, eine Unterabteilung der LPG (P) Klockow, wurde nicht weitergeführt. Wirtschaftliche Aktivitäten entfalten sich in Galenbeck nur spärlich: Ein Ferienhaus steht zur Vermietung, ein Vertrieb von Plauer Spitzen und Tischtüchern, ein Sanitärbetrieb sowie ein fahrender Lebensmittelhändler bieten ihre Dienste an.

Klockow

Der nördlich zwischen Sandhagen und Schwichtenberg gelegene Ortsteil besteht aus dem Herrenhaus, das 1853 errichtet wurde und aus einigen Einfamilienhäusern, die 1933/34 im Zuge der Aufsiedlung des Gutes entstanden. Nach 1945 diente das Gutshaus als LPG-Büro, Wohnraum, Kulturhaus und Konsumverkaufsstelle. 1992 wurde es durch einen Privatmann gekauft und saniert. Seit einigen Jahren werden Teile des Gutshauses als Ferienwohnungen

vermietet. Der Turm, der in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhundert errichteten Dorfkirche, wurde im Jahr 2000 notgesichert. Nun werden die Innenräume der Kirche renoviert. Gewerblich tätig ist in Klockow ein Milchviehbetrieb in der Rechtsform der GbR. In dem rund 55 Haushalte zählenden Ort leben 130 Menschen, von denen sich einige in einer Gruppe zur Organisation des Sportfestes am Pfingstsonntag betätigen.

Kotelow

Das 1382 erstmals als Coytlowe urkundlich erwähnte Kotelow ist durch drei in den 1960er Jahren errichtete Wohnblöcke geprägt. Einige Reihenhäuser und die frühgotische Kirche ergänzen das Bild des Angerdorfes. Die Kirche des Ortes ist geschlossen und in einem sehr schlechten Zustand. Das 1773 erbaute Gutshaus der Familie von Oertzen wurde nach 1945 aufgesiedelt und durch die Gemeindeverwaltung genutzt. Nach dem Verkauf 2002 wurde es nach und nach renoviert, so dass ab 2007 die Vermietung von Ferienwohnungen und – zimmern geplant ist. Vollständig saniert wird das aus dem 18. Jahrhundert stammende Torhaus (ein Fachwerkbau mit Satteldach) als touristische Attraktion genutzt – ohne aber eine eigene Funktion zu haben. Kotelow mit seinen 112 Haushalten verfügt über eine Kindertagesstätte in Vereinsträgerschaft. Sie bietet zehn Krippenplätze, 18 Kindergartenplätze und elf Hortplätze. Darüber hinaus arbeitet im Ort eine Tagesmutter. Ein Tier- und Landschaftsphotoverlag hat in Kotelow seinen Sitz. Öffentliches Leben findet in dem durch den Heimatverein Kotelow genutzten Bürgerhaus statt. Neben Festen (Frauentag, Fasching etc.) trifft man sich hier zu Lesungen, Spielabenden, Bastelnachmittagen und Radwanderungen.²⁰ Daneben bietet die Freiwillige Feuerwehr Raum für bürgerschaftliches Engagement.

Lübbersdorf

Die Ortschaft, in der heute 87 Haushalte leben, hat ihren Namen von der bereits im 13. Jahrhundert erwähnten Familie von Lübbersdorf und gehörte zum einstigen Kloster Wanzka. Der Besitz ging aber zu Beginn des 18. Jahrhunderts in die Hände der Familie von Oertzen über. Die in dem westlichsten Ortsteil der Gemeinde befindliche Dorfkirche wurde 2004 behelfsmäßig saniert, so dass dort z. Zt. noch Gottesdienste stattfinden. Der Gemeinderaum ist stark sanierungsbedürftig und wird nicht mehr genutzt. Das im 17. Jahrhundert erbaute Gutshaus wurde bereits 1927 aufgesiedelt und nach dem Brand von 1953 umgebaut. Heute dient es als Pflegeheim des DRK. Wirtschaftlich ist der Ortsteil durch einen

²⁰ Das Bürgerhaus war allerdings nicht frei zugänglich, sondern nur zu den Veranstaltungen, über die es keinerlei öffentliche Information gab, geöffnet.

landwirtschaftlichen Familienbetrieb mit Landhandel und ein Unternehmen für Landtechnik sowie ein Autohaus geprägt. Darüber hinaus unterhält eine Innenarchitektin ihr Büro zur Innenraumgestaltung in Lübbersdorf. Das nahe der Stadt Friedland gelegene Dorf ist Haltepunkt der museal genutzten Mecklenburg-Pommerschen Schmalspurbahn.

Rohrkrug

Das im frühen 20. Jahrhundert aus einer Poststation an der Straße von Friedland nach Strasburg entstandene Dorf Rohrkrug ist mit 16 Haushalten und 37 Einwohnern die kleinste Siedlung der Gemeinde. Es besteht aus einigen Einfamilienhäusern und drei, fast vollständig leer stehenden Wohnblöcken²¹ mit dazugehörigen Schuppen und Gartenparzellen. Gewerbe und Vereine sind in Rohrkrug nicht ansässig.

Sandhagen

Sandhagen ist ein so genanntes Wanderdorf, dass im 13. Jahrhundert nahe des Putzärer Sees lag, im 18. Jahrhundert dann bereits südlicher (unter dem Namen Willershagen) verortet wurde und sich heute an der Landstraße zwischen Friedland und Ferdinandshof befindet. Die um 1400 erbaute Kirche ist in einem sehr schlechten baulichen Zustand und wird nicht mehr für Gottesdienste genutzt. Bis zum Jahr 2006 waren zwei Agrarbetriebe in Sandhagen ansässig: Die LPG- Nachfolgegesellschaft Agrar-GmbH Sandhagen mit rund 100 Mitarbeitern und eine aus der ZGE entstandene Agrar-GmbH, die aber 2006 geschlossen wurde. Weiterhin finden sich eine Tischlerei, ein Kiosk und eine Gaststätte in dem 68 Haushalte zählenden Ort. Die Schule, die bis 1970 bestand, wird heute unter dem Namen „De olle School“ privat als Pension und Gastwirtschaft bewirtschaftet. Die Möglichkeit sich zu engagieren, bietet der Verein „700 Jahre Sandhagen“. Eine Attraktion im Sommer ist der alljährlich veranstaltete Pferdemarkt.

Schwichtenberg

Das ursprüngliche Rittergut Schwichtenberg wurde nach einem Brand Ende des 18. Jahrhunderts als Angerdorf wiederaufgebaut. Von hier aus begann 1937 der Reichsarbeitsdienst mit der Trockenlegung der Großen Friedländer Wiese. Vollendet wurden die Arbeiten in den 1960er Jahren im Rahmen eines Zentralen Jugendobjektes der FDJ. Die Straßen und Gehwege des 125 Haushalte zählenden Dorfes sind gut ausgebaut. In der im 15. Jahrhundert errichteten Kirche finden Gottesdienste der Kirchengemeinde Schwichtenberg-

²¹ Von den drei Wohnblöcken ist einer völlig leer gezogen. In den beiden anderen ist lediglich die Hälfte der Wohnungen belegt.

Gehren statt. Im Ort ansässig sind ein Betrieb für Heizung, Sanitär- und Gasanlagen, ein Reparaturservice, ein Service für Heim, Garten und Büro, ein Elektriker, ein Friseur, ein technisches Büro sowie eine Versicherungsagentur. Der größte „Arbeitgeber“ mit bis zu 250 Beschäftigten ist der Arbeitsförderungs- und Bildungsverein, der die Bauten des Zentralen Jugendobjektes als Jugendherberge nutzt und Teile der Großen Friedländer Wiese zu einem musealen Erlebnispark (Ausstellung „von Huus un Acker« mit Backhaus und Schmiede; Kräutergarten; Findlingsgarten mit Hünengrabmodellen; Schulwald-Klassenzimmer im Grünen) umbaut und diesen betreibt. Darüber hinaus befindet sich auf dem Gelände die Jugendbegegnungsstätte »EUROPA«. Unterstützt wird dieses staatlich geförderte Projekt durch den Heimatverein Schwichtenberg e.V., dessen Theatergruppe „De Wischpieper“ und den „Mecklenburg-Pommersche Schmalspurbahn-Freunde e.V.“. Zu ihren Aktivitäten zählen neben der Organisation von Ausstellungen, die Saisoneröffnung des Museumsdorfes, das Osterfeuer sowie das Kartoffel- und Backofenfest. Eine ähnlich erfolgreiche Zusammenarbeit weisen der Landgasthof „Zur Großen Wiese“ und der ortsansässige Faschingsverein FCKW auf. Eine weitere kleine Ausflugsgaststätte befindet sich am Lübkowsee. Dort haben sich auch zwei Vereine zur Interessenvertretung der Ferienhausbesitzer gegründet.

Wittenborn

Der kleine Ort im Höhenzug der Brohmer Berge wurde erstmals 1337 urkundlich erwähnt. Ganz Wittenborn befindet sich in einem Quelltal. Ein kleiner Bach, der stellenweise verrohrt ist und sich teilweise offen durch den Ort schlängelt, speist den Mühlbach und fließt weiter in den Galenbecker See. Zwei der Quellen wurden 1998/99 durch ABM-Kräfte renaturiert und in ein Biotop verwandelt. Im gleichen Jahr wurde die katholische Kirche des Dorfes restauriert. Beide Maßnahmen erwiesen sich als nicht nachhaltig. Das Biotop verwildert, die Kirche bleibt ungenutzt. In dem aus zwei Wohnblöcken mit dazugehörenden Schuppen und Gartenparzellen sowie einigen Einfamilienhäusern bestehenden Ort leben 42 Haushalte. Zurzeit wird die Dorfstraße komplett erneuert, ohne dass ein Gehweg geplant ist. In einem der Wohnblöcke finden – nach dem Abriss des Kulturhauses – in unregelmäßigen Abständen Seniorennachmittage statt. In Wittenborn sind weder Vereine noch Gewerbe ansässig. Ein Händler und der Schulbus fahren den Ort an.

3.2 Infrastrukturausstattung in der Gemeinde Galenbeck

Die Ausstattung mit Infrastruktur war in den Dörfern der Gemeinde Galenbeck zu keiner Zeit besonders üppig. Lag diese Region doch zu weit abseits der großen Agglomerationen wie Berlin oder Stettin, um an den Errungenschaften der Industrialisierung und dem Infrastrukturausbau des 19. und frühen 20. Jahrhunderts teilzuhaben. Erst im Zuge der Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft, die in der Region durch den Zusammenschluss der landwirtschaftlichen Betriebe zu LPGen und die Entstehung der Großviehanlage in Ferdinandshof eingeläutet wurde, ist eine stärkere infrastrukturelle Entwicklung in Gang gesetzt worden. Straßenbau, Kanalisation sowie nahezu alle sozialen und kulturellen Belange wurden von den LPGen organisiert und durchgeführt. Nach der Wende führte die Umwandlung der LPGen in andere Rechtsformen sowohl zu einer Reduktion der Arbeitskräfte als auch zu einer Konzentration auf das eigentliche Kerngeschäft der Betriebe – die Landwirtschaft. Für die betroffenen Orte bedeutete dies nicht nur hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch eine Neuorientierung in Fragen der Daseinsvorsorge bei Abwasser, Straßenbau und kulturellen Ereignissen oder Vereinsarbeit. Die breit angelegten Förderprogramme zum Aufbau Ost haben die Lücken in der technischen Infrastruktur (Straßenbau, Telekommunikation) fast vollständig geschlossen, und flankierende Maßnahmen (z.B. Mittel aus dem EAGFL) haben dafür gesorgt, dass Häuser saniert und das Dorfbild ansprechender gestaltet werden konnten, ohne aber den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung in Gang zu setzen. Gleichzeitig stellen die Folgen des demographischen Wandels den Erhalt oder Ausbau eben dieser Infrastruktur in Frage, vielerorts hat der Rückbau der Infrastruktur bereits begonnen. Auch für die Gemeinde Galenbeck lassen sich diese Entwicklungen beobachten.

2003 schlossen sich die seit 1992 zum Amt Friedland gehörenden Gemeinden Kotelow, Schwichtenberg und Wittenborn zur Gemeinde Galenbeck zusammen. Die in dieser Verwaltungseinheit zusammengefassten neun Dörfer befinden sich weiterhin abseits großer Fernstraßen und Bahnlinien. Zugverbindungen bestehen erst in den Orten Straßburg und Ferdinandshof, die zum benachbarten Landkreis Uecker-Randow gehören. Der Anschluss an die A 20 ist nur in Strasburg, zehn Kilometer südlich der Gemeinde Galenbeck möglich. Der motorisierte Individualverkehr besitzt die größte Bedeutung als Verkehrsträger, zumal auch der ÖPNV fast ausschließlich auf den Schülertransport ausgerichtet worden ist. Die (Schul-) Busse fahren in den frühen Morgenstunden und am frühen Nachmittag in Richtung Friedland. Ab Friedland fahren die Busse dann um die Mittagszeit in Richtung Galenbeck und noch

einmal gegen 16.00 Uhr.²² In den Schulferien reduziert sich der Linienverkehr jedoch allein auf den Mittwoch. Den Bürgern soll so zumindest die Gelegenheit gegeben werden, den Wochenmarkt in Friedland, einen Arzt oder Behörden besuchen zu können. Es besteht am Mittwoch die Möglichkeit, um 8.00 Uhr morgens oder am frühen Nachmittag mit dem Bus nach Friedland zu gelangen. Alle Ortsteile werden allerdings nicht angefahren, der Bus hält nicht in Rohrkrug, Sandhagen, Klockow, Kotelow oder Schwichtenberg. Die Rückfahrt am Mittwoch kann nur gegen 13.00 Uhr aus Friedland in Richtung Galenbeck angetreten werden.²³ Diese Regelung macht es überaus schwierig mit dem ÖPNV einen (Fach-) Arztbesuch in Neubrandenburg oder Behördenbesuch in der Kreisstadt Neustrelitz zu realisieren, da es fast unmöglich ist bis 13.00 Uhr zurück in Friedland zu sein.

Ist der Ausbau von Straßen und Wegen weitgehend abgeschlossen, so gibt es hinsichtlich der *Kommunikationsinfrastruktur* noch großen Nachhohlbedarf. Mobilfunknetze und digitale Verbindungen sind überall anzutreffen, Breitbandanschlüsse fehlen allerdings, so dass schnelle Internetverbindungen nicht möglich sind.

Die strukturellen und demographischen Veränderungen finden ihren Niederschlag in der sich verschlechternden *medizinischen Grundversorgung* in der Region. So liegt die Einwohner-Arzt-Relation im Landkreis Mecklenburg-Strelitz fast 40 Prozent unterhalb des Landesdurchschnittes. In Mecklenburg-Strelitz liegt das statistische Verhältnis bei 1.010 Einwohnern je ambulant tätigen Arzt (2004). Bereits heute ist von einer teilträumlichen medizinischen Unterversorgung im Landkreis Mecklenburg-Strelitz von bis zu 35 Prozent auszugehen. Des Weiteren wird für die Mecklenburgische Seenplatte ein Hausärzterückgang von 27 Prozent bis zum Jahr 2010 (bei Altersausscheiden mit 65. Jahren) gerechnet. Für diese Region wird bereits von einem baldigen Versorgungsnotstand gesprochen.²⁴ Im Vergleich dazu sieht die Situation in der Gemeinde Galenbeck noch geradezu rosig aus, denn wer von den Galenbecker Bürgerinnen und Bürgern nicht nach Friedland in eine ärztliche Praxis fahren kann oder will, kann die Sprechstunden eines in Friedland niedergelassenen Arztes an jeweils zwei halben Tagen in Kotelow oder in Schwichtenberg besuchen. Die Sprechstunde in

²² Seit August 2006 besteht nach telefonischer Voranmeldung (bis 10.00 Uhr in der Frühe) die Möglichkeit, mit dem letzten Schulbus nach Friedland zurückzufahren. Eine telefonische Voranmeldung ist notwendig, da sonst der Busfahrer, nach dem alle Schüler ausgestiegen, sind nicht mehr alle einzelnen Haltestellen anfährt und auf direktem Weg nach Friedland zurückkehrt. Nach Auskunft des Fahrpläneinsatzleiters (23. Juli 2007) wird diese Möglichkeit nur sehr selten genutzt.

²³ Vgl. <http://www.vms-bus.de/>

²⁴ Vgl. Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.): Hausärztliche Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte, Neubrandenburg 2004, S. 5ff, unter: http://www.region-mecklenburgische-seenplatte.de/downloads/848_Hausaerztliche-Versorgung.pdf

Wittenborn ist auf Grund sinkender Einwohnerzahlen ersatzlos gestrichen worden.²⁵ Im Falle (altersbedingter) Pflege kann zum einen auf die mobilen sozialen Dienste zurückgegriffen werden. Zum anderen stehen Betreuungsplätze im Lübbersdorfer Pflegeheim zur Verfügung. Der Schülerrückgang hinterlässt seine Spuren auch in der Gemeinde Galenbeck. In Kotelow, Schwichtenberg und Wittenborn gab es bis zur Wende noch *Grundschulen*, die allerdings formal nicht eigenständig waren, sondern zur POS Friedland gehörten. Bis 1998/99 existierte in Klockow eine kombinierte Real- und Grundschule, die aber mangels Schülern geschlossen wurde, so dass danach alle Grundschüler in der Nachbargemeinde Brohm und die Realschüler in Friedland die Schule besuchen mussten. Die Grundschule Brohm ist zum Sommer 2006 ebenfalls geschlossen worden. Alle Grundschüler der Gemeinde Galenbeck fahren nun ebenfalls nach Friedland. Es besteht in Kotelow für die kleineren Kinder der Gemeinde die Möglichkeit, in der Kindertagesstätte „Storchennest e.V.“ oder von einer Tagesmutter betreut zu werden. Für Schulkinder stehen in der KiTa ebenfalls zehn Hortplätze bereit.

Bezüglich des *Einzelhandels* sind die Galenbecker fast vollständig auf die Supermärkte und Anbieter in Friedland angewiesen. Mit Ausnahme eines kleinen Kiosks in Sandhagen, der neben Getränken auch ein begrenztes Angebot an Waren des täglichen Gebrauchs bereithält, sowie zwei mobilen Händlern, die ein bis zweimal in der Woche vorbeischaun, besteht in der gesamten Gemeinde keine Gelegenheit sich mit Lebensmitteln und Getränken zu versorgen. Bank- oder Postschalter sind nicht vor Ort, Päckchen können in Schwichtenberg in einer Gastwirtschaft abgegeben oder abgeholt werden.

Auch in Galenbeck hat sich seit 1990 die Struktur der *Freizeit- und Kultureinrichtungen* sehr verändert. Der Jugendclub in Sandhagen und das Kulturzentrum in Wittenborn wurden geschlossen, Freiwillige Feuerwehren zusammengelegt. Gleichzeitig entstanden neue Vereine, die sich um das historische und kulturelle Erbe verdient machen. So findet kulturelles und soziales Leben in der Gemeinde in vier Freiwilligen Feuerwehren, zwei Heimatvereinen, einem Karnevalsverein, einem Verein zum Erhalt der Mecklenburger Kleinbahn sowie einem Kulturverein „700 Jahre Sandhagen“ statt. Neben diesen vor allem sozial und kulturell orientierten Vereinen bestehen weiterhin fünf eingetragene Vereine, die eher wirtschaftlichen und wohlfahrtstaatlichen Zielen sowie der Interessenvertretung folgen: der Arbeitsförderungs- und Bildungsverein Friedland/Land e.V. und die beiden Bungalowvereine in Schwichtenberg, die Kindertagesstätte in Kotelow und der Verein der Landkommune Atterwasch e.V.

²⁵ Die dörflichen Sprechstunden müssen in jedem Jahr neu bei der Kassenärztlichen Vereinigung beantragt werden. Sie werden auf der Grundlage der wahrscheinlichen Patientenzahlen festgesetzt.

Die Gemeinde versucht auch *touristisch* attraktiver zu werden, im Rahmen einer LEADER+ geförderten Maßnahme konnte ein Naturparkweg mit Schutzhütten, Infotafeln, Aufstellern, Rastplätzen und Wegweisen auf einer Strecke von 55 Kilometern ausgebaut werden. In Schwichtenberg bietet die Jugendbegegnungsstätte Übernachtungsmöglichkeiten, vereinzelt bieten auch die Gaststätten Schlafgelegenheiten.

Den *Kirchengemeinden* standen und stehen große Veränderungen bevor. Die Gemeinde Galenbeck gehört zur Probstei Friedland, Lübbersdorf wird allerdings von der Kirchengemeinde Friedland betreut. Die Ortsteile Schwichtenberg, Klockow, Kotelow, Sandhagen, Galenbeck und Wittenborn gehören zur Pfarrstelle Schwichtenberg-Gehren, die bis Sommer 2007 von der Kirchengemeinde Schwanbeck verwaltet wurden (jetzt von Friedland aus). Die Ortsteile Friedrichshof und Rohrkrug besitzen keine eigenen Kirchen. In Wittenborn, Galenbeck, Kotelow und Sandhagen finden seit einiger Zeit keine Gottesdienste mehr statt. Einen eigenen Pastor oder eine Pastorin hat keiner der Ortsteile, eine Religionspädagogin steht allerdings in Schwichtenberg zur Verfügung. Beschlossen ist bereits eine Vereinigung der vier Kirchengemeinden Brunn, Schwanbeck, Eichhorst, Schwichtenberg-Gehren und der Kirchengemeinde Friedland. Es wird vier Unterzentren geben, in denen neben Friedland regelmäßig Gottesdienste stattfinden. An hohen Festtagen werden ebenfalls in anderen Dörfern Gottesdienste abgehalten. Fest steht auch, dass Gottesdienste, die nur wenig besucht werden, in Zukunft nicht mehr regelmäßig angeboten werden – dies betrifft zukünftig auch Lübbersdorf.²⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die infrastrukturellen Bedingungen der Gemeinde Galenbeck in einigen Bereichen unterhalb des Landes- und Bundesdurchschnittes liegen. Kann der zurückweichende ÖPNV zum Teil durch einen höheren Mobilisierungsgrad – noch – ausgeglichen und der Einkauf bisher in der nächstgelegenen Stadt erledigt werden, so deuten sich hier bereits Probleme bei einer deutlich alternden Bevölkerung an, die auch nur auf wenige jünger Verwandte zurückgreifen kann. Ebenso zecinen sich aktuelle und zukünftige Problemfelder im Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich ab.

3.3 Soziodemographische Merkmale der befragten Haushalte

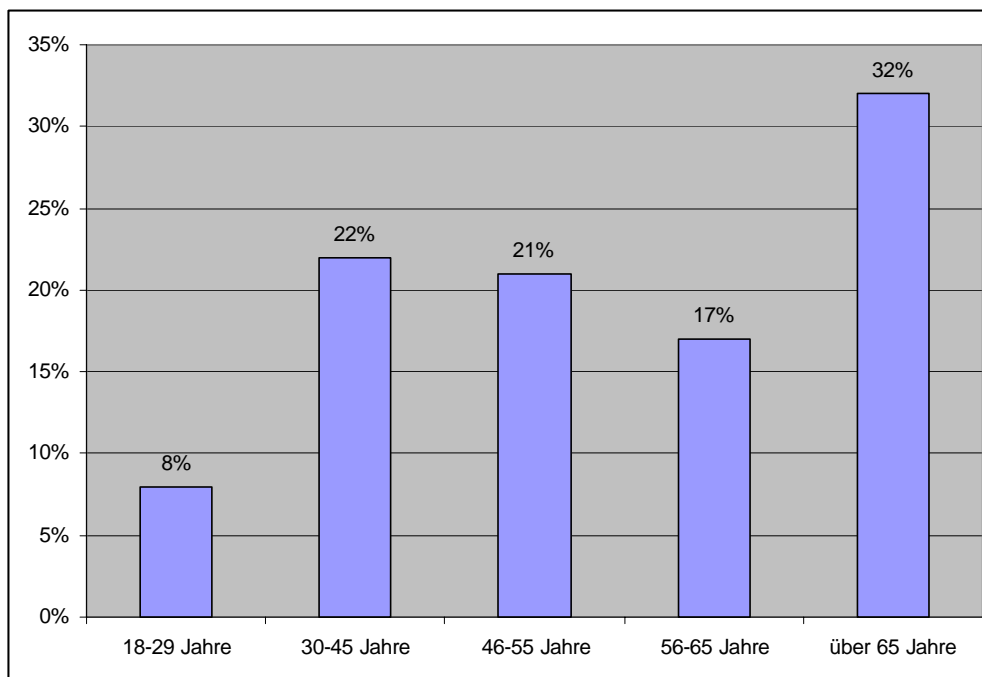
Im Rahmen des Forschungsaufenthaltes konnten 222 Haushalte der rund 550 Haushalte der Gemeinde Galenbeck befragt werden. Rund 40 Prozent aller Haushalte in Galenbeck wurden so in die Untersuchung einbezogen. Im Folgenden sollen die befragten Haushalte anhand der

²⁶ <http://www.kirchengemeinde-friedland.de/gb-kgf-071.pdf>

miterfassten soziodemographischen Daten näher charakterisiert werden. Befragt wurde jeweils eine Bezugsperson im Haushalt.

Insgesamt konnten 133 Frauen (60 Prozent) und 89 Männer (40 Prozent) interviewt werden. Das durchschnittliche *Alter* der Befragten beträgt 55 Jahre und liegt somit um 8,5 Jahre über dem durchschnittlichen Alter der Gemeinde (46,5 Jahre), fast elf Jahre über dem Durchschnitt des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern (44,3 Jahre) und sogar 11,5 Jahre über dem des Landkreises Mecklenburg-Strelitz (43,5 Jahre).²⁷ Dieses vergleichsweise hohe Durchschnittsalter ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die Senioren über 65 Jahre mit 32 Prozent die größte Altersgruppe der Befragung bildeten und insbesondere die Altersgruppe der 18-29 Jährigen mit einem Anteil von nur 8 Prozent in die Befragung eingegangen sind. Die überwiegende Mehrheit der befragten Galenbecker verteilt sich über die mittleren Jahrgänge bis 65 Jahre.

Tabelle 2: Altersaufbau der Untersuchungsgruppe



Quelle: eigene Erhebung, n = 219

Die Befragten leben vorwiegend in Mehrpersonenhaushalten. Jedoch gibt es in Bezug auf die Größe dieser *Haushalte* deutliche Unterschiede. Fast die Hälfte der Befragten (43,6 Prozent) lebt in Zwei-Personenhaushalten. Dementsprechend geringer sind die Haushalte mit drei, vier und mehr Personen vertreten. Eine Besonderheit zeichnete sich im Ortsteil Friedrichshof ab.

²⁷ Stand August 2006, telefonische Auskunft Statistisches Landesamt Oktober 2006.

Dort hat sich in einem alten Gutshaus eine Ökokommune niedergelassen, die ihre Haushaltsgröße mit 15 Personen (davon sechs Kinder) angibt. Dagegen leben 15,9 Prozent der Befragten allein.

Die Untersuchung des *Familienstandes* ergab ein typisches Bild. Zwei Drittel der Befragten (66,2 Prozent) sind verheiratet, während 11,3 Prozent angaben, ledig zu sein. Verwitwet sind 10,4 Prozent, geschieden weitere 6,8 Prozent. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften spielen mit 4,5 Prozent eine untergeordnete Rolle.

Abbildung 2: Haushaltsgröße

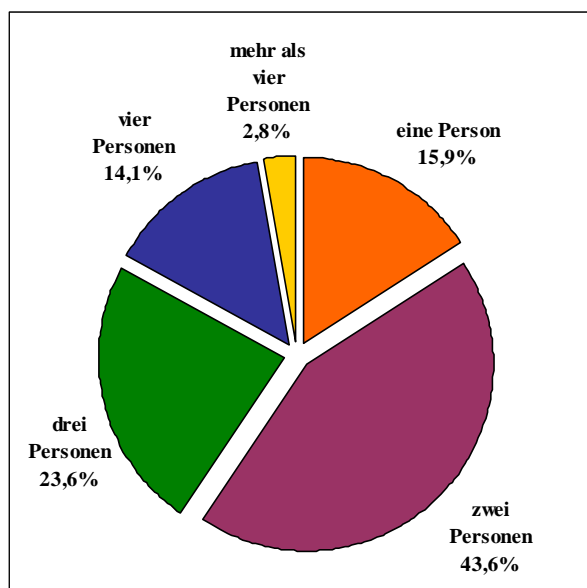
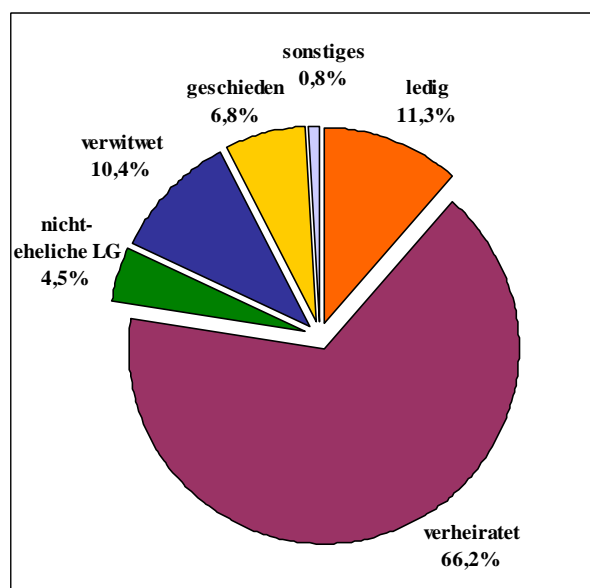


Abbildung 3: Familienstand



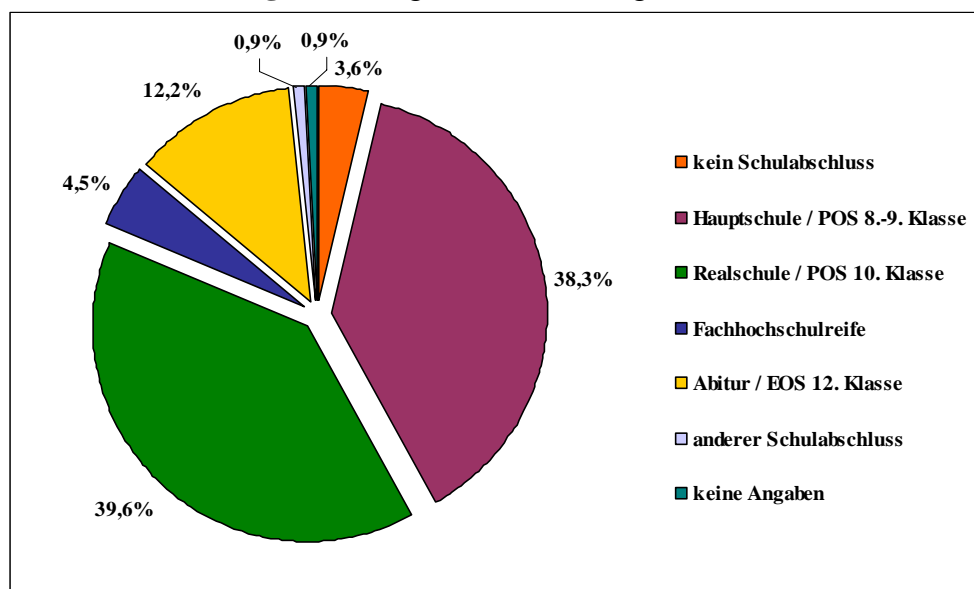
Quelle: eigene Erhebung

Bei der Betrachtung des *Erwerbsstatus* der Befragten wird deutlich, dass 41,9 Prozent, und somit der dominierende Anteil der Befragten, bereits Rentner sind. Gleichwohl gehen rund 36 Prozent der befragten Galenbecker einer Beschäftigung nach.²⁸ Davon haben 40 Prozent ihren Arbeitsplatz in der Gemeinde und 27 Prozent im Landkreis Mecklenburg-Strelitz. Allerdings pendeln auch 23 Prozent täglich berufsbedingt in einen anderen Kreis in Mecklenburg-Vorpommern. Von Letzteren kann angenommen werden, dass der Großteil in einem der direkt angrenzenden Landkreise Ostvorpommern oder Uecker-Randow arbeitet. Indessen sind 11 Prozent der Befragten ohne Arbeit. Damit sind die Arbeitslosen innerhalb der Befragung gemessen an der Arbeitslosenquote des Landkreises Mecklenburg-Strelitz deutlich unterrepräsentiert. Diese wurde im Januar 2007 auf 24,8 Prozent beziffert.

²⁸ Hierbei wurden die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie die Selbständigen zusammengezählt.

Als weiteres soziodemographisches Merkmal wurde der *Bildungsstand* der Befragten erfasst. Bei der Betrachtung der Schulabschlüsse ist allerdings zu beachten, dass eine deutliche altersabhängige Komponente zum Tragen kommt. Mit steigender schulischer Qualifizierung nehmen auch die Anteile der jüngeren und mittleren Altersgruppen an den jeweiligen Schulabschlüssen zu. Gerade bei den Älteren herrscht ein für den ländlichen Raum typischer niedriger Schulabschluss bzw. kein Schulabschluss vor. So verteilen sich beispielsweise die 3,6 Prozent der Befragten ohne Schulabschluss zu 75 Prozent auf die Altersgruppe der über 65-Jährigen und jeweils 12,5 Prozent auf die Altersgruppen der 46-55-Jährigen und der 56-65-Jährigen. Dagegen können 33,3 Prozent der befragten 18-29-Jährigen ein Abitur vorweisen.

Abbildung 4: Bildungsstand der Befragten in Galenbeck



Quelle: eigene Erhebung

Über einen *beruflichen Abschluss* verfügen 87 Prozent der interviewten Galenbecker. 64 Prozent der Befragten besitzen den Abschluss eines Facharbeiters, 7 Prozent verfügen über einen Fachhochschulabschluss und 16 Prozent weisen einen Hochschulabschluss auf. In beruflicher Ausbildung befindet sich lediglich 1 Prozent der Befragten. 11 Prozent haben keinerlei berufliche Bildung erfahren. Insbesondere die Altersgruppen der über 65-Jährigen und der 18-29-Jährigen sind hierbei überdurchschnittlich vertreten.

Zur Ermittlung der *Einkommenssituation* der Befragten wurde bei der Erhebung auch um Auskunft über das monatliche Nettohaushaltseinkommen gebeten. 24 Prozent der Befragten haben sich dieser Frage entzogen und keine Angabe gemacht. Für diejenigen Teilnehmer der Befragung, die zu Aussagen über ihre Einkommenssituation bereit waren, wurde ein niedriges

durchschnittliches Nettohaushaltseinkommen berechnet. Diese Feststellung kann zumindest teilweise dadurch erklärt werden, dass lediglich 36 Prozent der Befragten einer Beschäftigung nachgehen, bereits 42 Prozent im Ruhestand sind und 12 Prozent sich in Arbeitslosigkeit oder einer Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung befinden. Fast ein Fünftel der auskunftsbereiten Galenbecker hat sich in die Kategorie mit einem monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt von 501 bis 1.000 Euro eingeordnet. Mit 15 Prozent ist die Einkommensgruppe von 1.001 bis 1.500 Euro die zweitstärkst besetzte Kategorie. Mit jeweils etwa 12 Prozent folgen die Bereiche von 1.501 bis 2.000 Euro und 2.001 bis 2.501 Euro. Über 2.500 Euro haben 8 Prozent zur Verfügung, gleichwohl gaben 8 Prozent an, von weniger als 500 Euro im Monat zu leben.

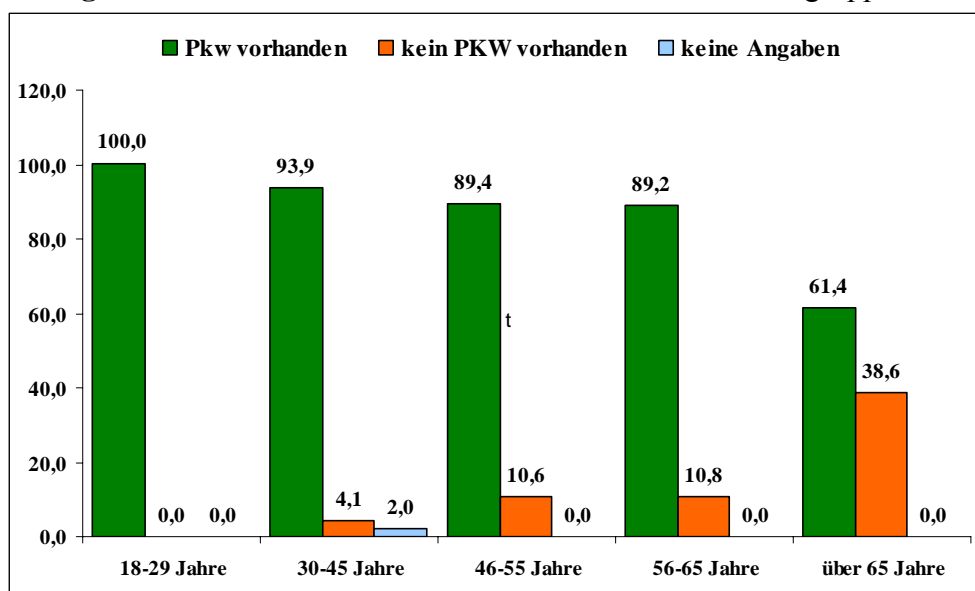
Konfessionell gebunden fühlen sich in der Untersuchungsgemeinde rund 40 Prozent der Befragten, 36 Prozent gehören der evangelischen und 3 Prozent der katholischen *Kirche* an. Die meisten Konfessionslosen finden sich in der Gruppe der 46-55 Jährigen, hier geben 77 Prozent an, nicht religiös orientiert zu sein. In der Altersgruppe der über 65 Jährigen bekennen sich dagegen 64 Prozent zur evangelischen Kirche.

Von den Befragten sind 78 Personen (34 Prozent) seit 1990 in die Gemeinde Galenbeck zugezogen. Dies stellt in Anbetracht der grundsätzlichen (Ab-) *Wanderungsbewegung*, welcher sich die Gemeinde ausgesetzt sieht, eine beachtliche Größe dar. Als Zuzugsmotive spielen im Wesentlichen drei Aspekte eine Rolle. Überwiegend (44 Prozent) wurde sich aus Gründen der Verbesserung der eigenen Wohnsituation für die Gemeinde Galenbeck entschieden. Der Wunsch nach Wohneigentum stand dabei im Vordergrund. Dies gilt insbesondere für die Zugezogenen in den Altersgruppen der 18-29 und 46-55 Jährigen. Jeweils über 60 Prozent nannten Haus und Eigentum als Ursache für ihren Umzug. Mit vergleichsweise günstigem Wohnraum und preiswerten Baugrundstücken lässt sich die Haushalts- und Familiengründung in den eigenen vier Wänden im ländlichen Raum leichter realisieren. Des Weiteren kommen private und familiäre Gründe (27 Prozent) als Beweggrund zum Tragen. Dies trifft vor allem auf die über 65 Jährigen zu. Sowohl die Pflege hochaltriger Familienmitglieder als auch die eigene Pflege können in diesem Zusammenhang als Wanderungsmotiv ausschlaggebend gewesen sein. Der (neue) Arbeitsplatz war für immerhin 17 Prozent Anlass, in die Gemeinde zu ziehen. Speziell bei den 56-65 Jährigen war die Arbeit als Umzugsgrund von entscheidender Bedeutung. Die Zugezogenen weisen in der

Gegenüberstellung zu allen Befragten auch eine wesentlich höhere Beschäftigungsquote auf. Insgesamt stehen 53 Prozent der Zugezogenen in einem Beschäftigungsverhältnis.

Aufgrund der oft weiten Wege in Kombination mit eingeschränktem ÖPNV ist die eigene *Motorisierung* für den ländlichen Raum elementar. Ist die persönliche Verfügung über ein Fahrzeug nicht möglich, können einfachste Dinge wie Einkaufen oder ein Arztbesuch beschwerlich oder nur mit Hilfe anderer bewältigt werden. 82 Prozent der befragten Haushalte können über mindestens ein Auto verfügen.²⁹ Dabei wird jedoch eine starke Abhängigkeit zwischen dem Vorhandensein eines Kraftfahrzeuges und dem Alter erkennbar. Mit zunehmendem Alter sinkt der Grad der Mobilität mit dem eigenen PKW bei gleichzeitig steigender Abhängigkeit von den Anbietern des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Abbildung 5: Vorhandensein eines PKW im Haushalt nach Altersgruppen in Prozent



Quelle: eigene Erhebung

Die Nutzung von Angeboten der Infrastruktur über den *Computer* im Haushalt kann eine Möglichkeit zur Kompensierung der Nachteile der peripheren Lage darstellen. Die Hälfte der befragten Haushalte ist mit einem Computer ausgestattet, allerdings sind 30 Prozent davon nicht an das Internet angeschlossen. In Bezug auf die Ausstattung mit einem Computer wird mit Blick auf die Altersgruppen erneut deutlich, dass das Alter eine wichtige Rolle spielt. Auch hier nimmt mit zunehmendem Alter der Grad der Ausstattung des Haushalts mit einem

²⁹ Nach Angaben der Studie „Mobilität in Deutschland 2002“ verfügen zwischen 93 % und 96 % der Haushalte in ländlichen Räumen über mindestens einen Pkw, demgegenüber sind es nur 67 % – 73 % der Haushalte in Agglomerationsräumen. Vgl. Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen: Mobilität in Deutschland, Berlin 2002, unter: www.mid2002.de/publikationen.htm

PC enorm ab. Während in den 94 Prozent der Haushalte der 18-29 Jährigen ein Computer vorhanden ist, nutzen die Befragten über 65 Jahre lediglich zu 14 Prozent einen PC in den eigenen vier Wänden – um nur die Eckpunkte zu nennen.

4 Zufriedenheit mit Infrastrukturausstattung und Infrastrukturbedarf in der Gemeinde Galenbeck

Eine funktionierende technische Infrastruktur, die dem neusten Standard entspricht, gilt gemeinhin als Garant für eine moderne leistungsstarke Wirtschaft. Auf gesellschaftlicher Ebene wird diese durch eine differenzierte soziale und kulturelle Infrastruktur ergänzt, die nicht allein vom Staat, sondern auch von privaten Dienstleistern, freien Trägern und Bürgern getragen wird. Der Ausbau der Infrastruktur hat zum Ziel, einerseits der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region zu dienen, andererseits soll er die gesellschaftliche Teilhabe der Bürger gewährleisten.

Die Lebensqualität vor Ort ist wesentlich geprägt von der technischen, sozialen und kulturellen Infrastrukturausstattung sowie mit dem Wohnumfeld und der erlebten dörflichen Gemeinschaft. Regionalwissenschaftliche Konzepte beziehen sich aber zumeist auf objektive Größen wie Bevölkerungsdichte, Wirtschaftsstruktur, Bruttowertschöpfung oder Infrastrukturausstattung. Subjektive Wahrnehmung, Erwartungen oder Präferenzen werden in den seltensten Fällen berücksichtigt.³⁰ Lebensqualität lässt sich jedoch nur zum Teil mit objektiven Kriterien beschreiben, dies liegt daran, dass die Bürger objektiv identische Lebensbedingungen in Abhängigkeit von ihren eigenen Erwartungen und Ansprüchen unterschiedlich bewerten können. „Resultat derartiger Bewertungsprozesse ist die subjektive Zufriedenheit einer Person, die zwar auf ihre tatsächlichen Lebensumstände bezogen ist, aber in ansonsten vergleichbaren Situationen dennoch recht unterschiedlich ausfallen kann.“³¹ Um sich ein vollständiges Bild von der Lebensqualität in der Gemeinde Galenbeck machen zu können, ist es erforderlich, neben der objektiven Infrastrukturausstattung die darauf bezogenen Zufriedenheiten der Bürger zu untersuchen.

³⁰ Vgl. Beetz, Stephan: Innovationen in der Infrastruktur in ländlichen Räumen unter den Perspektiven von Lebensqualität, in: Beetz, Stephan (Hrsg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, Materialien Nr. 14, Berlin 2007, S. 9ff.

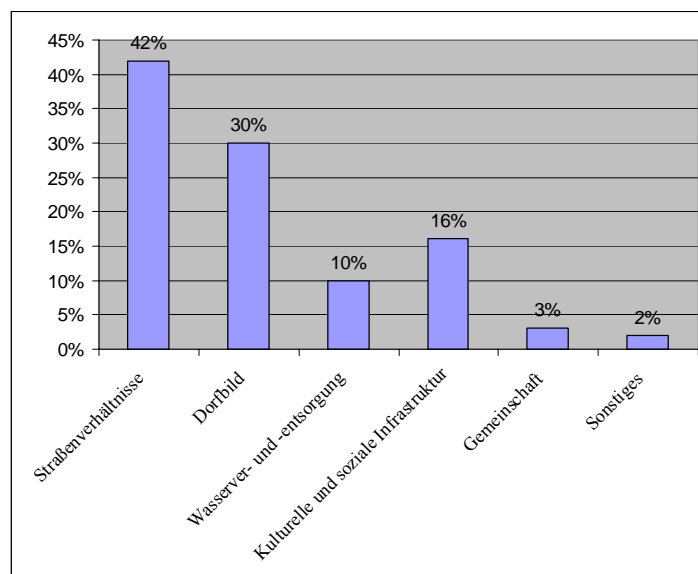
³¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006, S. 441.

4.1 Wahrgenommene Veränderungen in der Gemeinde

Einen Eindruck von der allgemeinen (Lebens-)Zufriedenheit und den subjektiv erfahrenen Veränderungen in der Gemeinde vermitteln die Antworten auf die Fragen nach *positiven Veränderungen in der Gemeinde*. Rund die Hälfte der befragten Haushalte (49 Prozent) sah durchaus positive Veränderungen in der Gemeinde, mehr als ein Drittel (37 Prozent) hingegen nahm nur negative Veränderungen wahr. Zehn Prozent der Befragten nannten sowohl positive als auch negative Entwicklungen.

Was aber genau hat sich in der Gemeinde verbessert? Vor allem die Straßenverhältnisse (42 Prozent) und das Dorfbild (29 Prozent) haben sich nach Einschätzung der Mehrheit deutlich verbessert. Es darf wohl davon ausgegangen werden, dass die vielfältigen Fördermaßnahmen im Bereich der technischen Infrastruktur sowie der öffentlichen und privaten Dorferneuerungen ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Positiv bewertet wurde von zehn Prozent auch die Wasserver- und -entsorgung, die seit einigen Jahren durch einen privaten Anbieter betrieben wird. Im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur sahen 16 Prozent der befragten Galenbecker (qualitative) Verbesserungen. Positiv hervorgehoben wurde, dass heute doch ein wesentlich größeres Angebotsspektrum – jenseits der sozialistischen „Einheitskost“ – und somit mehr Wahlfreiheit in den Bereichen Bildung und Kultur bestehe.

Tabelle 3: Positive Veränderungen in der Gemeinde



Quelle: eigene Erhebung, n=123, Mehrfachnennungen möglich

Nicht wenige der Befragten können jedoch keine oder kaum positive Veränderungen in Galenbeck wahrnehmen. Rundweg „alles“ sei schlechter geworden sagten 38 Prozent der 98 Haushalte (rund 15 Prozent aller befragten Haushalte), die negative Entwicklungen in der Gemeinde wahrnehmen.³² Für ein Drittel der Befragten lagen die Verschlechterungen vor allem im sozialen und kulturellen Bereich, viele vermissten eine intakte Gemeinschaft. Interessant ist allerdings, dass 16 Prozent äußerten, die Straßenverhältnisse wären schlechter geworden. Dies lässt sich vor allem dadurch erklären, dass der Pendlerstrom auf dem Weg zur Autobahn am Ortsteil Wittenborn vorbei führt und dieses erhöhte Verkehrsaufkommen für Ruhestörungen sorgt. Immerhin dreizehn Prozent machten ihrer Unzufriedenheit mit der Verwaltung Luft. In diesem Zusammenhang wurden vor allem die weiten Wege zu Behörden und die Zusammenlegung der vor 2003 eigenständigen Gemeinden Wittenborn, Schwichtenberg und Klockow zur Gemeinde Galenbeck genannt. Für viele – dies wurde auch in etlichen anderen Gesprächszusammenhängen deutlich – hat sich mit der Entstehung der Großgemeinde eine besondere Konzentration (Sanierungen, Dorffeste) auf den größten Ortsteil Schwichtenberg (Sitz des Bürgermeisters) ergeben, die nun zu einer (vermeintlichen) Vernachlässigung anderer Ortsteile führt.

Eine Mehrheit der befragten Galenbecker Bürger nimmt die umfangreichen Investitionen, die seit der Wiedervereinigung in die technische Infrastruktur geflossen sind, positiv wahr und schätzt die neue Wahlfreiheit im Bildungs- und Freizeitbereich. Gleichzeitig überwiegt bei etlichen Befragten vor allem das Gefühl von Verlust, festgemacht an fehlender sozialer und kultureller Infrastruktur und einem Mangel an Gemeinschaft.

4.2 Zufriedenheit mit lokaler Infrastruktur und Wohnumfeld

Nachdem die subjektiv empfundene Zufriedenheit mit der „Lage“ in der Gemeinde Galenbeck abgefragt wurde, erfolgte die Ermittlung der Zufriedenheitswerte mit einzelnen Infrastrukturangeboten und dem Wohnumfeld. Ist das Stimmungsbild in Bezug auf die allgemeine (Lebens-)Zufriedenheit doch eher zweigeteilt mit einem beachtlichen Anteil von diffus Enttäuschten, so ist die Zufriedenheit mit dem persönlichen Nahbereich nahezu einhellig positiv. In ihrer Nachbarschaft fühlten sich 93 Prozent der Befragten wohl und immerhin noch 79 Prozent gaben an, dass sie mit dem Wohnumfeld (Natur, Dorfbild)

³² Bedenkt man, dass die Interviewerinnen und Interviewer oftmals mit barschen Worten wie „wieso soll ich mit Ihnen sprechen, sie sehen doch wie es hier aussieht“ abgewiesen wurden oder dass vielfach die Wohnungstür nicht geöffnet wurde, obwohl deutlich hörbar jemand zu Hause war, so erscheinen die 15 Prozent der (gänzlich) Enttäuschten für Galenbeck eher die untere Grenze zu sein.

zufrieden oder sehr zufrieden sind. Die bereits zuvor geäußerte positive Entwicklung im Bereich der technischen Infrastruktur findet sich auch bei der Beantwortung dieser (geschlossenen) Frage wieder. Wasserver- und entsorgung sowie der Ausbau des Straßennetzes nehmen mit weit über 80 Prozent Platz 2 und 3 auf der Zufriedenheitsskala ein. Die ärztliche Versorgung wurde von den Befragten ebenfalls als sehr zufriedenstellend erlebt, denn bisher kommt ein Arzt zweimal wöchentlich in die Gemeinde und hält dort Sprechstunden ab. Zufriedenheitswerte von 70 und mehr Prozent wurden bei denjenigen Dienstleistungen erreicht, die sich einerseits recht gut delegieren lassen, wenn man selbst nicht mehr dazu in der Lage ist (wie Geld abholen, Paket aufgeben) oder die einen gewissen Aufschub erlauben wie Arbeiten von Handwerkern oder eben der Bankbesuch („wir holen immer Freitags Geld in Friedland, wenn wir sowieso Einkaufen fahren“). Für drei Viertel der befragten Galenbecker war die Polizeipräsenz ausreichend, für fast ein Fünftel lässt sich die Polizei aber zu selten sehen.

Ein sehr deutlicher „Zufriedenheitsabfall“ vollzieht sich im Hinblick auf die Betreuungsangebote und -dienstleistungen, die, sind sie nicht in ausreichender Menge und Qualität vorhanden, die persönliche Zufriedenheit und Lebensqualität stark beeinträchtigen. Mit der Seniorenbetreuung zeigte sich noch knapp die Hälfte der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden. Allerdings trauten sich 30 Prozent kein Urteil in diesem Feld zu, da sie selbst noch keine Erfahrungen damit gemacht haben. Die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung in der Gemeinde war nur noch für 41 Prozent der Befragten (sehr) zufriedenstellend, auch in diesem Fall halten sich fast ebenso viele Befragte mit ihrer Meinung zurück, da sie selbst nicht betroffen sind. Im Fall der Einkaufsmöglichkeiten (in der Gemeinde) hatten so gut wie alle eine dezidierte Meinung. Rund die Hälfte ist mit den aktuellen Einkaufsgelegenheiten durchaus (sehr) zufrieden, fast ebenso viele (45 Prozent) sind allerdings unzufrieden mit der Situation. Nicht ganz so stark ist die Unzufriedenheit mit der Kreis- und Amtsverwaltung ausgeprägt (36 Prozent), noch immer ist knapp die Hälfte mit der Verwaltung zufrieden. Sehr geringe Zufriedenheitswerte (≤ 40 Prozent) weisen hingegen die traditionellen Kristallisationspunkte der dörflichen Lebenswelt auf: gastronomische Angebote (40 Prozent), Freizeitangebote (33 Prozent) und Schulversorgung (31 Prozent). Negativer Spitzenreiter ist eindeutig die Verkehrsanbindung und der ÖPNV mit einem Unzufriedenheitswert von 58 Prozent.³³

³³ Während mit der offenen Frage nach positiven Veränderungen in der Gemeinde ermittelt wurde, welche Verbesserungen und Verschlechterungen subjektiv von den Befragten empfunden wurden, erhält man mit vorgegebenen, ausgewählten Dimensionen der lokalen Infrastruktur eine Bewertung, die wesentlich unabhängiger von subjektiven Einschätzungen ist. Die Rangreihen müssen dementsprechend nicht identisch ausfallen. So zeigt sich, dass eine Mehrheit der Bürger bei der geschlossenen Frage mit dem ÖPNV unzufrieden

Tabelle 4: Zufriedenheit mit Wohnumfeld und lokaler Infrastruktur

	sehr/zufrieden	unzufrieden	weiß nicht
Nachbarschaft	93%	5%	3%
Wasserversorgung/- entsorgung	85%	12%	3%
Ausbau des Straßennetzes	84%	15%	1%
Ärztliche Versorgung (Hausarzt/Notdienst)	81%	17%	2%
Attraktivität des Wohnumfeldes	79%	19%	2%
Bankfilialen	75%	17%	8%
Öffentliche Sicherheit	74%	19%	8%
handwerk- Dienstleistungsangebote	74%	17%	10%
Postfilialen	70%	24%	6%
Seniorenbetreuung	56%	14%	30%
Einkaufsmöglichkeiten	54%	45%	1%
Kreis- und Amtsverwaltung	53%	36%	10%
Kinderbetreuung (Kindergarten)	41%	18%	40%
Gastronomische Angebote	40%	47%	13%
Freizeitangebote	33%	57%	10%
Schulversorgung	31%	32%	37%
Verkehrsanbindung/ÖPNV	26%	58%	16%

Quelle: eigene Erhebung, n=220

Wird eine Analyse einzelner Teilgruppen in Bezug auf ihre Zufriedenheit mit der lokalen Infrastruktur und dem Wohnumfeld durchgeführt, so fällt auf, dass sich bürgerschaftlich aktive und inaktive Befragte nicht signifikant in ihrer Zufriedenheitsstruktur unterscheiden. In der Tendenz sind die Aktiven etwas weniger zufrieden und eher unzufrieden als die Inaktiven. Ähnliches gilt auch für die Erwerbstätigen/Nicht-Erwerbstätigen. Beide Gruppen weisen eine vergleichbare Zufriedenheitsstruktur auf. Bedeutende Abweichungen (Unterschiede größer 15 Prozent) finden sich allerdings beim Freizeitangebot, bei der Gastronomie und der Einschätzung des Wohnumfeldes. Mit dem Freizeitangebot waren die Erwerbstätigen um 20 Prozent unzufriedener als die Nichterwerbstätigen. Gleichzeitig sind 20 Prozent der Erwerbstätigen rundweg unzufriedener mit dem Angebot an Gaststätten. Auch das

ist. Der bei der offenen Frage aber gar nicht auf der „Negativliste“ erschien. Der öffentlich Nahverkehr wurde, da z.B. ein eigener PKW vorhanden ist, persönlich für nicht so wichtig und andere Probleme als bedeutsamer eingeschätzt. Daher gelang der ÖPNV auf die offene Frage hin nicht auf die Liste der wichtigsten subjektiv empfundenen Probleme.

Wohnumfeld wird von den Erwerbstätigen kritischer gesehen, denn die Erwerbstätigen wiesen eine um 20 Prozent geringere Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld auf als die Nichterwerbstätigen. Es lässt sich vermuten, dass die Erwerbstätigen an ihr Wohnumfeld wie an die kulturellen Einrichtungen einen höheren Anspruch stellen, den sie aber in einem geringeren Maß in Galenbeck eingelöst sehen. Die altersspezifische Betrachtung der Zufriedenheitswerte bringt hervor, dass in der Tendenz die Unzufriedenheit mit zunehmendem Alter sinkt.³⁴ Ein sehr deutlicher Knick ergibt sich mit dem 56. Lebensjahr – ab diesem Zeitpunkt sind die Befragten wesentlich weniger unzufrieden mit der Infrastruktur als andere Altersgruppen. Mit einer Ausnahme: Die Senioren sind wesentlich unzufriedener mit der Seniorenbetreuung. Die Jungen sind hingegen sehr viel zufriedener mit der Kinderbetreuung, was sicher auf die in Kotelow bestehende Kindertagesstätte „Storchennest e.V.“ zurückzuführen ist. Alle Altersgruppen sind freilich gleich unzufrieden mit den Einkaufsmöglichkeiten.

Eine Regressionsanalyse (Tabelle 2A im Anhang) über die einzelnen Infrastrukturangebote und Dienstleistungen sowie das Nahumfeld erlaubt herauszufinden, ob einzelne Untergruppen der Stichprobe (z.B. Aktive, Erwerbstätige) unter Einbeziehung aller ausgewählten Variablen besondere Zufriedenheitsstrukturen aufweisen. Keine signifikanten Einflüsse der Variablen³⁵ konnten für die Bereiche ÖPNV, Post, Bank, öffentliche Sicherheit, Kinder- und Seniorenbetreuungsangebote und die Schulversorgung festgestellt werden. Das Merkmal *Alter* spielte hingegen eine signifikante Rolle bei der Einschätzung der Straßenverhältnisse. Je jünger die Befragten sind, umso unzufriedener sind sie mit dem Ausbau und dem Zustand der Straßen. Ein nachvollziehbares Ergebnis, bedenkt man, dass vor allem die Jüngeren außerhalb der Gemeinde berufstätig sind und auf einen PKW (und eine schnelle Verbindung zur Autobahn) angewiesen sind. Es sind auch die Jüngeren, die mit den Leistungen und der Erreichbarkeit der (Amts-) Verwaltung signifikant unzufriedener waren. Das Wohnumfeld und die Freizeitangebote standen ebenfalls in der Kritik der jüngeren Befragten – je jünger die Befragten, desto unzufriedener waren sie mit diesen beiden Bereichen. Das Wohnumfeld – als Indikator für Lebensqualität verstanden - wurde auch von den *Erwerbstätigen* als eher

³⁴ Psychologische Forschung zur Lebenszufriedenheit im Alter ergab, dass das subjektive Wohlbefinden trotz abnehmender körperlicher Leistungsfähigkeit als unverändert gut angegeben wird. Ursächlich dafür ist die „Fähigkeit des Selbst, Realität zu konstruieren und damit auch zu transformieren, sich an veränderte Realitäten anzupassen und das eigene Selbstverständnis zu schützen.“ Staudinger, Ursula M.: Psychologische Produktivität und Selbstentfaltung im Alter, in: Baltes, Margret und Leo Montada (Hg.): Produktives Leben im Alter, Campus Frankfurt/M./New York 1996, S.366f.

³⁵ Folgende Variablen wurden in die Regressionsanalyse mit einbezogen: freiwillige oder gemeinschaftliche Aktivität, Erwerbstätigkeit, Alter (Jahrgang), Geschlecht, Kinder im Haushalt und Bildungsstatus.

unzureichend eingestuft. Die Erwerbstätigen äußerten neben der stärkeren Unzufriedenheit mit dem Wohnumfeld auch noch Kritik an der medizinischen und postalischen Versorgung sowie den Einkaufsmöglichkeiten vor Ort. Die Erwerbstätigen sind zeitlich weniger flexibel, so dass sie die Sprechstunde des „mobilen“ Arztes in Schwichtenberg oder Kotelow sowie die Öffnungszeiten des „Postshops“ in der Schwichtenberger Gaststätte nicht wahrnehmen können. Auch für den Einkauf muss stets nach der Arbeit in die nächstgelegene Stadt (Friedland) gefahren werden. Die *aktiven Befragten* wiesen als einzige Gruppe eine signifikant positive Zufriedenheit mit ihrem Umfeld auf. Dies mag vor allem daran liegen, dass sie selbst an der Gestaltung ihrer direkten Umwelt mitwirken und dies als befriedigend erleben. Allerdings zeigten die Aktiven signifikant höhere Unzufriedenheitswerte im Bereich der Wasserver- und entsorgung sowie mit der Amtsverwaltung. Signifikant unzufriedener mit dem Angebot und der Verfügbarkeit von handwerklichen Dienstleistungen waren die Haushalte mit Kindern, die in dieser Familienphase wohlmöglich weniger Zeit haben, Reparaturarbeiten an Haus und Hof selbst durchzuführen und somit auf diese Dienstleistungen stärker angewiesen sind als andere Haushalte in Galenbeck. Die Höhergebildeten äußerten sich signifikant unzufriedener über die (Qualität der) Gaststätten vor Ort. Wahrscheinlich ist davon auszugehen, dass die besser Qualifizierten sich nach niveauvollerem Speisenangebot sehnen als dies in Galenbeck vorzufinden ist.

Tabelle 5: Einflussfaktoren auf die Zufriedenheit mit Infrastruktur und Wohnumfeld

Variable	Signifikanter negativer Einfluss auf Zufriedenheit mit
Alter/Geburtsjahr*	<ul style="list-style-type: none"> - Straßenbau/-verhältnissen - Wohnumfeld - (Amts-)Verwaltung - Freizeitangebote
Erwerbstätigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Medizinische Versorgung - Postfilialen - Einkaufsmöglichkeiten - Wohnumfeld
Gemeinschaftliche und freiwillige Aktivität	<ul style="list-style-type: none"> - Wasserver- und entsorgung - (Amts-)Verwaltung
Kinder im Haushalt	<ul style="list-style-type: none"> - Handwerkliche Dienstleistungen
Bildungsstatus	<ul style="list-style-type: none"> - Gastronomie in der Gemeinde

Quelle: eigene Erhebung, *Erläuterung: Je jünger der Befragte ist, umso unzufriedener ist er mit den Straßenverhältnissen

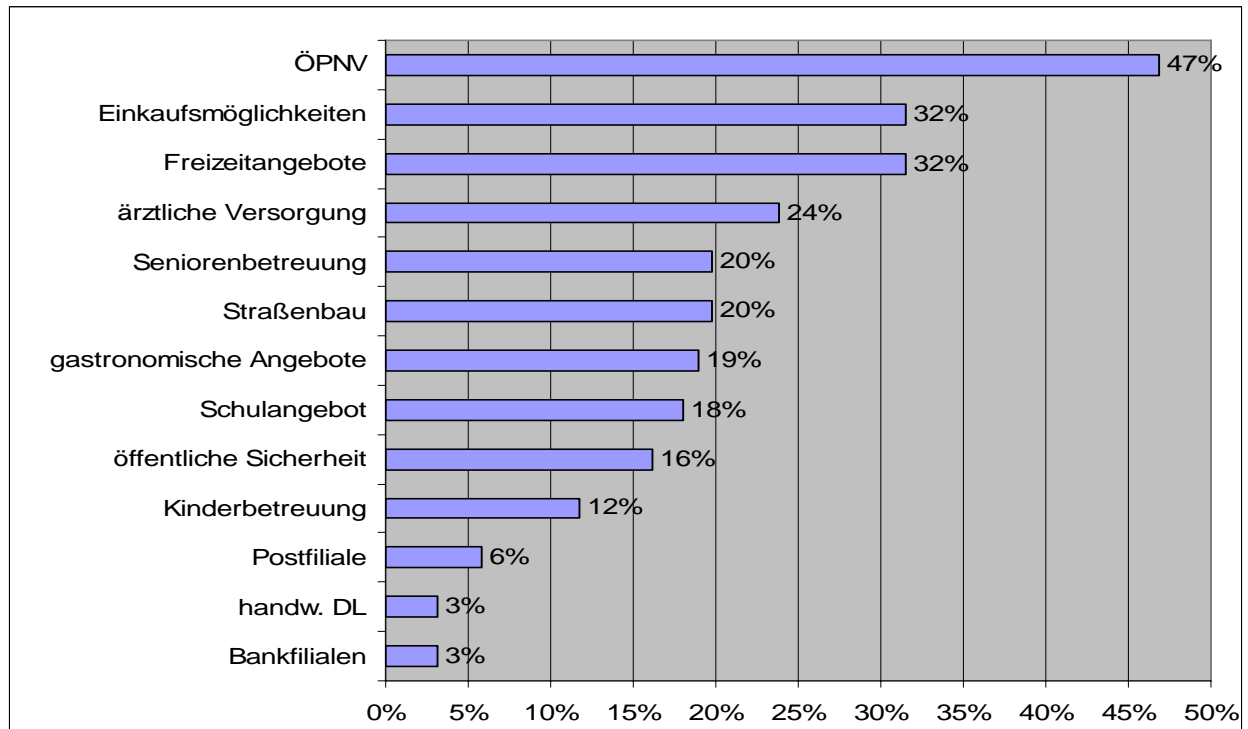
Das untersuchte Gebiet ist in Bezug auf die technische Infrastruktur sehr gut erschlossen und dementsprechend hoch fielen die Zufriedenheitswerte in diesem Bereich aus. Der Ausbau der Straßen und die Wasserver- und -entsorgung gab selten Grund zu Beanstandungen. Einzig das Fehlen breitbandiger Internetzugänge im gesamten Gemeindegebiet gab gelegentlich in Gesprächen Anlass zu Klagen. Über die Attraktivität des Wohnumfeldes und des Dorfbildes sowie die unmittelbare Nachbarschaft äußerte sich die Mehrheit der befragten Galenbecker ebenso positiv. Ganz anders fiel dagegen die Beurteilung der sozialen und kulturellen Infrastruktur aus. Die Unzufriedenheit mit dem Freizeitangebot, der Schulversorgung und dem gastronomischen Angebot überstieg deutlich die Zufriedenheit mit diesen Bereichen. Die höchsten Unzufriedenheitswerte wurden allerdings für die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr vergeben. Im Hinblick auf einzelne Teilgruppen der Galenbecker Bevölkerung zeigte sich, dass die Jüngeren, die Aktiven und die Erwerbstätigen – die Leistungsträger der Gemeinde – ihr Wohnumfeld als weniger zufrieden stellend erleben und sich zu privaten Dienstleistungen und Freizeitangeboten signifikant unzufriedener äußern.

4.3 Mehr an ÖPNV, Einkaufsgelegenheiten und Freizeitangeboten - Wahrgenommene Bedarfe an lokaler Infrastruktur und Dienstleistungen

Die geäußerte (Un-)Zufriedenheit mit einzelnen Dienstleistungen und Infrastrukturangeboten korrespondiert in direkter Weise mit dem wahrgenommenen Bedarf an lokalen Dienstleistungen und Infrastrukturangeboten.³⁶ Der ÖPNV ist mit weitem Abstand die Infrastrukturleistung, die nach Ansicht der befragten Galenbecker höchster Priorität bedarf. Jeweils ein Drittel wünscht den Ausbau der Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Im „Mittelfeld“ (10-20 Prozent) der geäußerten Bedarfe liegen die zukünftige Sicherung der medizinischen und pflegerischen (Grund-)Versorgung sowie die für notwendig erachtete Erweiterung der Schul- und Kinderbetreuungsangebote. Der Wunsch nach dem Ausbau von Gaststätten und Dorfkneipen besaß für knapp ein Fünftel der Befragten hohe Priorität. Die Präsenz der Polizei könnte sich für 16 Prozent der Befragten erhöhen. Eine Erweiterung der Post- oder Bankfilialen sowie das Angebot an handwerklichen Dienstleistungen wurde nur von sehr wenigen Befragten (3-6 Prozent) präferiert.

³⁶ Hier wurde die aggregierte Rangfolge verwendet, d.h. alle Nennungen der Plätze 1-3 wurden zusammengefasst. Eine Auswertung nach Rang 1, 2 oder 3 ergibt nur marginale Unterschiede zur zusammengefassten Rangfolge der wahrgenommenen Bedarfe.

Abbildung 6: Wahrgenommener Bedarf an lokalen Dienstleistungen und Infrastruktur



Quelle: eigene Erhebung.

Frage: Welche der folgenden **Bereiche** sollten Ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren **verstärkt angeboten** werden? Nennen Sie die drei wichtigsten in absteigender Reihenfolge (1-3)! Und auf welche der folgenden Bereiche könnten Sie am ehesten **verzichten**? Nennen Sie die drei Ihrer Meinung nach Unwichtigsten (ebenfalls in absteigender Reihenfolge 4-6)!

Worauf „antworten“ die Angaben zu den wahrgenommenen Bedarfen an lokaler Infrastruktur und Dienstleistungen letztlich – zumal einige „hochgerankte“ Bedarfe zuvor als sehr zufriedenstellend erlebt wurden? Sie sind sicher eine Reaktion auf die zuvor geäußerte Unzufriedenheit mit dem ÖPNV, den Einkaufsmöglichkeiten und dem Freizeitangebot. Darüber hinaus antizipieren die wahrgenommenen Bedarfe bereits die (erwartete) zukünftige Infrastrukturentwicklung in peripheren ländlichen Räumen. Die Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung und dem Ausbau des Straßennetzes ist zwar aktuell ausgesprochen hoch, doch wissen die Galenbecker sehr wohl, dass es überaus schwierig sein dürfte, wenn der Arzt seine Praxis schließt wieder einen Arzt zweimal in der Woche nach Galenbeck „zu locken“. Ebenso verhält es sich mit den Verkehrswegen, sind sie heute noch in vergleichsweise gutem Zustand, so wird die Kommune zukünftig infolge der Finanzknappheit weder einen weiteren Straßenausbau noch die Instandhaltung finanzieren können. Die Zahl der PKWs im Haushalt ermöglicht heute für die überwiegende Mehrheit eine weitgehende Unabhängigkeit vom öffentlichen Verkehr, trotzdem fürchten viele in Zukunft wieder stärker auf den ÖPNV angewiesen zu sein und wünschen sich daher ein erhöhtes Angebot.

Eine dritte – symbolische - Ebene erschließt sich erst, wenn die Gespräche am Gartenzaun und Küchentisch miteinbezogen werden. Immer wieder war die als mangelhaft erlebte Gehweg- und Straßenreinigung ein Thema – zu selten käme die kommunale Straßenreinigung nach Galenbeck. Nicht selten war zu hören: „Hier wächst das Unkraut auf den Bürgersteigen, die halbe Straße ist schon zugewachsen, keiner leert mehr die Mülleimer“. In der Tat wucherte es in einigen Ortsteilen ganz gehörig an Straßenrändern und Grünstreifen. Sicher könnten die Bürger selbst einen Besen in die Hand nehmen, doch die Klage über die „Wildnis vor der Haustür“ ist vor allem ein Vorwurf und eine Anklage „vergessen, abgehängt“ zu sein. Das gleiche gilt auch für den öffentlichen Verkehr: Niemand nutzt ihn, alle wollen ihn! Wie geht das zusammen? Nur wenn der Wunsch nach mehr ÖPNV als Wunsch nach „Anschluss“ – an die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen - verstanden wird!³⁷ Verwilderung, Überwucherung der Infrastruktur und Abgehängtsein von den Verkehrsadern der Welt – (zu oft gesehene mediale) Schreckensszenarien, die für die Galenbecker Bürger durchaus realistische Züge haben.

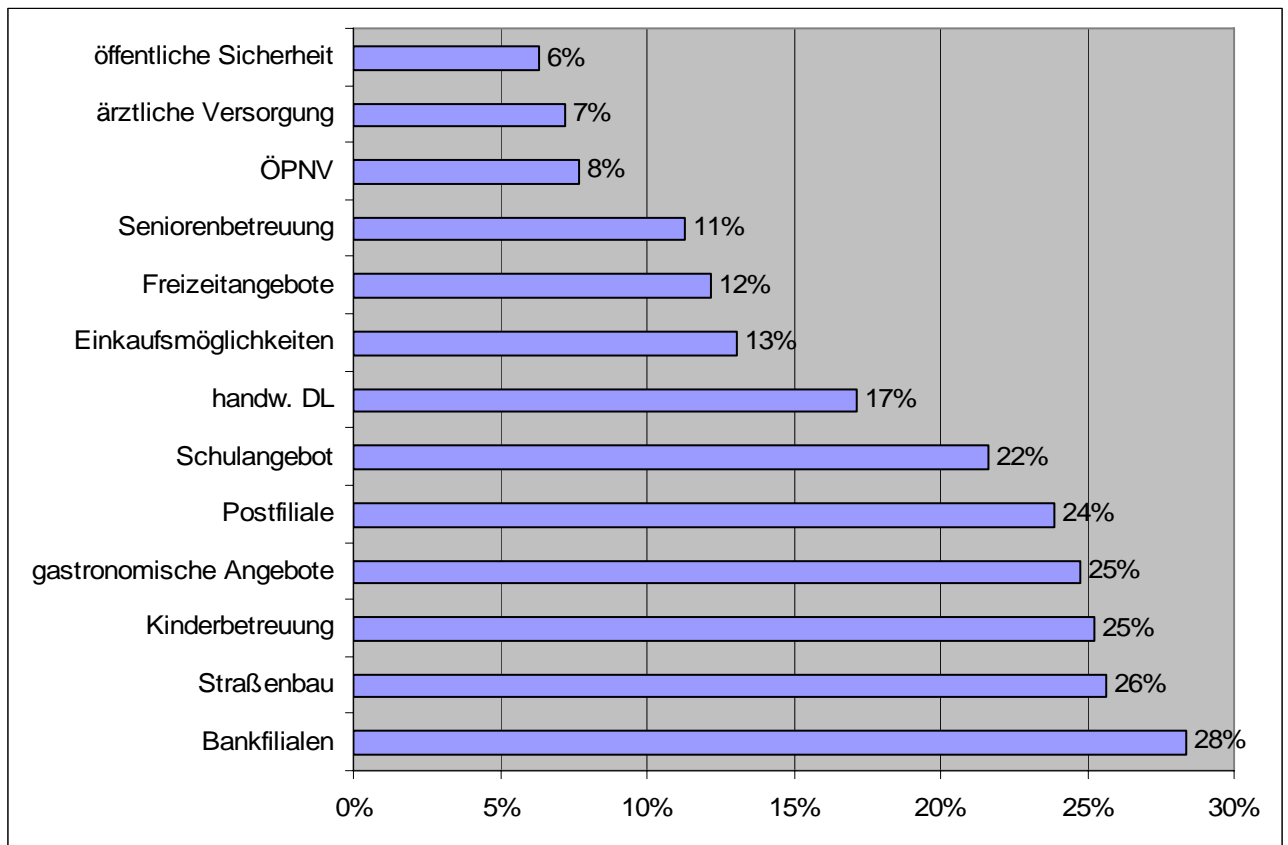
4.4 „Infrastrukturkonkurrenz“ – Am wenigsten benötigte Infrastruktur

Außerdem wurde erfragt, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge die Einwohner am ehesten Einschränkungen in Kauf nehmen würden. Am ehesten verzichtet werden könnte demnach vor allem auf Bank- und Postfilialen, den weiteren Ausbau der Verkehrswege sowie der Gastronomie. Dies sind zum einen Bereiche, die bereits sehr gut ausgebaut sind (Verkehrsinfrastruktur), zum anderen aber Dienstleistungen, deren Abwesenheit man auch jetzt schon hinnimmt. Überraschend waren in diesem Zusammenhang die nicht seltenen Nennungen von Kinderbetreuungs- und Schulangeboten, standen doch gerade der Abbau von Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur – auch abseits der Interviews – so häufig in der Kritik. Diese Erscheinung kann möglicherweise mit dem Durchschnittsalter der Befragten von 55 Jahren erklärt werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die zukünftige Entwicklung realistisch eingeschätzt und der zukünftige Trend in der Infrastrukturentwicklung bereits vorweg genommen wird. Wo keine Kinder mehr leben, braucht es auch keine Infrastruktur mehr für sie! So halten auch ein Viertel der Befragten die Kinderbetreuung und fast ebenso viele die Schule für am ehesten verzichtbar, hingegen nur elf Prozent die Seniorenbetreuung.

³⁷ Vgl. Barlösius, Eva und Claudia Neu: Die Wildnis wagen? In: Berliner Debatte - INITIAL, 12. Jg., Heft 6, 2001, S. 6-76. Neu, Claudia: Überwucherung. Ländliche Räume zwischen Peripherisierung und Ästhetisierung, Verhandlungen des 33. Soziologiekongresses der DGS in Kassel 2006, im Erscheinen.

Die kommenden demographischen Entwicklungen insbesondere in den peripheren ländlichen Räumen begünstigen, dass die Belange der jungen Familien mit Kindern immer öfter das Nachsehen haben werden. Mit Blick auf die Veränderungen in der Altersstruktur werden sie nach Abwägung der Interessen- und Finanzlage in Zukunft wohl häufiger hinter dem Erhalt oder der Ausweitung seniorengerechter Infrastrukturen zurückstehen müssen.

Abbildung 7: Am wenigsten benötigte Infrastruktur



Quelle: eigene Erhebung

Frage: Welche der folgenden **Bereiche** sollten Ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren **verstärkt angeboten** werden? Nennen Sie die drei wichtigsten in absteigender Reihenfolge (1-3)! Und auf welche der folgenden Bereiche könnten Sie am ehesten **verzichten**? Nennen Sie die drei Ihrer Meinung nach Unwichtigsten (ebenfalls in absteigender Reihenfolge 4-6)!

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Ausstattung mit technischer Infrastruktur – auf dem aktuellen Ausstattungsniveau - als zufriedenstellend von den befragten Bürgerinnen und Bürgern eingeschätzt wird, dementsprechend wird hier ein eher (mäßiger bis) geringer Bedarf für die Zukunft gesehen. Allerdings antizipieren die Befragten bereits (mögliche) zukünftige Probleme bei der Instandhaltung der Verkehrswege, der Aufrechterhaltung der flächendeckenden medizinischen Grundversorgung sowie der

Seniorenbetreuung und artikulieren erhöhten Bedarf für diese Infrastruktur und Dienstleistungen. Insbesondere in Bezug auf die schlechte Bedienung durch den ÖPNV und die kaum vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten steht der Wunsch nach einer Verbesserung dieser Lage im Raum. Gleichzeitig ist aber auf Seiten der Einwohner ein Bewusstsein dafür vorhanden, dass sich aufgrund der geringen Nutzerzahlen weder eine Ausweitung der öffentlichen Verkehrsanbindung noch eine Erweiterung der Einkaufsmöglichkeiten wirtschaftlich für die Betreiber rentieren würde. Deshalb hat man sich eingerichtet und mit der Situation arrangiert. Die große Mehrheit der Befragten hat Verwandtschaft in der Umgebung, wenn nicht direkt im selben Dorf, dann meist in einem der anderen Orte der Gemeinde. Die mobilen Kinder und Enkelkinder versorgen die „Alten“ mit den Waren des täglichen Bedarfs, so dass sie „alles haben, was sie brauchen“. Allerdings sehen viele der Befragten sehr deutlich, dass sie selbst möglicherweise in Zukunft – mangels Kindern und Enkelkindern am Ort - nicht auf diese Art von Unterstützung zurückgreifen können und wieder verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel und Einkaufsmöglichkeiten in der direkten Umgebung angewiesen sein werden. Dementsprechend wird hier der größte Bedarf gesehen. Ausdrücklich wird jedoch immer wieder auf die Defizite bei den Freizeitmöglichkeiten/-angeboten hingewiesen. Fehlende öffentliche Treffpunkte und Aktivitäten sowie die Möglichkeit, hierbei Kontakte zu den Mitmenschen zu pflegen, führen dazu, dass das fehlende Gemeinschaftsgefühl in der Gemeinde als einer der zentralen Punkte – in offenen Fragen und bei persönlichen Gesprächen - gleich neben dem Mangel an Freizeitangeboten diskutiert wurde.

Am ehesten glauben die befragten Galenbecker auf die Bank- und Postfilialen vor Ort verzichten zu können und würden auch gerne den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hinten anstellen. Gleichzeitig zeigt sich deutlich, dass der demographische Wandel eine Konkurrenz der einzelnen Alters- und Bevölkerungsgruppen um die zukünftigen Investitionen in die Infrastruktur mit sich bringt. Für deutlich mehr Galenbecker ist die Seniorenbetreuung weniger erlässlich als die Kinderbetreuung und die Schulversorgung.

4.5 „Wenn mir jemand hilft, fände ich das schon gut....“ – der Dienstleistungsterminal

Von Interesse ist nicht nur, wie die aktuelle Zufriedenheit mit der Infrastrukturausstattung sich darstellt und welche Bereiche als besonders problematisch wahrgenommen werden, sondern auch, ob Innovationen im Infrastrukturangebot auch angenommen würden. Aus diesem Grund wurde nach der Bereitschaft gefragt, einen in einem öffentlichen Raum

stehenden Dienstleistungsterminal, der verschiedenste E-Dienstleistungen wie Geld abholen und –überweisen, Briefmarken und Fahrkarten drucken etc. anbietet, zu nutzen.

Eine Mehrheit steht der Einrichtung eines Dienstleistungsterminals wenn nicht ablehnend (26 Prozent), so doch skeptisch gegenüber. Ein Drittel der Befragten fanden einen solchen Terminal zwar gut, würden ihn selbst aber nicht nutzen. Keinen Bedarf für ein computergestütztes Dienstleistungsangebot („brauchen wir hier nicht“) sahen 18 Prozent, jeweils zehn Prozent glaubten, dass sich „so etwas“ nicht rentieren würde, besitzen einen eigenen Internetzugang oder fürchten Eingriffe in ihre persönlichen Daten. Immerhin gab ein Drittel an, die Gelegenheit zum Geld überweisen und -abholen oder Briefmarken ziehen sehr zu begrüßen. Keineswegs handelte es sich dabei nur um jüngere Galenbecker, sondern gerade die Senioren äußerten, dass ihnen „dieses Gerät“, doch wieder ein wenig Freiheit zurückgeben würde, dass sie dann „nicht mehr bei jedem kleinen Schritt“ auf andere angewiesen wären. Allerdings wünschte sich die überwiegende Mehrheit eine Person, die mit Rat und Tat bei der Bedienung des Terminals zur Seite steht.

Der Dienstleistungsterminal scheint in Galenbeck nicht auf helle Begeisterung zu stoßen, trotzdem, so unsere Einschätzung, würden bei entsprechender Eingewöhnungszeit und Anleitung durchaus etliche Bewohner gerne auf das erweiterte Dienstleistungsangebot zurückgreifen, zumal sich fast zwei Drittel (64 Prozent) der Galenbecker, die sich mit dem Computer auskennen, bereit erklärten, ihren Mitbürgern bei beim Ausfüllen von Formularen am Computer (-Terminal) u.ä. zu helfen. Bei Arbeiten am Computer würden sich diejenigen, die selbst nicht damit arbeiten können, am liebsten von Nachbarn und Verwandten helfen lassen. Nur wenige würden sich gerne von einem kommunalen Angestellten unterstützen lassen. Hier offenbart sich – im Falle eines solchen Angebotes - einerseits ein dankbares Feld für nachbarschaftliche Hilfe. Andererseits bedarf es einer gewissen Gewöhnungs- und Informationsphase, um Akzeptanz für E-Dienstleistungen zu schaffen.

4.6 Zukünftiger Infrastrukturbedarf in der Gemeinde Galenbeck

Was lässt sich nun aus diesen Ergebnissen ableiten? Sehr deutlich wurde, dass auf einen weiteren Ausbau – mit Ausnahme der Breitbandverbindungen – der technischen Infrastruktur nach Ansicht der befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger im Augenblick verzichtet werden kann und die knappen kommunalen Mittel für den Bestandserhalt und die

Erweiterung der medizinisch/pflegerischen Versorgung sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur ausgegeben werden sollten.

Selbst wenn augenblicklich kein Bedarf für den Ausbau weiterer *Straßenverkehrsinfrastruktur* von den befragten Bürgern gesehen wird, stehen die finanziellen Probleme bei der Instandsetzung der Straßen bereits deutlich im Raum. Es wird nicht darum gehen können, in Zukunft die kleinsten Zufahrtswege und Verbindungen zwischen den Ortsteilen aufwendig zu pflastern oder die Ortskerne mit Natursteinen „aufzuhübschen“, sondern darum, die schnelle Erreichbarkeit zu (entlegenen) Autobahnen und Schnellstraßen zu erhalten. Das die Erreichbarkeit zur nächst gelegene Stadt – Friedland – ein prominentes Thema ist, beweist die hohe Priorität, die dem Ausbau und Erhalt des ÖPNV in Galenbeck eingeräumt wird. Der Zorn der Bürger entzündet sich vor allem an der in der Ferienzeit auf ein Minimum (Mittwoch) zurückgeschraubten Busanbindung nach Friedland. Diese durchaus verständliche Reaktion und Einschätzung der befragten Bürgerinnen und Bürger sollte jedoch nicht zu einem erweiterten liniengebundenen ÖPNV führen. Zumal in der Schulzeit mehrmals täglich die Gelegenheit besteht, nach Friedland und zurück zu gelangen. Vielmehr sollte die Gelegenheit genutzt werden, die Ferienzeit als Experimentierphase für flexible kundenorientierte Angebote und Kombinationslösungen einzuführen. Flexible Bedienungsformen wie Ruf- oder Bürgerbusse, Kleinbusse und Taxen bieten Möglichkeiten, sich sowohl den demographischen Entwicklungen wie dem veränderten Mobilitätsverhalten der Kunden anzupassen und kostengünstiger zu fahren. Die Angebote des Verkehrsverbund Mecklenburg-Strelitz zeigen ja bereits in diese Richtung (Rufbusse), eine Zusammenarbeit mit dem lokalen Verkehrsverbund oder einem Taxiunternehmer sind hier zu erproben. Zahlreiche Modellprojekte³⁸ belegen, dass Angebote wie „von Tür zu Tür“, „Haltestelle Haustür“ oder „freier Ausstieg“ die Attraktivität für ein an das allzeit bereite PKW gewöhnte Verkehrspublikum erhöhen.³⁹ Wird in Deutschland ÖPNV vor allem als Personentransport verstanden, so agieren in den ohnehin dünn besiedelten Skandinavischen Ländern bereits seit langem Mobilitätsdienstleister, die Kombinationslösungen von Personen und Gütern oder verschiedensten Dienstleistungen anbieten. Ein Transportmix ermöglicht eine gemeinsame

³⁸ Z.B. Mobilität ist Kultur, unter: www.mobikult.de/ oder Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien, unter: www.zukunft-oberlausitz-niederschlesien.de/pdf/ModellvorhabenOL-NS_Analyse_und_Leitbilder.pdf

³⁹ Die Modellprojekte machen deutlich, auf welche Faktoren es bei einer erfolgreichen Einführung flexibler Verkehrsangebote ankommt: Angebotsstabilität, Fahrgastinformation, Kundenwerbung, Akzeptanz einer gewissen Gewöhnungsphase, professionelle Organisation der Angebote ggf. mit oder durch lokale ÖPNV-Unternehmern. Vgl. Heinze, Wolfgang: Öffentlicher Verkehr und demographischer Wandel: Chancen für Nordostdeutschland, in: Beetz, Stephan (Hrsg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, Materialien Nr. 14, Berlin 2007, S. 25.

Linienführung für Güter und Personen (der Getränkeservice darf auch Fahrgäste mitnehmen). Ein Funktionsmix ermöglicht hingegen, dass verschiedene Dienstleistungen um die Verkehrsdienstleistung „herumgruppiert“ werden (Busbahnhof/-häuschen, Post- und Bankfiliale und Getränkeservice). Gleichzeitig kann ein Mobilitätsdienstleister verschiedene Angebotspakete schnüren (Ressourcenmix), die mobile Fahrdienste, Postauslieferung, Patiententransporte, Essen-auf-Rädern, Seniorenausflüge und Fahrschule bündeln.⁴⁰ Diese multifunktionalen Verkehrsangebote scheitern aber bisher daran, dass sie nicht ins deutsche Personenbeförderungsgesetz (PBefG) passen. Gute Projektideen lassen sich nicht umsetzen, da „die Hürden für die Realisierung und für die Finanzierung im Regelbetrieb hoch [sind]. Dafür müssen elastische Angebote in das rechtliche Korsett des PBefG gepresst werden.“⁴¹ So bedürfen auch die von Bürgern für Bürger organisierten Mobilitätsangebote einer Konzession durch das PBefG. Entscheidend wird für ein Gelingen der nachhaltigen Aufrechterhaltung eines ÖPNV in peripheren ländlichen Räumen sein, inwieweit gesetzliche Überregulierungen und Subventionierungen von unflexiblen Angebotsformaten zurück geschnitten und Anreize für Anbieter flexibler Bedienformen (finanzielle Gleichstellung von Linienverkehr und flexibler Beförderung) gesetzt werden. Die Abkehr von der subventionierten Verkehrspolitik und die zunehmend bedeutsamer werdende Nutzerfinanzierung werden einen Übergang von der „Objekt- zur Subjekt-Förderung“ einleiten. Nicht mehr das flächendeckende Angebot an Linienbussen kann das Ziel sein, sondern um eine weitere Finanzierung des ÖPNV zu gewährleisten muss ggf. über eine Unterstützung für die Nutzer mobiler Verkehrsangebote in Form von Zuschüssen zu den Fahrscheinen, Taxigutscheine oder im äußersten Fall die Mitfinanzierung eines PKW verhandelt werden. Um diesen Wandel in der Verkehrspolitik zu schaffen, bedarf es aber einer ressortübergreifenden Abstimmung verkehrspolitischer Entscheidungen zwischen Ministerien und Fachplanungen der Bundesländer sowie zwischen Haushaltsebenen, Ressorts und Anbietern.⁴² Die Aufrechterhaltung eines flexiblen an den Bedürfnissen der Kunden orientierter ÖPNV ist weit mehr als die letzte Rückfallposition für die „Zeit ohne Auto“, vielmehr sichert sie den Anschluss der Bevölkerung an wichtige Schnittstellen des öffentlichen Lebens. Ganz zu schweigen von der Signalwirkung, die die Aufgabe der

⁴⁰ Vgl. Heinze, Wolfgang: a.a.O., S. 25ff.

⁴¹ Canzler, Weert und Andreas Knie: Demographie und Verkehrspolitik, in: APuZ, Heft 29-30, 16. Juli 2007, Fußnote 25.

⁴² Vgl. Canzler, Weert und Andreas Knie: a.a.O., S. 14; Heinze, Wolfgang: a.a.O., S. 29.

öffentlichen Erreichbarkeit ganzer Teilräume für den territorialen Zusammenhalt und das Selbstverständnis Deutschlands hat.⁴³

Die *Telekommunikation* via Internet und Handy hat längst den Status einer Basisinfrastruktur erlangt, in der Gemeinde Galenbeck besteht aber bisher eine grundlegende Unterversorgung mit Breitband-Internetanschlüssen. Wird der Anschluss an diese schnellen Netze allein dem Markt überlassen, so kann Galenbeck sicher nicht damit rechnen so bald in den Genuss von DSL zu kommen. Im Rahmen einer sich verändernden Daseinvorsorge gilt es auch im Bereich der Telekommunikation allen Bürgern einen Zugang zu diesen neuen Zivilisationstechniken zu ermöglichen.

Ähnlich wie bei der Straßenverkehrsinfrastruktur verhält es sich bei den befragten Galenbecker Bürgern mit der *medizinischen Versorgung*. Die wöchentlichen Sprechstunden des „mobilen“ Arztes werden sehr geschätzt, gleichzeitig wissen die Galenbecker, dass sich die Situation infolge des Landärztemangels und der bereits heute bestehenden medizinischen Unterversorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte wohl verschlechtern wird. Unzweifelhaft gehört die medizinische Versorgung zu den Faktoren, die die Lebensqualität wesentlich mitbestimmen und weniger über den Weg- als den Zuzug von potentiellen Neubürgern mit entscheidet. Niemand möchte im Notfall ohne Arzt auskommen, Investitionen in die medizinische Versorgung sind somit für die Kommunen in peripheren ländlichen Räumen unerlässlich. Um eine nachhaltige medizinische Versorgung zu gewährleisten, kann sich die Gemeinde bereits heute um innovative Versorgungslösungen bemühen (Gemeindeschwester, Landarzt „anwerben“). Praxisprojekte wie AGnES (Arztentlastende, Gemeinde-nahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) und der Wiedereinsatz der Gemeindeschwester (Community Medicine Nurse)⁴⁴ erproben bereits heute, wie in Zukunft eine medizinische Versorgung in der Fläche gelingen kann, selbst wenn kein Arzt mehr direkt vor Ort ist. Diese Projekte treffen sowohl bei Landärzten wie bei Patienten auf Wohlwollen, zumal die Zahl der hochbetagten pflegebedürftigen Patienten zunehmen wird und so Hausbesuche immer dringlicher werden. Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem besten Wege, die Gemeindeschwester zum festen Bestandteil der

⁴³ Vgl. Barlösius, Eva und Claudia Neu: Gleichwertigkeit – Ade? Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume, in: Prokla, 36. Jg., H. 1, 2007, S. 77-92.

⁴⁴ Vgl. www.medizin.uni-greifswald.de/icm/abt_vcm/index.html

Regelversorgung werden zu lassen, auch beteiligen sich hier die Kassenärztlichen Vereinigungen bereits an den Gehältern der Gemeindeschwestern.⁴⁵

Doch die Gemeindeschwester alleine wird es „nicht richten“ können, nach wie vor bedarf es ausgebildeter Ärzte und Fachärzte. Und eben die wollen nicht in periphere ländliche Regionen. Aktuelle Strategien wie die „zentralen Gesundheitshäuser für den ländlichen Raum“ und Anwerbestrategien für Ärzte (billige Immobilien, kostenlose Unterkünfte beim Praktikum oder Aufwandsentschädigungen) werden erprobt, um der medizinischen Unterversorgung zu begegnen.⁴⁶ In Zeiten von (steigenden) Studiengebühren ist auch über ein (Landes-) Stipendium nachzudenken, dass Medizinstudenten erhalten, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums für mindestens fünf Jahre in einer Landgemeinde zu praktizieren. Anderenfalls muss die gesamte Summe inklusive Zinsen zurückgezahlt werden. Für das Land bleibt diese Investition im schlimmsten Fall kostenneutral, im besten Fall könnten dauerhaft Landärztinnen oder Landärzte gewonnen werden.

Der Abbau *sozialer und kultureller Infrastruktur* war der „Dauerbrenner“ sowohl in den Interviews als auch in den „nebenher laufenden“ Gesprächen. Die Zufriedenheit mit Kinderbetreuung und der Schulversorgung liegt im unteren Drittel der Zufriedenheitsrangliste. Dieses Ergebnis ist aber wohl eher als Folge auf die zum Befragungszeitpunkt eben vollzogene Schließung der Grundschule in Brohm zu sehen und die verminderten Kinderbetreuungsangebote im allgemeinen, als auf einen unmittelbaren Bedarf an Kinderbetreuung und Schulversorgung. Die Eltern sind durchweg zufrieden mit der durch die KiTa Storchennest gebotene Kinderbetreuung und kaum jemand hegt die Hoffnung auf die Neu- oder Wiedereröffnung einer Grundschule in der Gemeinde. Anders verhält es sich hingegen mit der *Freizeitinfrastruktur*. Überall wurde der Mangel an sozialen Treffpunkten vor allem für die Jugend beklagt, es fehlt an Spiel und Bolzplätzen oder Jugendtreffs. Die jüngeren Befragten waren insbesondere mit dem Freizeitangebot in Galenbeck signifikant unzufriedener als andere Altersgruppen, entsprechend dringlich wünschen sich die Jüngeren einen Ausbau eben dieser Infrastruktur. Gerade da die Kindertagesstätte eine der wenigen sozialen Infrastruktureinrichtungen in der Gemeinde ist, muss ihr in Zukunft jede erdenkliche (finanzielle) Unterstützung von Seiten der Kommune zuteil werden. Ebenso unerlässlich ist es, die Vereine bei ihrer Arbeit zu unterstützen und Mittel z.B. für den Bau eines Spielplatzes

⁴⁵ Vgl. Blöß, Timo: Gutachten des Sachverständigenrates: Kooperation und Verantwortung, Deutsches Ärzteblatt, PP 6, Ausgabe August 2007, Seite 351.

⁴⁶ Vgl. Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.): Hausärztliche Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte, Neubrandenburg 2004, S. 5ff, unter: http://www.region-mecklenburgische-seenplatte.de/downloads/848_Hausaerztliche-Versorgung.pdf

in Sandhagen bereit zu stellen. Die Wünsche der Befragten nach mehr sozialer und kultureller Infrastruktur sollten jedoch nicht ohne weiteres oder mit Verweis auf knappe finanzielle Mittel abgetan werden. Nur zu gerne erfüllen die unerwünschten rechtsradikalen Angebote die Sehnsucht nach Freizeitbeschäftigung und Gemeinschaft.

Mit Blick auf die altersspezifischen Betreuungsinfrastruktur trat bereits sehr deutlich zu Tage, dass es zu einer *nachfrageorientierte Verschiebung der seniorenbezogenen Infrastrukturleistungen* kommen wird. So sehen die Befragten bereits heute mehr Bedarf an einer seniorenrechtlichen als einer kinder- und familiengerechten Infrastruktur. Unzweifelhaft wird durch die Alterung der Bevölkerung mehr in diese Richtung geschehen müssen, allerdings kann dies zur Konsequenz haben, dass überdurchschnittlich „alte“ Gemeinden ohne Kinderbetreuungs- und Schulinfrastruktur sowie jugendgerechte Freizeitangebote noch einmal unattraktiver für (potentielle) Familien werden. Fehlt diese soziale Infrastruktur dann mangelt es nicht nur an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, sondern auch an Kristallisationspunkten für soziale Aktivitäten im ländlichen Raum. Denn Kindergärten, Schulen und Vereine sind stets soziale Orte an denen zu besonderen Anlässen wie Schulfest oder Weihnachtsfeier ein Zusammenkommen der gesamten Gemeinde möglich ist. Letztendlich muss aber die Kommune Prioritäten setzen, ob sie sich als „seniorenrechtliche Gemeinde“ präsentieren oder den Jugendlichen und jungen Familien eine Perspektive bieten will. Von dieser Entscheidung wird auch ihre Zukunftsfähigkeit abhängen.

Mit Ausnahme des Kiosks in Sandhagen bestehen in der gesamten Gemeinde keine Möglichkeiten, sich mit den Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen, dementsprechend wird von den Befragten ein hoher Bedarf für die Erweiterung der Einkaufsmöglichkeiten gesehen. Zudem fehlen Bank- und Postfilialen und die Wege zu den Ämtern sind weit. Ein Ansatzpunkt um eine weitgehend reduzierte *Nahversorgungsinfrastruktur* wieder sinnvoll zu ergänzen und gleichzeitig eine Erleichterung für das tägliche Leben zu schaffen ist, die Initiierung eines „Dorfladen“ oder einer „Dorfzentrale“. Eine solche „Dorfzentrale“ kann neben einem wohl sortierten und an den Wünschen der Bewohner orientierten Lebensmittel- und Getränkeangebot auch weitere Dienstleistungen anbieten wie Schneiderservice, Annahme von Reinigungs- und Schusterarbeiten. Ergänzt wird dies durch einen Dienstleistungsterminal, an dem Bankgeschäfte erledigt, Briefmarken gezogen, Fahrplanauskünfte eingeholt, Fahrkarten und (Amts-) Formulare sowie auf Wunsch eine Tageszeitung ausgedruckt werden kann. Die Befragung ergab, dass bereits heute ein Drittel

der Befragten sehr gerne auf ein computergestütztes Dienstleistungsangebot zurückgreifen würde. Allerdings legten die meisten Befragten Wert darauf, dass sich dieser Computerterminal in einem Raum oder Geschäft befindet und eine Person bei den Erledigungen am Gerät hilfreich zur Seite steht. Wo aber soll ein solcher erweiterter Dorfladen in einer so weitläufigen und verzweigten Gemeinde wie Galenbeck seine Pforten öffnen? Bei einem solchen Dorfladen muss es sich keineswegs um eine Neugründung handeln, vielmehr können bestehende Strukturen genutzt werden. Aus Zentralitätsgründen bietet sich z.B. das Bürgerhaus in Kotelow an. Mit der Kindertagesstätte besteht bereits eine Anlaufstelle, die viele Bürger täglich ansteuern. Darüber hinaus wird das Bürgerhaus zurzeit lediglich stundenweise genutzt (Bibliothek, Sprechstunden des Arztes, unregelmäßige Bürgermeistersprechstunden, Vereinstätigkeiten), so dass hier noch räumliche Kapazitäten frei wären. Andererseits wird das Kotelower Schloss gerade zu einem Bed- und Breakfasthotel umgebaut, so dass auch neben den Galenbecker Kunden möglicherweise Touristen zu erwarten wären. Angesichts weitgehend fehlender Nahversorgungsmöglichkeiten und fehlender Räume für öffentliche Kommunikation, ist eine solche „Dorfzentrale“ in der Lage, die verschiedensten Dienstleistungen zu integrieren und zu einem lokalen Treffpunkt zu werden.

Erfolgreich kann eine derartige Aktion aber nur sein, wenn einerseits der unbedingte Wille zumindest einer kleinen Gruppe von Menschen besteht, eine Dorfzentrale zu organisieren und sich um fachkundige Leitung und Personal zu kümmern. Andererseits muss die Bereitschaft einer Mehrheit der Gemeinde bestehen, den Dorfladen mindestens ideell besser noch finanziell zu unterstützen und mit anzupacken.

Gleichzeitig bietet eine Dorfzentrale auch die Möglichkeit, die *Verwaltung* zum Bürger zu bringen. Vielfach wurde Kritik an den weiten Wegen zur Amts- und Kreisverwaltung geübt, auch wird es angesichts einer zunehmenden Alterung und Pflegebedürftigkeit zukünftig weniger Menschen möglich sein, den Weg in die Verwaltung anzutreten. Ein kommunaler Gemeindepfleger könnte mit Laptop ausgestattet in der Gemeinde Sprechstunden abhalten oder ähnlich der Gemeindegeschwester Hausbesuche machen.⁴⁷ Sicher, dies ist bisher ungewohnt und wird von den meisten befragten Galenbecker Bürgern und Bürgerinnen eher skeptisch betrachtet, doch könnten hier Informationen zu Datenschutz und Leistungsangebot zunehmende Akzeptanz schaffen.

⁴⁷ Vgl. Beetz, Stephan und Claudia Neu: Demographischer Wandel und politische Handlungsfelder im ländlichen Raum, in: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V., 2005, Nr. 7, S. 5-6.

Der Erhalt der infrastrukturellen Leistungen wird nicht nur in Galenbeck ganz entscheidend von der zukünftigen (finanziellen) Handlungsfähigkeit der Kommunen in peripheren ländlichen Räumen abhängen. Schuldenlast, geringe Einnahmen und demographischer Wandel zwingen die meisten kleinen Kommunen in die Knie. Abbau, Reduzierung und Schrumpfung vor allem der sozialen und kulturellen Infrastruktur scheinen der einzige Ausweg. Zurück bleiben infrastrukturell ausgedörrte Dörfer und Gemeinden, die für Junge und potentielle Neubürger zumeist nichts als reizvolle Landschaften zu bieten haben.

Wollen entlegene ländliche Räume aber mehr bieten als eine verwilderte Infrastruktur für eine alternde Bevölkerung, dann bedürfen sie flexibler auf ihre regionalen Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen. Ein Vielzahl von Innovationen sind in den vergangenen Jahren entwickelt worden, um den neuen Infrastrukturanforderungen gerecht zu werden. Sie reichen von dezentralen Abwasseranlagen über Telemedizin zu Bürgerbussen, Zwergschulen und Gemeindegewerkschaften. Sicher verspricht der Dorfladen und die Gemeindegewerkschaft weniger Aufbruch, denn Rückbesinnung. Auch die Wiederentdeckung der Sickergrube hat wenig glamouröses, doch all diese kleinteiligen Lösungen steigern die Lebensqualität der Bewohner im ländlichen Raum und erhalten ihre Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben.⁴⁸

Viel zu oft sind aber nicht die finanziellen Engpässe allein oder die allgegenwärtige „demographische Falle“ Schuld an der Miesere, sondern das Festhalten an konventionellen Lösungsansätzen und die Scheu davor, Prioritäten für eine zukünftige Entwicklung zu setzen.

5 Gemeinschaftsaktivität und freiwilliges Engagement in der Gemeinde Galenbeck

Das freiwillige und am Gemeinwohl orientierte Engagement der Bürger im öffentlichen Raum ist Grundbaustein einer demokratischen Gesellschaftsordnung, die auf politischer Mitbestimmung und Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern beruht. Nach Angaben des Freiwilligensurvey 2004 beteiligen sich gut Zweidrittel aller Bundesbürger über 14 Jahren aktiv am öffentlichen Leben. Sei es, dass sie „nur“ als Mitglied in einem Verein Sport treiben oder einer Selbsthilfegruppe angehören ohne weitergehende Verpflichtungen einzugehen – in Deutschland sind dies 34 Prozent der Bundesbürger – oder sei es, dass sie über eine reine Mitgliedschaft hinaus auch spezielle Aufgaben, Ämter oder Funktionen übernommen haben.

⁴⁸ Vgl. Beetz, Stephan und Claudia Neu: From Business Development to Quality of Life - Innovation in Rural Northeast Germany, in: Outlook on Agriculture, Jg. 35, Nr. 2, 2006, S. 137-142.

Als Kassenwart, Jugendtrainer oder in vergleichbaren Funktionen waren 2004 36 Prozent der Deutschen über 14 Jahren tätig. Werden im Rahmen der öffentlichen Aktivitäten eben solche Aufgaben übernommen, so bezeichnet der Freiwilligensurvey diese aktiven Bürger als *freiwillig engagiert*, im Unterschied zu den *gemeinschaftlich Aktiven* ohne weitergehende Funktionen.⁴⁹ In den Neuen Ländern liegen die Engagementquoten – trotz angleichender Tendenz – noch etwas unter den Westdeutschen. Im Jahr 1999 waren in Ostdeutschland 28 Prozent und 2004 nunmehr 31 Prozent freiwillig engagiert. Leichte Unterschiede ergeben sich auch unter den ostdeutschen Ländern. Brandenburg liegt mit einer Engagementquote von 33 Prozent an der Spitze der Neuen Bundesländer, gefolgt von Thüringen mit 32 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 31 Prozent. Die Schlusslichter bilden Sachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 30 Prozent freiwillig Engagierten über 14 Jahren.⁵⁰

5.1 Aktivität und Engagement in Galenbeck

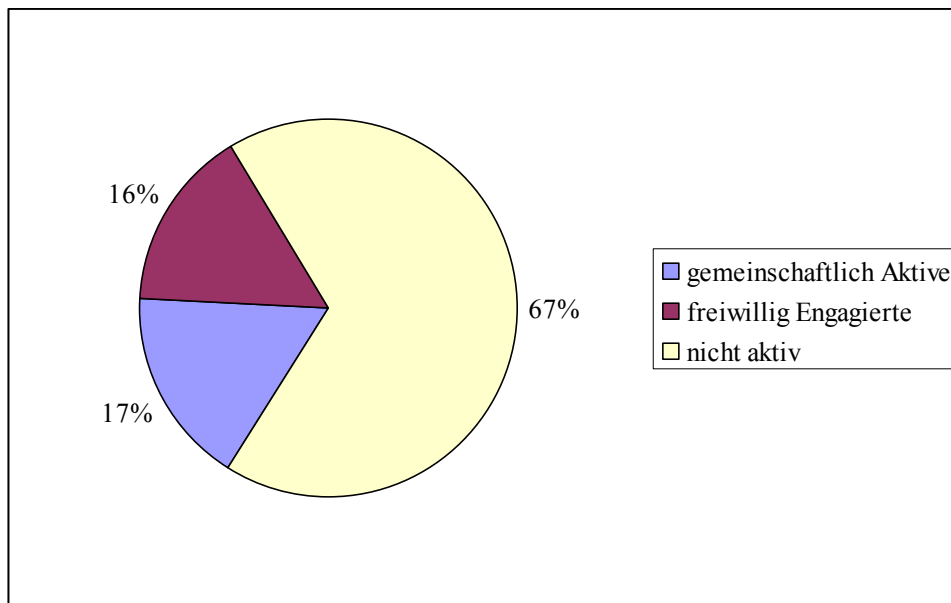
Schauen wir nach Galenbeck, so fällt sowohl das freiwillige Engagement als auch das Engagement der „nur“ Aktiven wesentlich geringer aus als im Landes- und Bundesdurchschnitt. Lediglich ein knappes Drittel der Befragten (72 Personen) gab in Galenbeck an, in irgendeiner Form öffentlich aktiv zu sein. Von diesen Aktiven haben 34 Personen (47 Prozent) eine Aufgabe oder ein Amt in einem Verein oder Verband übernommen und 37 Personen (51 Prozent) sind „lediglich“ aktive Teilnehmer (eine Person machte zu dieser Frage keine Angaben). Auf alle Befragten bezogen bedeutet dies, dass 15 Prozent freiwillig engagiert und 17 Prozent gemeinschaftlich aktiv sind. Demgegenüber stehen gut zwei Drittel der Befragten, die nicht gesellschaftlich aktiv sind.⁵¹

⁴⁹ Vgl. Gensicke, Thomas; Picot, Sibylle und Sabine Geiss: *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*, Wiesbaden 2006, S. 41.

⁵⁰ Vgl. Gensicke, Thomas: *Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland*, in: APuZ, Heft 12/2006, 20. März 2006, S. 11.

⁵¹ Vgl. zum Engagement in der Gemeinde Galenbeck auch Holtermann, Daniel: *Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – Eine Analyse der Motivationen und Motivationsstrukturen*, BA-Arbeit, Universität Rostock 2007. Sowie Geister, Sandro: *Kommunen im Wandel – eine Studie zum bürgerschaftlichen Engagement im peripheren ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns*, Magisterarbeit, Universität Rostock 2007.

Abbildung 8: Engagementquoten in der Gemeinde Galenbeck



Quelle: eigene Erhebung, n= 220

Diese Ergebnisse korrespondieren mit dem Umstand, dass die Freizeit in Galenbeck vor allem mit Arbeiten an Haus, Hof oder Garten verbracht wird (67%). Auch die Bewegung in freier Natur (Wandern, Spaziergehen, Radfahren) und Entspannung wie Musikhören werden bevorzugt (35%). Fernsehgenuss oder „Ausgehen“ wurden nur ganz vereinzelt genannt.

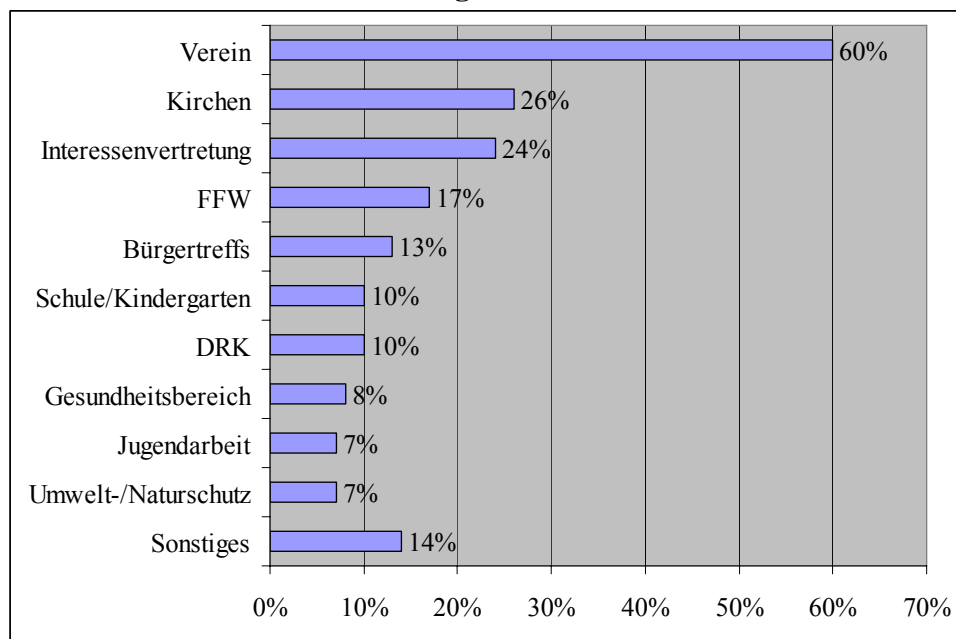
Die geringe Engagementquote lässt aber keinen unmittelbaren Schluss auf das persönlich erlebte Gefühl der Integration oder Desintegration zu. So sahen sich rund drei Viertel (72 Prozent) der befragten Galenbecker als gut in das Gemeindeleben integriert, sechs Prozent waren sich unsicher über ihr Verhältnis zur Gemeinde und gut ein Fünftel (21 Prozent) verneinten, gut eingebunden zu sein (drei Befragte machten hierzu keine Angaben).

Engagement ist im Verein am schönsten – Art und Umfang der gemeinschaftlichen und freiwilligen Aktivitäten

Die Mitgliedschaft und Mitarbeit in einem Verein ist auch in Galenbeck die beliebteste Art sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Mindestens eine Vereinsmitgliedschaft wurde von 60 Prozent der bereits Aktiven und Engagierten genannt. In der Gemeinde existiert kein Sportverein, so dass sich die Vereinsaktivitäten vor allem im kulturellen Bereich, wie z.B. in den Heimatvereinen oder bei den Freunden der Mecklenburg-Pommerschen Schmalspurbahn abspielen. Obwohl die religiöse Bindung in Ostdeutschland wesentlich geringer ausgeprägt ist als in Westdeutschland und auch einige Kirchenstandorte in der Gemeinde zur Disposition

stehen, ist die aktive Mitarbeit in der Kirchengemeinde für gut ein Viertel (26 Prozent) die zweitwichtigste Engagementform in Galenbeck. Auf Rang drei liegen dann mit 24 Prozent die aktiven Mitgliedschaften in einer Interessenvertretung wie einer politischen Partei oder dem Bungalowverein, der die Interessen der dort ansässigen Ferienhausbesitzer vertritt. Die Freiwilligen Feuerwehren spielen auch in Galenbeck noch immer eine wesentliche Rolle, 17 Prozent sind dort aktiv. Aktivitäten wie Mitarbeit im Bürgertreff, beim Deutschen Roten Kreuz oder beim Umweltschutzbund sind deutlich geringer ausgeprägt.

Abbildung 9: Wo aktiv?



Quelle: eigene Erhebung

Fast die Hälfte (49 Prozent) der befragten aktiven Galenbecker belässt es aber nicht bei einer Vereins- oder Verbandsmitgliedschaft (eine Mitgliedschaft: 44 Prozent), sondern ist in zwei oder mehr Vereinigungen oder Organisationen innerhalb der Gemeinde aktiv. Fünf Galenbecker (7 Prozent) gehen ihrer öffentlichen Tätigkeit außerhalb der Gemeinde nach.

Gerade Freiwilliges Engagement, aber auch Gemeinschaftsaktivitäten stehen häufig in Zeitkonkurrenz zu anderen Beschäftigungen wie Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit. Umso erstaunlicher ist es, dass die öffentlich tätigen Galenbecker im Durchschnitt vier Stunden pro Woche aufwenden. Die freiwillig Engagierten erübrigen sogar 4,6 Stunden/Woche für ihre Aufgaben und die gemeinschaftlich Aktiven immerhin noch 3,4 Stunden/Woche.

Bei den öffentlichen Aktivitäten handelt es sich keineswegs um „Eintagsfliegen“, vielmehr nimmt in den einzelnen Bereichen die überwältigende Mehrheit der aktiven Befragten

regelmäßig teil (z.B. 95 Prozent bei den Vereinen, 100% beim Umweltschutz und bei der Elternvertretung). Etwas weniger regelmäßig erfolgt die Teilnahme im Gesundheitsbereich, beim DRK und in der Jugendarbeit (regelmäßige Teilnahme zwischen 57-66 Prozent).

Im Folgenden sollen sowohl die befragten aktiven Galenbecker – zu denen sowohl die „nur“ gemeinschaftlich aktiven und die freiwillig Engagierten gezählt werden – als auch die im öffentlichen Raum nicht-aktiven Bürgerinnen und Bürger differenziert nach sozialstrukturellen Merkmalen und in Bezug auf ihre unterschiedlichen Motivlagen hin näher beleuchtet werden.

Die Aktiven

Die freiwillig Engagierten wie die gemeinschaftlich Aktiven⁵² tragen durch ihr Engagement wesentlich zum Gelingen des öffentlichen Lebens und zur Vielfalt ländlicher Räume bei. Ohne sie gäbe es keine Freiwilligen Feuerwehren mehr oder die Seniorennachmittage fielen ganz aus. Ehrenamtliche Helfer organisieren das jährliche Kartoffelfest in Schwichtenberg oder den bekannten Pferdemarkt in Sandhagen – Feste bei denen die gesamte Gemeinde zusammenkommt.

Sind üblicherweise die Männer etwas stärker öffentlich engagiert, so lässt sich für Galenbeck kein geschlechtsspezifischer Unterschied feststellen, ebenso viele Frauen wie Männer bringen sich hier ein (jeweils 32 Prozent der befragten Frauen und Männer). Allerdings sind deutlich mehr Frauen in mindestens zwei Bereichen aktiv als Männer (56 Prozent der aktiven Frauen; 38 Prozent der aktiven Männer). Eine Funktion oder ein Amt haben jeweils die Hälfte aller öffentlich tätigen Frauen und Männer übernommen. Ist die Engagementquote zwischen den Geschlechtern auch gleich hoch, so zeigen sich doch bei der Ausübung von öffentlichen Aktivitäten geschlechtsspezifische Unterschiede. Klassischerweise sind Männer auch in Galenbeck eher in den Interessenvertretungen und der Freiwilligen Feuerwehr anzutreffen und Frauen in der Elternvertretung oder der Kirche.

Wesentlich deutlicher als zwischen den Geschlechtern fallen allerdings die Unterschiede im Hinblick auf Wohndauer, Alter, Bildungsabschluss und Erwerbsstatus aus. Nach 1989 Zugezogene sind in der Gemeinde weniger aktiv als Alteingesessene. Die Mehrheit der aktiv beteiligten Bürger (58 Prozent) ist zwischen 18 und 55 Jahren alt, gehört also den jüngeren bis

⁵² Es wird davon ausgegangen, dass zwischen gemeinschaftlich Aktiven und den freiwillig Engagierten in Bezug auf die Übernahme von Ämtern und Aufgaben ein Austausch besteht, so dass diese Gruppe gemeinsam betrachtet werden kann. Wenn nicht ausdrücklich anders genannt, werden unter den „AKTIVEN“ sowohl die gemeinschaftlich Aktiven als auch die freiwillig Engagierten verstanden.

mittleren Jahrgängen an. Die Aktiven und Engagierten leben in der Hälfte der Fälle (47 Prozent) mit anderen Haushaltsangehörigen zusammen, die ebenfalls aktiv sind. Die deutliche Mehrheit (79 Prozent) der aktiven Befragten besitzen mittlere und höhere Abschlüsse (Realschule, Fachschule, Abitur, Erweiterte Oberschule). Gut die Hälfte (52 Prozent) der Aktiven sind erwerbstätig⁵³, rund ein Drittel (29 Prozent) Rentner und elf Prozent arbeitslos. In der Gruppe der aktiv Beteiligten sind niedrige Einkommen unterrepräsentiert, bei lediglich 26 Prozent liegt das monatliche Nettohaushaltseinkommen unter 1.000 Euro. Mehr als die Hälfte der Haushalte (53 Prozent), die auf die Frage nach dem Einkommen geantwortet haben, hatten zwischen 1.000 und 3.000 Euro im Monat zur Verfügung. Mehr als 3.000 Euro netto besaßen immerhin 16 Prozent.⁵⁴

So finden wir auch in Galenbeck das typische Bild von bürgerschaftlich Engagierten: Sie sind in den „besten“ Jahren, sind seltener zugezogen und verfügen über mittlere bis gute (Aus-) Bildung, sind häufiger erwerbstätig, verdienen nicht schlecht und leben oft mit anderen Aktiven im Haushalt.

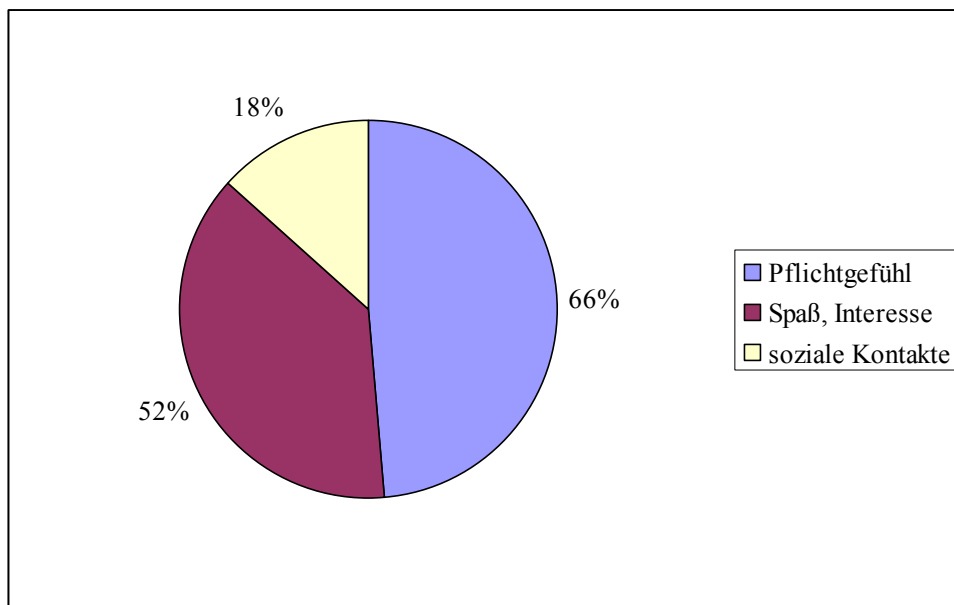
Starke Gemeinwohlorientierung und Freude an der Geselligkeit – Gründe für Aktivität und Engagement

Was bewegt die Galenbecker nun öffentlich aktiv zu werden? Dass Engagement auch eine Bürgerpflicht ist und sich dadurch die Gesellschaft zumindest im persönlichen Umfeld mitgestalten lässt, ist für die Mehrheit der befragten Aktiven (66 Prozent) der Hauptgrund in der Gemeinde aktiv zu werden. Begleitet wird dieses Pflichtgefühl durchaus von dem Wunsch nach Spaß, Entspannung und der Verfolgung persönlicher Interessen (52 Prozent). Für fast ein Fünftel (18 Prozent) ist der soziale Kontakt zu anderen Menschen ein entscheidender Grund sich in das Gemeindeleben einzubringen. Unterschiedliche Motivlagen oder Wertigkeiten von Motiven konnte zwischen den freiwillig Engagierten und den gemeinschaftlich Aktiven nicht festgestellt werden.

⁵³ Erwerbstätigkeit wird nach der ILO-Arbeitsmarktstatistik definiert. Erwerbstätig ist im Sinne der ILO-Definition jede Person im erwerbsfähigen Alter, die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat. Ebenfalls zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub, Erziehungsurlaub für einen Zeitraum von weniger als drei Monate nicht ausüben sowie in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder in einem „1-Euro-Job“ tätig sind. Vgl. ILO-Arbeitsmarktstatistik unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/

⁵⁴ Ein Viertel der befragten Haushalte hat zur Frage des Haushaltsnettoeinkommens keine Angaben gemacht, daher beziehen sich die Ergebnisse auf die tatsächlich genannten Angaben.

Abbildung 10: Motive für Aktivität und Engagement



Quelle: eigene Erhebung, Mehrfachnennungen möglich

Die Motive der befragten Galenbecker lassen sich in Ansätzen mit den Ergebnissen des Freiwilligensurveys vergleichen, denn auch bei 66 Prozent der freiwillig Engagierten in Deutschland bildet der Wunsch nach gesellschaftlicher Mitgestaltung („voll und ganz“) den Hauptgrund für ihr Engagement. An zweiter Stelle liegt die Suche nach Gemeinschaft mit anderen Menschen (60 Prozent). Allerdings treten neben die starke Gemeinwohlorientierung zunehmend – in den Neuen Bundesländern, von Jüngeren und Arbeitslosen formuliert - auch stärkere persönliche Komponenten und berufliche Aspekte.⁵⁵

Die Nicht-Aktiven

Ein auffallend hoher Anteil der befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger (67 Prozent) nimmt nicht (mehr) aktiv am öffentlichen Leben in der Gemeinde teil. Wie haben wir uns nun die Nicht-Aktiven vorzustellen?

Nicht-Aktive lassen sich in allen Altersgruppen finden. Sind jedoch in den mittleren Jahrgängen jeweils fast ein Fünftel nicht aktiv oder engagiert, so sind die Jungen (18-25 Jahre) mit sieben Prozent unterrepräsentiert. Allerdings hat gut ein Drittel (34 Prozent) bereits das 65. Lebensjahr erreicht. Selten können die Nicht-Aktiven bürgerschaftliches Engagement

⁵⁵ Vgl. Gensicke, Picot, Geiss: a.a.O., S. 23ff.

in ihrem familiären Umfeld erleben, denn in nur 14 Prozent der Haushalte ist mehr als eine Person aktiv.

In Bezug auf die Schulbildung fallen die Ergebnisse nicht ganz eindeutig aus. Eine Mehrheit von 53 Prozent verfügt über keine oder eine niedrige Schulbildung, gleichwohl bedeutet das, dass fast die Hälfte einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss besitzt. Waren mit 53 Prozent mehr als die Hälfte der befragten aktiven Galenbecker Bürgerinnen und Bürger erwerbstätig, so traf dies nur auf 32 Prozent der Nicht-Aktiven zu (16 Prozent arbeiten Vollzeit, elf Prozent Teilzeit und drei Prozent sind selbständig, drei Prozent gehen einem 1-Euro-Job nach). Allerdings lässt sich ein deutlich höherer Anteil der niedrigen Einkommensbezieher feststellen als bei den aktiven Bürgern. Konnten bei den Aktiven lediglich 26 Prozent über weniger als 1.000 Euro Nettohaushaltseinkommen verfügen, so sind es bei den Nicht-Aktiven immerhin weit mehr als ein Drittel (40 Prozent). Fast die Hälfte der Haushalte (49 Prozent), die die Frage nach dem Haushaltseinkommen beantwortet haben, gab an, bis zu 3.000 Euro im Monat in den Händen zu halten. Lediglich sieben Prozent besitzen mehr als 3.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen im Monat, vier Prozent kennen sich mit ihren monatlichen Einkünften nicht aus.⁵⁶

Die sozialstrukturellen Merkmale der Nicht-Aktiven lassen keine eindeutigen Hinweise auf die Zusammensetzung der Gruppe zu. Im Mittel sind sie jedoch ein wenig älter, seltener erwerbstätig und leben seltener mit Aktiven in einem Haushalt. Zumeist verfügen sie über ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen als die aktiven Haushalte.

Keine Zeit, kein Angebot, kein Interesse oder nicht mehr jung und gesund genug – Gründe für ausbleibendes Engagement

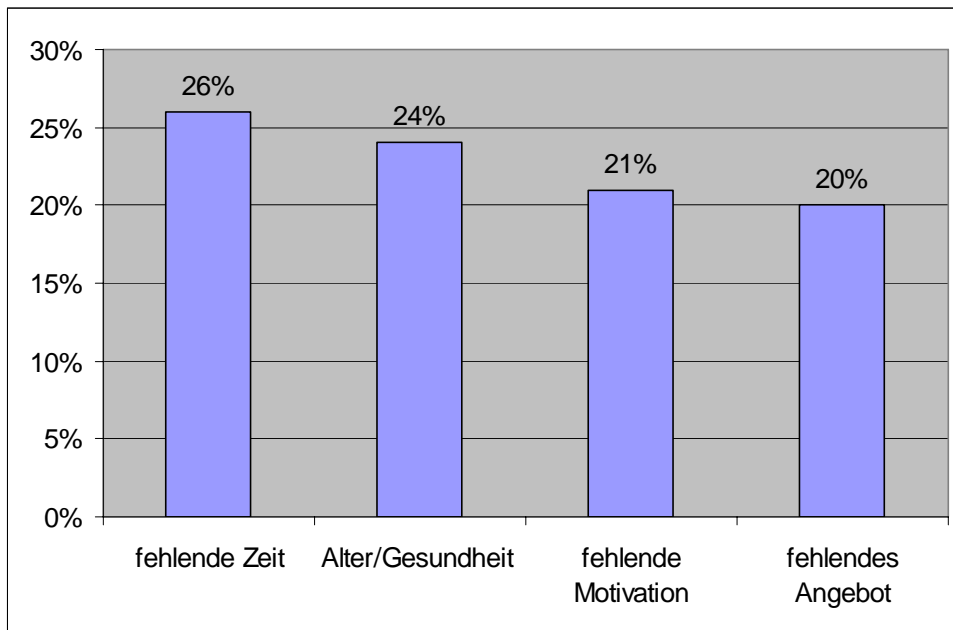
Wir wollen aber nicht allein bei den sozialstrukturellen Merkmalen der Nicht-Aktiven stehen bleiben, sondern auch nach ihren Gründen für ein Fernbleiben von öffentlichen Aktivitäten oder einen Rückzug aus dem bürgerschaftlichen Engagement fragen.

Die Motive, keine Aktivität oder kein Engagement ausüben zu können oder zu wollen, sind annähernd gleich auf die vier Argumente Zeit, Alter/Gesundheit, mangelnde Motivation und fehlendes Angebot verteilt. Etwas mehr als ein Viertel (26 Prozent) der befragten Nicht-Aktiven gab an, sich aus zeitlichen Gründen nicht am öffentlichen Leben beteiligen oder dort gar Aufgaben übernehmen zu können. Wenig verwunderlich ist, dass deutlich mehr Erwerbstätige zeitliche Engpässe als Hinderungsgrund für zusätzliches Engagement nannten

⁵⁶ Gut ein Viertel der befragten Haushalte hat zur Frage des Haushaltsnettoeinkommens keine Angaben gemacht, daher beziehen sich die Ergebnisse auf die tatsächlich genannten Angaben.

als Nichterwerbstätige. Mit jeweils 24 Prozent stehen die Gründe Alter/Gesundheit und fehlendes Angebot an der zweiten und dritten Stelle. In den Interviews wurde häufig von den Senioren geäußert, dass man sich früher sehr wohl und auch gerne an den verschiedensten Aktivitäten im Dorf beteiligt habe, dass dies aber nun leider aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich sei. Das fehlende Angebot an Freizeitmöglichkeiten oder Treffpunkten innerhalb der Gemeinde war ein überaus bestimmendes Thema während der Untersuchung und zog sich durch eine Vielzahl der Interviews – auch jenseits der konkreten Fragen. Antworteten viele auf die offene Frage nach den Gründen für ihre Nicht-Beteiligung eher knapp und ungehalten mit „hier gibt’s doch nix“ oder „was kann man hier schon machen, ist doch alles dicht“, so erläuterten wieder andere, dass es bloß außerhalb der Gemeinde ansprechende Angebote in den Bereichen Sport und Bewegung gebe, die aber (abends) oft nicht mehr oder nur noch unter großem Zeitaufwand zu erreichen seien. Unter mangelnder Motivation (21 Prozent) ist eher eine unspezifische Motivationslage aus fehlendem Interesse wie „das interessiert mich alles nicht“ oder „mit den Leuten hier will ich nix zu tun haben“ zusammengefasst. Zu dieser Gruppe werden aber auch die Befragten hinzugenommen, die erzählten, dass sie früher durchaus freiwillig engagiert waren, aber ihr Engagement nicht gewürdigt sahen oder sich mit ihren Ideen und Vorstellungen in den jeweiligen Vereinen oder Einrichtungen nicht recht einbringen konnten und in der Konsequenz ihre freiwilligen Aktivitäten und Aufgaben eingestellt haben. Finanzielle Erwägungen spielen scheinbar bei den befragten Nicht-Aktiven so gut wie keine Rolle, lediglich vier Personen (3 Prozent) gaben an, aus finanziellen Gründen dem öffentlichen Leben fern zu bleiben und lieber nicht aktiv werden zu wollen.

Abbildung 11: Gründe für ausbleibendes Engagement



Quelle: eigene Erhebung, Mehrfachnennungen möglich

Sind die interviewten aktiven und engagierten Galenbecker stark an den Belangen des Gemeinwohls und der Freude des sozialen Miteinanders orientiert, so stehen bei den nicht-aktiven Bürgerinnen und Bürgern sehr stark persönliche Gründe wie Zeitmangel, Gesundheit oder Enttäuschung im Vordergrund. Nicht unerheblich ist aber, dass viele mangelnde Voraussetzungen (fehlende Angebote und Treffpunkte, keine Freizeitinfrastruktur) für ihre öffentliche Beteiligung als entscheidenden Einflussfaktor sehen.

Erklärungsfaktoren für das Engagement der Galenbecker Bürger

In den vorangehenden Ausführungen haben sich bereits sozialstrukturelle und demographische Merkmale wie Alter, Gesundheit, Bildungsstand und Erwerbstätigkeit herausgeschält, die unterschiedlichen Einfluss auf das öffentliche Engagement der befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger haben. Mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse wird nun überprüft, welche Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich Personen im öffentlichen Raum aktiv beteiligen.

Tabelle 6: Determinanten des Engagements

Variable	Einfluss auf Engagement
Weiteres Mitglied im HH aktiv	++
Erwerbstätig	+
Bildungsabschluss	+
Wohndauer	+
Geburtsjahrgang	n.s.
Geschlecht	n.s.
Anzahl der Kinder im HH	n.s.
Pflegebedürftige im HH	n.s.
Religion	n.s.
Bemerkung: n.s. = statistisch nicht signifikant. Die detaillierten Ergebnisse der Schätzung sind im Anhang in Tabelle A1, Spalte I zu finden. Quelle: eigene Erhebung	

Den höchsten Erklärungswert für ein gemeinschaftliches oder freiwilliges Engagement weist der Umstand auf, dass (mindestens) eine weitere Person im Haushalt aktiv ist. Dass öffentlich Aktivität und Engagement in engem Zusammenhang mit sozialen Kontakten (zu Menschen die bereits aktiv sind) und gesellschaftlicher Integration stehen, belegt auch die Tatsache, dass Erwerbstätige mit höherer Wahrscheinlichkeit aktiv oder engagiert sind. Mit steigendem Bildungsabschluss beteiligen sich mehr Menschen am öffentlichen Leben. Darüber hinaus hat auch die Wohndauer am Ort einen positiven Einfluss. Erst kürzlich Zugezogene sind in der Gemeinde Galenbeck demnach weniger oft aktiv oder engagiert.⁵⁷ Kein Einfluss konnte für die Merkmale Religion, Alter und Geschlecht nachgewiesen werden.⁵⁸ Auch für die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder bzw. Pflegebedürftigen ließ sich kein Einfluss auf das Engagement der befragten Galenbecker nachweisen.

⁵⁷ Dass aber gerade auch die Neubürger in einer Gemeinde zu den aktivsten Kräften gehören und sich stark engagieren können, zeigen die Ergebnisse aus dem Projekt „Das aktive und soziale Dorf“ (s. z.B. die Gemeinde Bröbberow). Vgl. Laschewski, Lutz; Neu, Claudia und Theodor Fock: Das aktive und soziale Dorf, hrsg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006.

⁵⁸ Auch der Freiwilligensurvey sieht – ohne dass die Unterschiede bereits völlig zurückgedrängt wären – eine schrumpfende Bedeutung der Merkmale Alter und Geschlecht. Eine sinkende Bedeutung des Alters wird vor allem darauf zurückgeführt, dass sich zunehmend auch die höheren Altersgruppen – besonders die jungen Senioren ab 60 Jahren – engagieren. Ebenso schließen Frauen mit 32 Prozent Engagementquote zu den Männern (37 Prozent) langsam auf, Vorreiterinnen sind hier die erwerbstätigen Frauen. Vgl. Gensicke: a.a.O., S. 13; Gensicke, Thomas, Picot, Sybille und Sabine Geiss: a.a.O., S. 247ff.

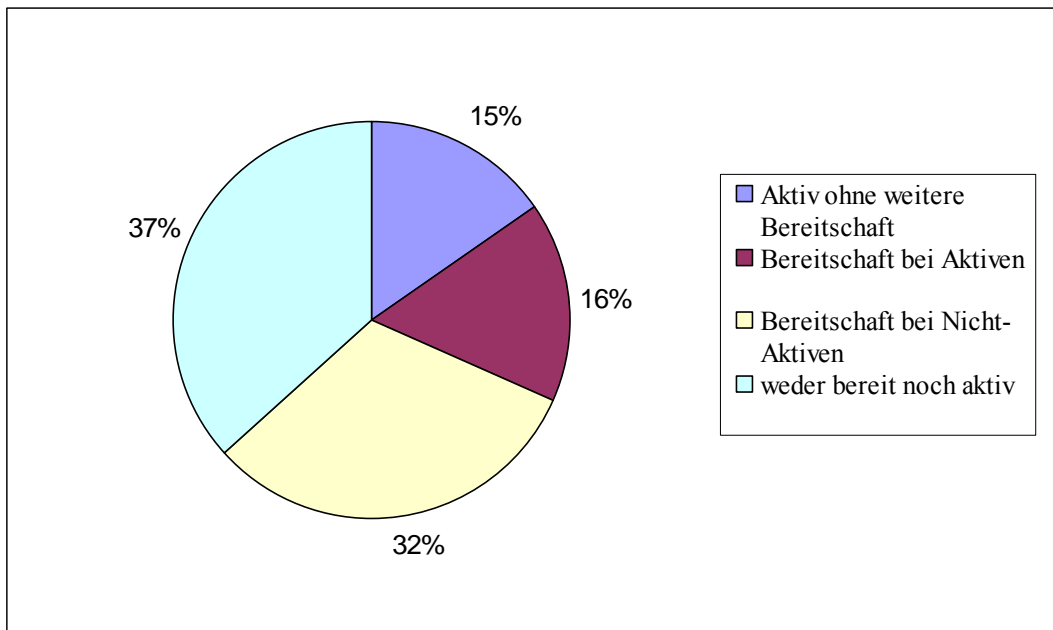
In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich vor allem gut ausgebildete beruflich und sozial gut eingebundene Menschen in Galenbeck aktiv am öffentlichen Leben beteiligen. Will man tatsächlich mehr bürgerschaftliches Engagement generieren, so müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, die nicht dringend vor Ort sein müssen, ist ebenso unerlässlich wie eine qualitativ hohe Schul- und Berufsausbildung. Denn nach wie vor sind Schule und Erwerbsarbeit Motoren der sozialen Integration, an denen eben auch ein Zusammentreffen mit anderen Engagierten stattfinden kann. Ergibt sich keine Gelegenheit mehr – sei es im Ort, im Haushalt oder im Beruf – auf bürgerschaftlich Engagierte zu treffen, so sinkt auch die Wahrscheinlichkeit selbst aktiv zu werden.

5.2 Großes Engagementpotential, aber...

Ist die Annahme richtig, dass in Zukunft bürgerschaftliches Engagement eine eher größere Rolle in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen spielen wird, so ist es nicht unerheblich zu erfahren, in wie weit - in unserem Fall die Galenbecker - Bürger bereit sind sich in mehr ins öffentliche Leben einzubringen und dort zu engagieren. Wenn auch die aktuelle Aktivitäts- und Engagementquote mit 33 Prozent in Galenbeck nicht eben besonders hoch ist, so zeigt sich doch eine erstaunlich hohe Bereitschaft sich stärker zu engagieren. Für fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) ist eine Übernahme von (mehr) Aufgaben oder überhaupt eine aktive Beteiligung in der kommenden Zeit vorstellbar. Dies setzt sich zusammen aus der zusätzlichen Bereitschaft der bereits Aktiven (16 Prozent an allen Befragten) und der Bereitschaft der bisher Inaktiven (32 Prozent), in Zukunft öffentlich tätig zu werden. Demgegenüber stehen 15 Prozent der aktuell Aktiven, die unter keinen Umständen eine weitere Aufgabe übernehmen wollen und den Nicht-Aktiven (37 Prozent), die auch in Zukunft sich nicht engagieren wollen.

Sehen wir uns die die Engagementbereitschaft in der Gemeinde Galenbeck in der Zusammenschau an, dann stellt sie sich wie folgt dar:

Abbildung 12: Aktivitätspotential in Galenbeck



Quelle: eigene Erhebung, n = 215

Folgend wird unterschieden zwischen dem Engagementpotential der Menschen, die sich bereits ins öffentliche Leben in der Gemeinde einbringen und bereit wären sich (mehr) zu engagieren und dem Potential der Bürger, die sich bisher noch nicht aktiv beteiligen.

Das Engagementpotential der bereits Aktiven und Engagierten

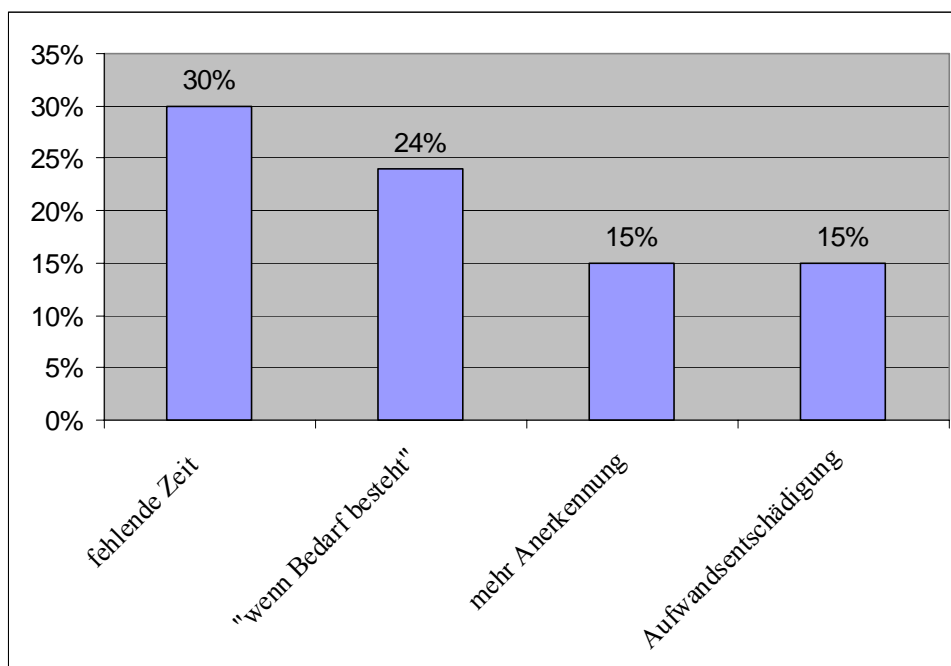
Von den bereits 72 erfassten gemeinschaftlich Aktiven und freiwillig Engagierten erwägen 35 Personen eine Erweiterung ihrer Aktivität (49 Prozent). Dabei entfallen etwas mehr als die Hälfte (18 Personen) auf den Bereich der bereits gemeinschaftlich Aktiven und 15 Personen auf den Bereich der freiwillig Engagierten. Allerdings geben 33 Personen an, den Umfang ihres Engagements unter keinen Umständen erweitern zu wollen.

Bei der altersspezifischen Betrachtung zeigt sich, dass vor allem die mittleren Jahrgänge (30-55 Jahre: 53 Prozent) am ehesten bereit wären, sich zusätzlich zu engagieren, gefolgt von den 56-65 Jährigen (17 Prozent) und den über 65Jährigen (17 Prozent). Einen besonders kleinen Anteil nimmt die Altersgruppe der 18-29 Jährigen mit 13 Prozent ein.

Die mögliche Engagementerweiterung ist aber „nicht umsonst“ zu haben. Sie wird bei fast allen Befragten - mit Ausnahme von zwei Personen – an bestimmte Bedingungen geknüpft. Den größten Hemmschuh stellt nach eigenen Angaben für 30 Prozent die fehlende Zeit dar. Die Engagementbereiten sind sich durchaus bewusst, welche Bedeutung und Potentiale im

bürgerschaftlichen Engagement für sich selbst, aber auch für ihr Umfeld stecken. Dennoch ist es vielen aus beruflichen oder privaten Gründen nicht möglich, sich zu engagieren. So befinden sich rund die Hälfte (53 Prozent) der zusätzlich Engagementbereiten in einem Beschäftigungsverhältnis. Daher kann ein gewisses Potenzial für ein gesteigertes bürgerschaftliches Engagement aufgezeigt werden, welches zum größten Teil jedoch nicht ohne weiteres abgerufen werden kann. Interessanterweise sehen viele der zusätzlich Engagementbereiten aber gar keinen weiteren Handlungsbedarf für mehr Aktivität in der Gemeinde. So belegte das Argument „ich würde (zusätzliche) Aufgaben übernehmen, wenn Bedarf besteht“ den zweiten Platz (24 Prozent). Eine leise Spur von Resignation über die „unbewegliche Masse“ der Mitbürger war hier durchaus in den Interviews herauszuhören. Darüber hinaus spielte für die bereits Aktiven und Engagierten die soziale Anerkennung eine entscheidende Rolle. 15 Prozent würden sich mehr engagieren, wenn das Ehrenamt öffentlich mehr Beachtung finden würde. Gleich viele bereits Aktive gaben an, sich (mehr) engagieren zu wollen, wenn ein (kleines) Entgelt für die ehrenamtlich geleistete Arbeit gezahlt würde.

Abbildung 13: Bedingungen für zusätzliches Engagement



Quelle: eigene Erhebung, Mehrfachnennungen möglich

Das Engagementpotential der bereits Aktiven und Engagierten scheint ja erfreulich hoch, doch lässt der Blick auf die Bedingungen unter denen eine zusätzliche Funktion oder Aufgabe übernommen würde die realistische Umsetzung dieses Vorhabens unsicher werden.

Allerdings bieten die „Forderungen“ derjenigen, die bereits Erfahrungen mit der Materie „Engagement“ gesammelt haben, wertvolle Hinweise für eine Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Mit ihren Wünschen nach mehr öffentlicher und finanzieller Anerkennung stehen die aktiven Galenbecker keineswegs allein da. Auch im Freiwilligensurvey 2004 werden bessere steuerliche Absetzbarkeit der entstandenen Kosten und Aufwandsentschädigungen (Platz 2 und 3) als Verbesserungsvorschläge genannt, gleich gefolgt von „besserer Anerkennung durch Berichte in Presse und Medien“.⁵⁹ Selbst in Anbetracht der Tatsache, dass sich sowohl steuerrechtlich als auch unfallrechtlich in den letzten Jahren einiges getan hat und die Medien häufiger von herausragenden Fällen bürgerschaftlichen Engagements berichten, scheint in diesen Bereichen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger noch Handlungsbedarf zu bestehen.

Potentiale der bisher Inaktiven

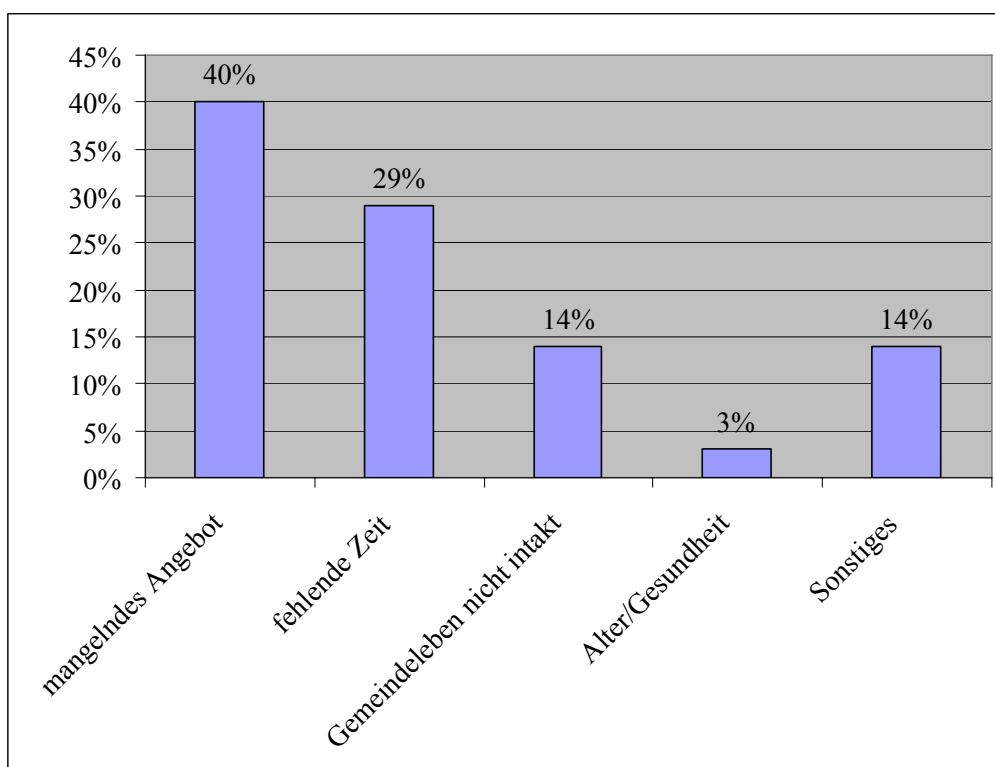
In der Erhebung wurde nicht nur nach der verstärkten Engagementbereitschaft bei den bereits Aktiven und Engagierten gefragt (internes Potential), sondern auch das Potential der bisher Nicht-Aktiven (externes Potential) untersucht. Von den gesamt erfassten 148 Nicht-Aktiven gaben immerhin 68 Personen an, sich zumindest vorstellen zu können, in einem Verein oder einer Gruppe mitzumachen (46 Prozent). Auch bei den bisher nicht Aktiven sind es die mittleren Jahrgänge, die sich durch ein größeres Engagementpotential auszeichnen. Fast ein Drittel derjenigen, die zu einem Engagement bereit wären, gehört zur Altersgruppe der 46-55 Jährigen (28 Prozent), gefolgt von den 30-45 Jährigen (25 Prozent). Gleichwohl sahen auch fast ein Fünftel der 56-65 Jährigen (18 Prozent) und der über 65 Jährigen (19 Prozent) Möglichkeiten sich stärker zu beteiligen. Die Gruppe der Jugendlichen ist mit 10 Prozent nur gering vertreten. Ebenso wie bei den bereits Aktiven zeigen bei den Nicht-Aktiven vor allem die Berufstätigen mit fast 40 Prozent das größte Interesse an einer öffentlichen Aktivität, gefolgt von den Rentnern (32 Prozent). Immerhin können sich auch 10 Prozent der Arbeitslosen vorstellen, in der Gemeinde mitzuwirken. In lediglich 19 Prozent der Haushalte der bisher Nicht-Aktiven, die sich nun eine Form des Engagements vorstellen können, ist bisher eine weitere Person im Haushalt aktiv. Das heißt, der überwiegende Anteil der Nicht-Engagierten hat bisher kaum einen direkten Kontakt mit Engagierten im Haushalt gehabt. Gerade dieser Umstand unterstreicht die These, dass Engagement, soll es ausgeübt und

⁵⁹ Vgl. Gensicke, Picot, Geiss: a.a.O., S. 31ff.

weitergegeben werden, vor allem erlebt werden muss. Ansonsten scheint ein grundlegendes Verständnis zu fehlen.

Allerdings knüpfen auch die bisher Inaktiven ihre Bereitschaft zur Aktivität an Bedingungen. Vor allem drei Faktoren spielen eine Rolle: In 40 Prozent der Fälle machen die Personen ihre mögliche Aktivität von dem bestehenden Angebot bzw. dem (mangelnden) persönlichen Interesse an dem aktuellen Angebot vor Ort abhängig. Bei gut einem Viertel (28 Prozent) spielt der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle. Hätten diese bisher Inaktiven also ausreichend freie Zeit zur Verfügung, so könnten sie sich zumindest vorstellen, in der Gemeinde aktiv zu werden. Vierzehn Prozent sehen den Grund für ihre bisherige Zurückhaltung vor allem in der mangelnden (Dorf-)Gemeinschaft. Wäre das Dorf- oder Gemeindeleben ihrer Ansicht nach intakt und der Zusammenhalt größer, so gaben diese Befragten an, auch eher bereit zu sein, sich einzubringen.

Abbildung 14: Bedingungen der Inaktiven für zukünftige Aktivität



Quelle: eigene Erhebung, Mehrfachnennungen möglich

Dass fast die Hälfte der bisher Nicht-Aktiven (unter Umständen) bereit wäre sich aktiv in das Gemeindeleben einzubringen, gibt Anlass zur Hoffnung. Werden jedoch die „Hinderungsgründe“ in den Blick genommen, so trübt sich dieses positive Bild doch

erheblich. Dem Großteil der bisher Inaktiven fehlt die Zeit oder man sieht für sich keinen Ansatzpunkt öffentlich aktiv zu werden. Ganz offensichtlich wird, dass es gedanklich keine Verbindung zwischen dem beklagten fehlenden Angebot an Freizeitmöglichkeiten oder der wenig intakten Gemeinschaft und dem eigenen Beitrag zu diesen empfundenen Missständen gibt. Gleichwohl sind nicht alle Menschen Willens und geeignet als Zugpferd öffentlich aufzutreten, ihre Wünsche nach einem ansprechenden Angebot sollten also durchaus ernst genommen werden.

Erklärungsfaktoren für das Engagementpotential der Galenbecker Bürger

Unter zur Hilfenahme einer multivariaten Regressionsanalyse wollen wir nun die Erklärungsfaktoren (im Zusammenspiel aller Variablen) näher beleuchten, um herauszufinden, welche der ausgewählten Variablen die höchste Vorhersagekraft aufweisen, dass sich Personen in Zukunft (stärker) aktiv beteiligen.

Tabelle 7: Einflussfaktoren auf das Engagementpotential

Variable	Einfluss auf Engagementpotential
Erwerbstätig	++
Geburtsjahrgang	+
Bereits aktiv	n.s.
Geschlecht	n.s.
Kinder im Haushalt	n.s.
Pflegebedürftige im HH	n.s.
Kirchenbindung	n.s.
Zuzugsjahr	n.s.
Weiter Person im HH aktiv	n.s.
Bildungsstatus	n.s.
Bemerkung: n.s. = statistisch nicht signifikant. Die detaillierten Ergebnisse der Schätzung sind im Anhang in Tabelle A1, Spalte II zu finden. Quelle: eigene Erhebung	

Betrachten wir die Ergebnisse der Regressionsanalyse, so wird deutlich, dass mit steigendem Alter (sinkendem Geburtsjahrgang) die Bereitschaft sinkt (steigt), sich ins öffentliche Leben einzubringen. Umgekehrt steigt die Bereitschaft aktiv zu werden, mit der Tatsache, im Erwerbsleben zu stehen. Für alle anderen Faktoren wie zum Beispiel Geschlecht, Anzahl der Kinder oder Religionszugehörigkeit konnte kein statistisch signifikanter Einfluss auf das Engagementpotential nachgewiesen werden.

Wird die Regression auf der Basis der Unterstichprobe der Nicht-Aktiven wiederholt, so zeigt sich, dass nun auch Erwerbstätigkeit und Alter keinen Einfluss mehr auf die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren haben. Lebt allerdings eine pflegebedürftige Person im Haushalt, so sind die Kräfte ein zusätzliches Engagement übernehmen zu können auf null geschrumpft.

Tabelle 8: Einflussfaktoren auf das Engagementpotential der Nicht-Aktiven

Variable	Einflussfaktoren auf das Engagementpotential der Nicht-Aktiven
Geburtsjahrgang	n.s.
Geschlecht	n.s.
Kinder im Haushalt	n.s.
Pflegebedürftige im HH	--*.
Kirchenbindung	n.s.
Erwerbstätig	n.s.
Zuzugsjahr	n.s.
Weiter Person im HH aktiv	n.s.
Bildungsstatus	n.s.
Bemerkung: n.s. = statistisch nicht signifikant. * Bei den Nicht-Aktiven gaben alle Befragten, die Pflegebedürftige im Haushalt hatten, an, sich auch in Zukunft nicht engagieren zu wollen/können. Die detaillierten Ergebnisse der Schätzung sind im Anhang in Tabelle A1, Spalte III zu finden. Quelle: eigene Erhebung	

Die Ergebnisse der vorangegangenen Regressionsanalysen machen noch einmal – auch in Kombination mit den geäußerten Hinderungsgründen für ein mögliches Engagement der Befragten – sehr eindringlich deutlich, dass das zukünftige Potential für bürgerschaftliches Engagement (in Galenbeck) nicht überschätzt werden darf. Fortschreitende Alterung der

Bevölkerung, mit steigendem (häuslichen) Pflegebedarf der Hochbetagten und die schlechte Arbeitsmarktlage lassen – auf der Basis eines bereits gering ausgeprägten aktuellen Aktivitäts- und Engagementniveau – für die Zukunft eher ein Weniger als ein Mehr an bürgerschaftlichem Engagement in solch peripheren ländlichen Räumen erwarten.

Umso wesentlicher ist es, das vorhandene Engagement und das doch beachtliche Engagementpotential aktiv zu unterstützen und zu fördern. Für die bereits Aktiven und Engagierten zählt vor allem die öffentliche Anerkennung ihrer Leistungen. Die vorgebrachten Wünsche nach einer (kleinen) materiellen Erleichterung oder Unterstützung für die entstandenen Kosten oder den zeitlichen Aufwand können durchaus auch als Wunsch nach Anerkennung verstanden werden, denn finanzielle Belange spielen ja weder bei der aktiven Teilnahme noch bei der Übernahme eines Amtes eine entscheidende Rolle. Ebenso wichtig erscheint es, die Engagierten nicht zu überfordern, denn viele sind bereits beruflich und persönlich sehr stark eingebunden und haben oft auch noch mehr als eine Aufgabe in den Vereinen oder Organisationen übernommen. Gerade sie brauchen Unterstützung auf verschiedenen Ebenen. Ein schneller Draht zur Verwaltung, der über Fördermöglichkeiten und Neuerungen auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements informiert ist ebenso wichtig, wie der Informationsaustausch der Engagierten untereinander.⁶⁰ Beides kann durch hauptamtliche Mitarbeiter, Informationsbüros und Internetplattformen gewährleistet werden. Darüber hinaus bieten gezielte Weiterbildungsangebote die Chance, mit anderen Engagierten ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen und mit neuen Ideen wieder nach Hause zu fahren. Hier wäre auch an Workshops zu relevanten Themen zu denken oder an eine einmal jährlich stattfindende Veranstaltung, die wie eine Informationsbörse funktioniert.

Ist es auch unerlässlich die Führungspersonen stärker zu unterstützen, so gilt es gleichzeitig die Wünsche und Bedenken der (bisher) Nicht-Aktiven ernst zu nehmen. Gerade die mangelnden Möglichkeiten sich zu engagieren werden von den Inaktiven immer wieder thematisiert. Werden jedoch soziale und kulturelle Infrastruktur abgebaut, so schwinden auch die institutionellen Rahmenbedingungen, sich vor Ort einzubringen oder zu engagieren. Das jährliche Kartoffelfest in Schwichtenberg oder der Pferdemarkt in Sandhagen sind unzweifelhaft Highlights im Jahresablauf, doch können sie geschlossene Gemeindehäuser und Schulen nicht ersetzen.

⁶⁰ Vgl. Laschweski, Neu, Fock: a.a.O., S. 47.

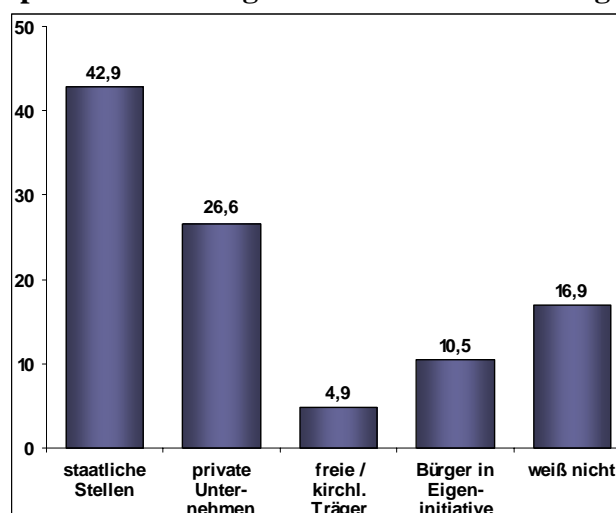
6 Bereitschaft zur Eigeninitiative im kommunalen Bereich

Mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geht eine verstärkte Suche nach Kooperationspartnern und Allianzen mit Unternehmen und Bürgern einher. Gerade in ländlichen Räumen wird gerne an die „ureigenen Kräfte“ wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement appelliert, um die Bürger auf ihre neuen „Aufgaben“ vorzubereiten. Doch kann und will der Bürger die entstandenen Lücken füllen? Und welche kommunalen Aufgabenfelder kommen für ein verstärktes Engagement der Bürger denn in Frage? Nicht unerheblich für die Beantwortung dieser Fragen ist, ob die Bürger sich von diesen an sie herangetragenen Anforderungen überhaupt angesprochen fühlen?

6.1 Verantwortlichkeit für Infrastruktur

Wir befragten, wer nach Ansicht der Galenbecker Bürger zuständig ist für die einzelnen Infrastrukturleistungen - Staat/Kommunen, Markt/private Dienstleister, Dritter Sektor/Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Bürger in Eigeninitiative. In den Ergebnissen spiegelt sich das Verständnis der Bürger vom sorgenden Wohlfahrtsstaat wider. In den meisten Bereichen sieht die Mehrheit den Staat zur Einrichtung und Aufrechterhaltung daseinssichernder Leistungen in der Pflicht.

Abbildung 15: Kompetenzzuordnung für Infrastrukturleistungen gesamt in Prozent



Quelle: eigene Erhebung, Mehrfachnennungen möglich

Dies trifft insbesondere auf die technische Infrastruktur wie den Straßenbau und die Wasserver- und -entsorgung zu und die öffentliche Sicherheit. Aber auch viele einzelne Bereiche der sozialen und kulturellen Infrastruktur liegen aus Sicht der Befragten überwiegend in staatlicher Verantwortung. Dies gilt vor allem für Schulen, die Kinder- und Seniorenbetreuung, Schwimmbäder aber auch für den ÖPNV. Allerdings halten beinahe ebenso viele Befragte eine Übernahme des ÖPNV durch private Anbieter für gerechtfertigt. Privaten Unternehmen wurden in erster Linie in den Sektoren Kompetenzen zugesprochen, in denen sie bereits tätig waren bzw. die mittlerweile üblicherweise von privaten Anbietern erbracht werden. Vornehmlich für die Gewährleistung der ärztlichen Versorgung, die Schaffung von Einkaufsgelegenheiten sowie die Möglichkeit, den Postversand zu übernehmen, sollen Private zuständig sein. Von der Aufgabenverteilung zwischen Staat und privaten Unternehmen wurde zugunsten der Bürger in Eigeninitiative nur in wenigen Bereichen abgewichen. Für die Gründung und Leitung von Vereinen sowie den Betrieb von Dorfgemeinschaftshäusern sehen viele der Befragten die Bürger selbst als geeignet zur Übernahme und Erfüllung dieser Aufgaben. Fast ebenso viele Befragte sehen die Feuerwehr in der Zuständigkeit des Staates wie in der der Bürger – entsprechend des Zusammenspiels von Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr. Freie Träger spielen aus Sicht der interviewten Einwohner Galenbecks eine untergeordnete Rolle bei der Aufgabenzuordnung. Viele der Befragten konnten sich zu den einzelnen Aspekten überhaupt nicht äußern.⁶¹

Tabelle 9: Zuständigkeit für Infrastruktur

	Staatliche Stellen	private Unternehmer	freie/kirchl. Träger	Bürger in Eigeninitiative	weiß nicht
Straßenbau	77%	13%	0%	1%	10%
Öffentliche Sicherheit	82%	9%	0%	3%	8%
Schulen	74%	6%	6%	2%	15%
Wasser/Abwasserversorgung	49%	36%	3%	4%	10%
ÖPNV	40%	38%	2%	3%	18%
Feuerwehr	43%	3%	5%	41%	10%
Schwimmbäder	35%	30%	2%	4%	28%
Kindergärten	37%	30%	7%	5%	16%
Ärztliche Versorgung	34%	51%	1%	0%	14%
Seniorenbetreuung	35%	24%	19%	9%	17%
Bankfilialen	41%	35%	0%	0%	24%
Postfilialen	35%	42%	2%	0%	21%
Vereine	13%	11%	7%	48%	22%
Dorfgemeinschaftshäuser	31%	7%	7%	35%	22%
Einkaufsgelegenheiten	16%	63%	1%	3%	17%

Quelle: eigene Erhebung

⁶¹ Vgl. auch Schröder, Marlen: a.a.O., S. 39.

6.2 Engagement für die Gemeinde

Die vermehrte Verlagerung von Aufgaben an die Bürger bedarf vor allem der Bereitschaft der Adressierten, diese Aufgaben auch übernehmen zu wollen. Um dieses Potential abzufragen, wurde die Frage gestellt, bei welchen drei kommunalen Aufgaben sich die Bürger am ehesten vorstellen könnten mitzuwirken. Zugleich wollten wir wissen, welche drei Aktivitäten für ein Engagement überhaupt nicht in Frage kommen.

Grundsätzlich ist bei den befragten Galenbeckern ein nennenswertes Potential für ein stärkeres Engagement im kommunalen Bereich erkennbar. Immerhin 70 Prozent der befragten Haushalte konnten sich zumindest vorstellen, in einem kommunalen Bereich aktiv zu werden. Demgegenüber sah sich gut ein Drittel nicht in der Lage oder war nicht willens, zusätzlich kommunale Dienstleistungen zu übernehmen.⁶²

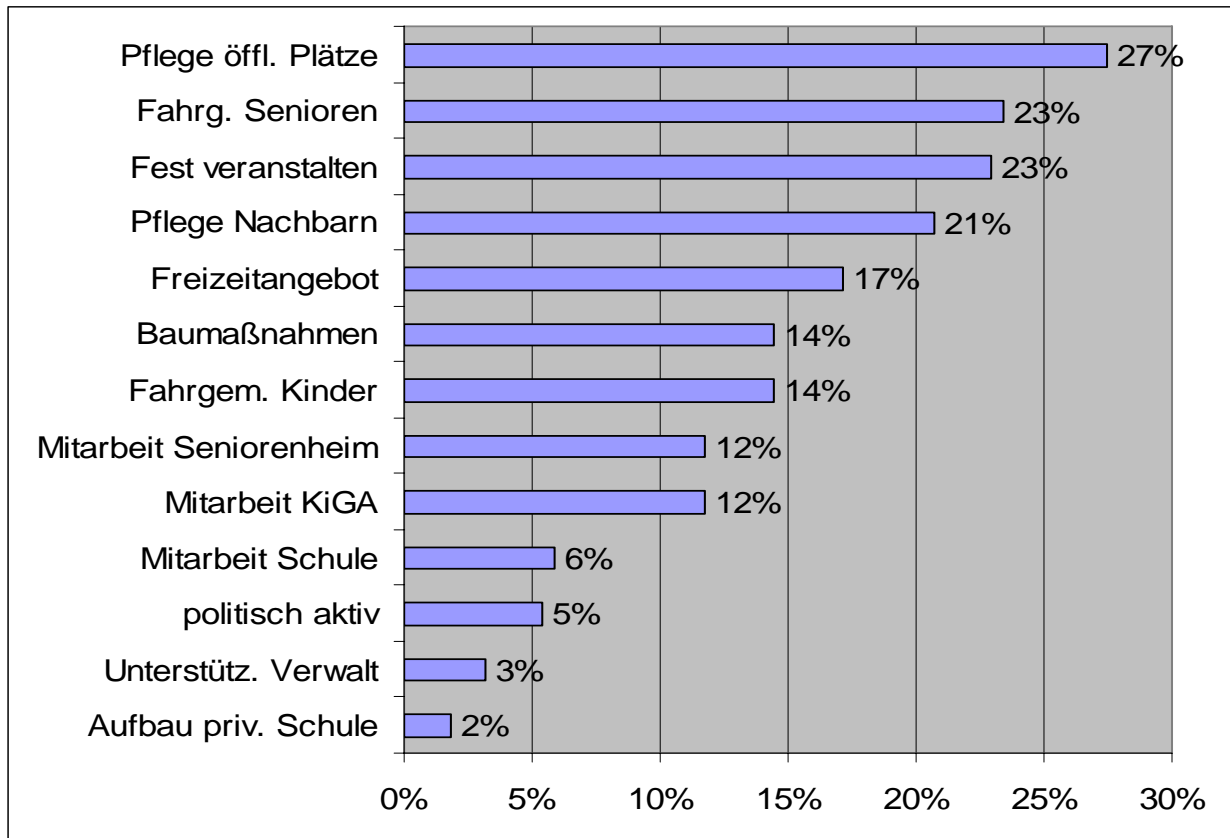
Wo konnten sich die befragten Galenbecker denn nun vorstellen mitzuwirken? Insbesondere die eher zupackenden Tätigkeiten (Pflege öffentlicher Plätze, Baumaßnahmen in der Gemeinde) und organisierenden Aktivitäten (Fahrgemeinschaften bilden, Feste veranstalten) sowie soziale Angebote (Pflege von Nachbarn) würden am ehesten übernommen werden. Die direkte Mitarbeit im Seniorenheim, Kindergarten und in der Schule verliert schon deutlich an Attraktivität. Politisch aktiv zu werden oder die kommunale Verwaltung bei der Antragstellung von Fördermittel zu unterstützen kommt nur noch für fünf bzw. drei Prozent der befragten Haushalte in Frage. Beim Aufbau einer privaten Schule mitzuwirken ist sogar für nur zwei Prozent vorstellbar.

Für die Mehrheit der befragten Galenbecker ist es somit nicht gänzlich unwahrscheinlich, gelegentlich einmal in der Gemeinde auszuhelfen. Bei etlichen Gesprächspartnern rief unsere Frage allerdings Erinnerungen an den sozialistischen „Subotnik“ wach. Die Einen erinnerten sich gerne daran und fanden die Idee gut, „doch mal wieder etwas zusammen zu machen“. Die Anderen wollten sich aber auf keinen Fall mehr vor „diesen Karren spannen“ lassen – „die Zeit wär’ ja nun vorbei“. Deutlich wird in jedem Fall, dass der Einsatz für die Kommune eher fallbezogen betrachtet wird und eine Institutionalisierung dieser „Arbeiten“ nicht

⁶² Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt eine Infas-Umfrage aus dem Jahr 1996. In einer repräsentativen Umfrage wurde ermittelt, dass 39 Prozent der Bundesbürger prinzipiell nicht bereit sind, unentgeltlich kommunale Dienstleistungen durch Eigeninitiative aufrechtzuerhalten. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland wurden nicht gefunden, bei der Frage nach der Bereitschaft, verstärkt kommunale Aufgaben zu übernehmen. Vgl. Kersting, Norbert: Hilft Selbsthilfe? Probleme und Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, in: Michael Haus: Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik, Opladen 2002, S. 277-292.S. 284 (Die Umfrageergebnisse selbst sind nach Auskunft von Infas Bonn nicht mehr erhältlich.)

gewünscht wird. Eine nachhaltige Lösung für den Rückbau von Infrastruktur lässt sich jedoch daraus nicht ableiten. Maximal können die Angebote der Bürger als ergänzend verstanden werden.

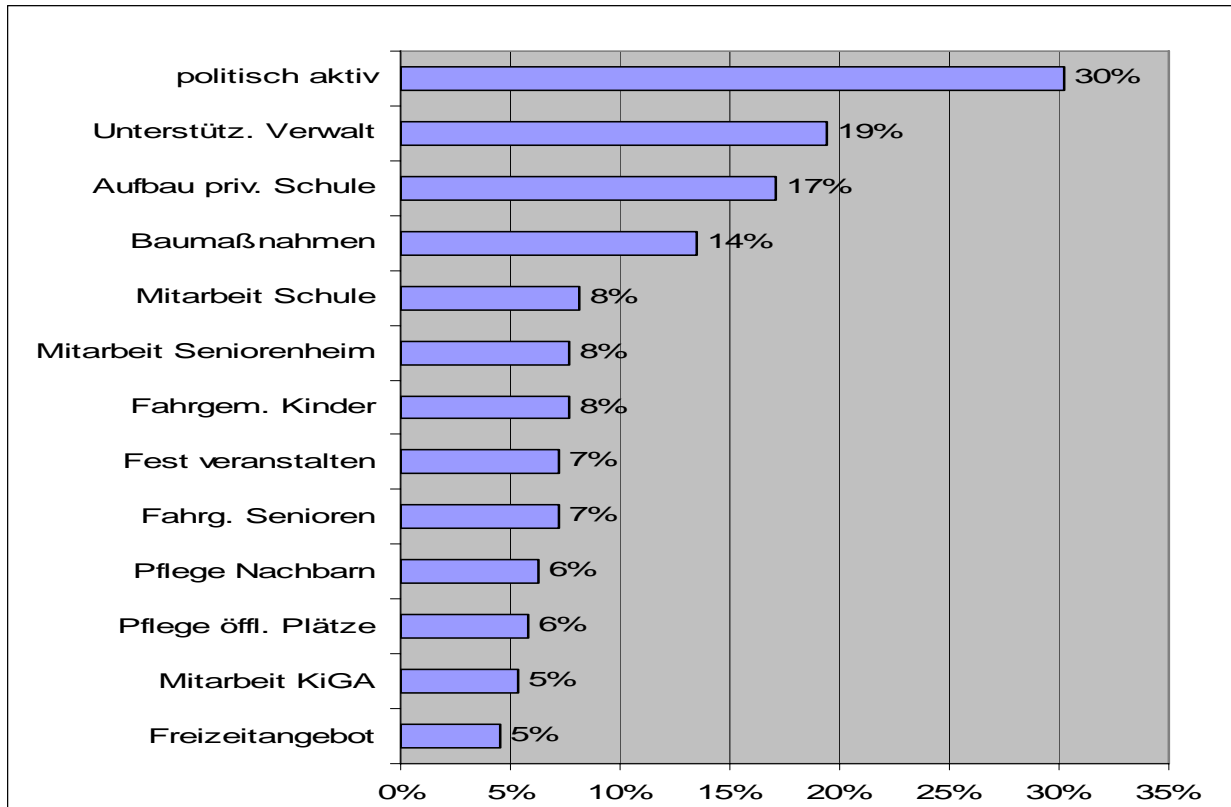
Abbildung 16: „Positives“ Engagement für die Gemeinde



Quelle: eigene Erhebung, n= 154, Mehrfachnennung möglich

Spiegelbildlich zu den möglichen Einsatzfeldern für ein kommunales Engagement stellen sich die unerwünschten Aufgabenfelder dar. Große Vorbehalte bestanden bei den befragten Bürgern hingegen, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden oder die Gemeinde z.B. bei der Beantragung von Fördermitteln zu unterstützen. Gleichzeitig bedeutet dies, dass die Hälfte der Befragten kein Interesse an politischer Mitgestaltung hat. Baumaßnahmen an öffentlichen Gebäuden und die Gründung einer privaten Schule kamen ebenso wenig an.

Abbildung 17: „Negatives“ Engagement für die Gemeinde



Quelle. eigene Erhebung, n= 154, Mehrfachnennung möglich

Woran liegt es, dass trotz einer gewissen Bereitschaft zum erweiterten kommunalen Engagement so wenig vor Ort geschieht?

Freiwilliges Engagement und gemeinschaftliche Aktivitäten haben in Ostdeutschland andere Traditionen und Bedeutungen als im westlichen Teil des Landes. DDR-Erbe, Transformation und demographischer Wandel wirken hier zusammen. So spielt nicht zuletzt das Alter und der gesundheitliche Zustand der Befragten nach eigener Aussage⁶³ eine entscheidende Rolle, dass kein Spaten in die Hand genommen wird, um das Unkraut von den Parkflächen zu entfernen. Aber auch die stärkeren zeitlichen Anforderungen im Beruf (z.B. Pendeln) lassen etlichen Befragten keine frei verfügbare Zeit für diese Form des bürgerschaftliches Engagements. Gleichzeitig wirken allgemeine Unzufriedenheit und Resignation hemmend auf die Motivation, sich (verstärkt) für die Gemeinde zu engagieren. Diese Haltung ist oft gepaart mit dem Vorwurf an Andere, dass in Galenbeck nichts passiert. Immer wieder fielen Begründungen wie „wieso soll ich das denn machen, macht doch sonst auch keiner `was“

⁶³ 67 Prozent derjenigen, die sich gar nicht vorstellen können bei kommunalen Arbeiten mitzumachen, gaben an, zu alt zu sein.

oder „nee, das liegt mir nicht, da gibt's andere die können das besser“. Etliche glauben allerdings, dass ihre Mitarbeit nicht benötigt wird. Und wieder andere warten darauf, „einfach mal angesprochen zu werden“.

Neben diesem bunten Strauß an individuellen Gründen, warum „man“ sich nicht für kommunale Aufgaben einsetzen möchte, tauchten drei weitere eher als strukturelle Gründe zu benennende Argumentationsfiguren auf. Sowohl die Beobachtungen vor Ort als auch die Interviews zeigten ein für Ostdeutschland typisches Phänomen: Freiwilliges Engagement und Bürgerarbeit werden von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 1-Euro-Jobs verdrängt. Roland Roth schreibt hierzu: „Da mit ABM-Mitteln nicht dem ersten Arbeitsmarkt Konkurrenz gemacht werden darf, drängen solche Maßnahmen naturwüchsig in öffentliche Bereiche, die klassisch von ehrenamtlich Engagierten wahrgenommen werden oder in den Bereich der freiwillig kommunalen Aufgaben fallen (etwa in der offenen Altenhilfe, der Ehrenamtsförderung etc.).“⁶⁴ Auch in Galenbeck haben im Laufe der vergangenen Jahre viele Maßnahmeteilnehmer – wahrscheinlich Hunderte – am Aufbau des Museumsparks und anderen öffentlichen Aufgaben mitgewirkt. Eine Interviewpartnerin brachte es wohl treffend auf den Punkt: „Erst hat alles die LPG gemacht, dann kamen die ABMs und nun wird erwartet, dass wir das wieder alles machen, na, das wird wohl nix werden...“. So wird historisches Erbe erhalten und Infrastruktur geschaffen, die weitgehend von Förder Richtlinien und öffentlichen Programmen abhängig – aber mit geringem Rückhalt in der Bevölkerung ausgestattet - sind.

Des Weiteren wurde häufig von Befragten geäußert, dass „man“ sich von unserer Frage nach der Bereitschaft zu mehr Engagement für die Gemeinde eigentlich gar nicht richtig angesprochen fühle, da „dies nicht Sache des Einzelnen, sondern Aufgabe des Staates“ sei. In der Tat tangiert die Frage nach der Übernahmbereitschaft von kommunalen Aufgaben das grundlegende Staatsverständnis vieler (keineswegs nur ostdeutscher) Bürger, nach dem vor allem der Staat für die Erfüllung der Daseinsvorsorge zuständig ist. Besonders deutlich wurde dies in der Ablehnung gegenüber der Sanierung von öffentlichen Gebäuden und der Gründung einer privaten Schule - denn „man zahlt ja schließlich Steuern dafür“ und „Bildung ist nicht Privatsache, sondern hoheitliche Aufgabe“.

Darüber hinaus berichteten immer wieder Interviewte, dass ihr Eigenengagement von amtlicher Seite her eher behindert denn gefördert würde. Denkmalschutzrichtlinien verhindern die kostengünstige Sanierung von Gebäuden. Baurichtlinien erlauben nur

⁶⁴ Roth, Roland: Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern, in: APuZ, B39-40, 2001, S. 19.

bestimmte Raumnutzung, so dass gemeinschaftliche Vorhaben nicht realisiert werden können. Der Kindergarten würde der Gemeinde gerne das Kindergartengebäude abkaufen, doch ein Kredit wird dem Elternverein dafür von der Bank nicht gewährt. Gerade den Engagiertesten erscheint es oftmals so, als ob ihr Engagement nicht wirklich gewollt wird.

Lässt doch die öffentliche Rhetorik vermuten, dass aktive Bürger überall gefordert und gefördert würden, so werden jedoch zu selten die Bedingungen für ein verstärktes kommunales Engagement berücksichtigt: Der Rückzug des Staates aus dem Infrastrukturangebot geht heute lediglich mit einer Rückverlagerung von Pflichten an die Bürger einher – nicht aber mit einem mehr an Rechten und Handlungsspielräumen. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass angesichts zunehmender Hochaltrigkeit, fehlender Jugend und überaus enger finanzieller Spielräume vieler, die aktuellen Herausforderungen in entlegenen ländlichen Räumen durch bürgerschaftliches Engagement in einem wesentlich geringeren Maß abgedeckt werden können als heute gerne angenommen wird. Zudem existiert in Ostdeutschland ein grundlegend anderes Verständnis von den Aufgaben des Staates, die bürgerschaftliches Engagement über den privaten Bereich hinaus erschweren.

7 Regionale Planung und Daseinsvorsorge

Vergleichen wir die Situationseinschätzung der befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger mit den übergeordneten regionalen Planungskonzepten (Regionales Entwicklungskonzept Mecklenburgische Seenplatte (REK), Zukunftsprogramm Mecklenburg-Strelitz), so fällt auf, dass dem Ausbau der physischen (wirtschaftsnahen) Infrastruktur wie der Dorfentwicklung nach wie vor eine exponierte Position zukommt. Das Strategiepapier des Landkreises bezieht sich freilich fast ausschließlich auf die geplante Wirtschaftsförderung und vernachlässigt Konzepte zur Gestaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur.⁶⁵ Die befragten Galenbecker Bürger nahmen aber gerade in diesen Bereichen besonderen Handlungsbedarf wahr.

Die Bedeutung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie die Mitwirkung der Bürger sind sehr wohl erkannt, doch spielen sie in der Planung und Umsetzung eine untergeordnete

⁶⁵ Vgl. Regionaler Planungsverband der Region Mecklenburgische-Seenplatte: Regionales Entwicklungskonzept Mecklenburgische-Seenplatte, Neubrandenburg 2000 [REK]. Strategiebeirat des Landkreises Mecklenburg-Strelitz: Zukunftsprogramm Mecklenburg-Strelitz, erarbeitet durch Peter Vieregge GmbH, Neustrelitz 2005.

Rolle. So unterstützte die Regionalkonferenz z.B. im Jahr 2000 (Jahr der Veröffentlichung des REK) keinerlei Projekte aus dem Bereich „soziales Leben“. Zudem wird der Ausbau der Freizeit- und Erholungsinfrastruktur vor allem unter dem Blickwinkel der Erschließung weiterer touristischer Potentiale betrieben.⁶⁶ Die Bedeutung von Sportstätten, Spielplätzen oder dem Ausbau von Kindertagesstätten für die ortsansässige Bevölkerung wird so gut wie nicht wahrgenommen.

Darüber hinaus wird deutlich, dass die regionalpolitischen Konzepte und Strategiepapiere vor allem auf Leitfiguren (Bürgermeister, Unternehmer, Planer) in der regionalen (Politik-) Landschaft setzen. Die „einfachen“ freiwillig Engagierten, die bloß gemeinschaftlich Aktiven oder gar die Nichtaktiven stehen nicht im Fokus der Überlegungen zu zukünftigen Entwicklungen im ländlichen Raum. Analogien zur aktuellen „Leuchtturm-Politik“ lassen sich hier vermuten. Scheinen die lokalen Politiker doch zu glauben, dass exponierte Persönlichkeiten allein schon als Lokomotiven wirken würden um wirtschaftliche Entwicklung, bürgerschaftliches Engagement und Aktivitäten anzustoßen.⁶⁷ In der Tat ist die Rolle von zentralen lokalen Akteuren unbestritten, doch gerade unsere Studie zeigt, wie groß die Ferne der befragten Bürger zum politischen Feld ist und dass die Existenz eines überaus aktiven und engagierten Bürgermeisters allein nicht ausreicht, eine florierende Wirtschaft oder ein blühendes Gemeindeleben zu generieren. Vielmehr wollen gerade die Nichtaktiven – auch von Politikern – angesprochen werden.

Unübersehbar ist, dass sowohl im nicht mehr ganz „taufrischen“ REK aus dem Jahr 2000, als auch im Strategiepapier aus dem Jahr 2005 die Thematik des demographischen Wandels nur kurz gestreift, nicht aber in ihrer zukunftsbestimmenden Bedeutung wahrgenommen wird. Entsprechende Konzepte zur Daseinsvorsorge unter den Bedingungen von Schrumpfung und Alterung werden weitgehend vernachlässigt.⁶⁸ Der Bedarf an mobilen Versorgungseinheiten im ländlichen Raum oder zum Einsatz von Teleservicehäusern wird im REK durchaus als Handlungsfeld wahrgenommen, Projekte werden dazu allerdings nicht begleitet.⁶⁹ Auch das Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Strelitz setzt weiterhin unbeirrt fast ausschließlich auf klassische Wirtschaftsförderung.

⁶⁶ Vgl. REK: a.a.O., S. 43, Zukunftsprogramm: a.a.O., S. 20ff.

⁶⁷ Selbstkritisch wird im REK vermerkt, dass es „bisher nicht hinreichend gelungen [ist], einen weiten Kreis von Akteuren verschiedenster Handlungsfelder und -ebenen aktiv in den Prozess einzubinden“ (S. 54).

⁶⁸ Das REK berichtet von zwei von der Regionalkonferenz begleiteten Pilotprojekten zur Mobilität (Müritz-Nationalpark-Ticket, Verkehrsleitsystem Müritz-Nationalpark), die allerdings vor allem auf den touristischen Verkehr ausgelegt sind. Vgl. REK S. 7ff, 40.

⁶⁹ REK: a.a.O., S. 34.

Allerdings hat sich seit dem Jahr 2000 in Bezug auf die Konsequenzen des demographischen Wandels in der Region Mecklenburgische-Seenplatte einiges getan - nicht zu letzt durch die Teilnahme an den beiden Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ (2002 bis 2004) und seit 2005 an dem Vorhaben „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge“.⁷⁰

Im Zentrum des ersten Modellvorhabens „Anpassungsstrategien“ standen die „Sicherung der medizinischen Versorgung“ und die „Anpassung der Berufsschulstruktur“. Zudem ist eine Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis der Kreise und kreisfreien Städte bis zum Jahr 2020 erstellt worden. Sie dient als Arbeitsgrundlage für regionale Strategien zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels, die in einem Strategiepapier „Bevölkerungsrückgang in der Mecklenburgischen Seenplatte: Aktiv Gestalten statt Passiv Erleben“ zusammengefasst worden sind. Anpassungsbedarf wird vor allem im Bereich der sozialen (Kinderbetreuung, Schulstruktur) und technischen Infrastruktur (Abwasser, Straßenbau) sowie dem ÖPNV gesehen. Den Folgen des demographischen Wandels auf die Siedlungsstruktur soll mit Wohnungsrückbau, generationsspezifischen Wohnformen und vorsichtiger Neuausweisung von Bauflächen begegnet werden. Auch die Umstellung auf neue Kommunikationsformen wie e-Government und e-Health werden angesprochen.⁷¹

In der seit Oktober 2005 laufenden Projektphase „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ konzentriert sich die Planungsregion Mecklenburgische-Seenplatte auf Anpassungsstrategien in den Bereichen Kinderbetreuung, Pflegelandschaft, Bildung sowie ÖPNV. Zurzeit werden kleinräumige Bevölkerungsprognosen sowie Erreichbarkeitsstudien für ÖPNV und Schulen erstellt. Diskussionen werden auch über flexible Lösungen für Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflege geführt.⁷²

Die Ansätze und Handlungsempfehlungen der MORO-Projekte in der Planungsregion Mecklenburg-Strelitz, die verstärkte Beachtung auf die soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, Schule, Pflege) und den ÖPNV legen, decken sich also durchaus mit den Wahrnehmungen und artikulierten Bedarfen der befragten Galenbecker Bürgerinnen und

⁷⁰ Die Modellprojekte werden von dem Regionalen Planungsverbandes und seiner Geschäftsstelle (Amt für Raumordnung und Landesplanung) in Neubrandenburg durchgeführt.

⁷¹ Vgl. Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.): Hausärztliche Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte, a.a.O. Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.): Hausärztliche Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte: Strategiepapier des Regionalen Planungsverbandes im Umgang mit der Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 in Vorbereitung der Neuaufstellung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms, Neubrandenburg 2005.

⁷² Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): MORO-Information „Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge“, Nr.2/1-04/2007, S. 13.

Bürger. Allerdings handelt es sich bei den MORO-Projekten „nur“ um eine Begleitförderung, die neben einer stärkeren Bewusstseinsbildung, die „regionalen Anpassungskonzepte für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf diskursivem Wege in Zusammenarbeit mit allen wesentlichen Akteuren erarbeiten“ soll.⁷³ Die „Stunde der Wahrheit“ wird demnach erst noch kommen, dann, wenn es darum geht, die Ideen und Empfehlungen der MORO-Projekte auf der kommunalen Ebene auch umzusetzen.

8 Fazit

Die Befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger nehmen den Wandel der Daseinsvorsorge deutlich wahr und haben dabei auch die zukünftigen Entwicklungen realistisch im Blick. Die gute Ausstattung mit technischer Infrastruktur wird, mit Ausnahme der fehlenden DSL-Anschlüsse, positiv gewertet. Ebenso wird die deutliche Verbesserung des Dorfbildes sehr geschätzt. Gleichzeitig sehen die befragten Galenbecker, dass der status quo der Infrastrukturausstattung so nicht zu halten ist. Deutlich wurde, dass es zukünftig eine stärkere Konkurrenz um altersspezifische Infrastruktur geben wird. Bereits heute sehen die Befragten einen höheren Bedarf bei Senioren- als bei Kinderbetreuung und Schulversorgung. Der Abbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur wird besonders schmerzlich wahrgenommen. In diesem Bereich wurden hohe Unzufriedenheitswerte ermittelt, die allerdings von der Unzufriedenheit mit dem ÖPNV noch übertroffen wurden. So wird dann auch ein großer Bedarf für zusätzliche Investitionen in die Freizeitinfrastruktur und den ÖPNV gesehen.

Bürgerschaftliches Engagement ruht in Galenbeck auf wenigen Schultern. Nur ein Drittel der befragten Bürgerinnen und Bürger ist gesellschaftlich aktiv. Die hohe geäußerte (zukünftige) Engagementbereitschaft darf allerdings nicht überschätzt werden, denn voranschreitende Alterung verbunden mit steigendem (häuslichen) Pflegebedarf, ein Mangel an Kindern und Jugendlichen wie die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt lassen für die Zukunft keine Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements erwarten.

Zur Förderung der Bürgerbeteiligung bedarf es einer deutlich stärkeren Anerkennungskultur und professionalisierte Unterstützung der bereits Aktiven. Denn gerade sie sind es, die wie Leuchttürme das bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum aufrechterhalten und erlebbar machen. Ihrer unermüdlichen Arbeit ist es zu verdanken, dass immer wieder neue

⁷³ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): a.a.O., S. 5.

Projekte entstehen, neue Mitglieder angeworben werden und sich das gemeinschaftliche Leben in den Kommunen bunt und attraktiv gestaltet. Auf der anderen Seite greift es zu kurz, die Wünsche der Nichtaktiven „links liegen zu lassen“ oder darauf zu hoffen, dass sich schon jemand ihrer annehmen wird. Vielmehr können professionalisierte Unterstützung sowie Kooperationsangebote mit Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen und regelmäßige Angebote für Senioren, Kinder und Jugendliche unterbreiten. Bürgerschaftliches Engagement entsteht vor allem dort, wo es erlebt werden kann.

Mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geht eine verstärkte Suche nach Kooperationspartnern und Allianzen mit Unternehmen und Bürgern einher. Gerade in ländlichen Räumen wird gerne an die „ureigenen Kräfte“ wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement appelliert, um die Bürger auf ihre neuen „Aufgaben“ vorzubereiten. Die Projekte lauten dann Fahrgemeinschaften für Senioren, Pflege von öffentlichen Plätzen oder Schulsanierung. Diese Form der Staat-Bürger-Allianzen setzen eine aktive Bürgerschaft voraus, die in der Lage ist kommunale Aufgaben durch bürgerschaftliches Engagement, das über Sport, Spiel und Entspannung hinausgeht, zu ergänzen oder zu ersetzen. Aus unseren Untersuchungen geht hervor, dass gemeinschaftliche Aktivitäten und freiwilliges Engagement vor allem von Erwerbstätigen, Jüngeren und gut Ausgebildeten getragen werden. Sind aber nun gerade diese Gruppen ausgedünnt – durch hohe Langzeitarbeitslosigkeit, Abwanderung junger Menschen und höher Qualifizierter – so vermindern sich die Chancen für diese Allianzen deutlich. Verschärft wird die Situation durch den Mangel an sozialen Orten im öffentlichen Raum, die unabdingbare Grundlage ist für eine Kommunikation unter Bürgern.

Darüber hinaus ist es schwer vermittelbar, wieso die Bürger nun in die Bresche springen und in Eigenarbeit Leistungen erbringen sollen, für die sie Steuern und Abgaben zahlen (Sanierung öffentlicher Bauten, Straßenreinigung etc.). Gleichzeitig wird Eigenengagement der Bürger erstickt durch eine staatliche Überregulierung (z.B. Bauregelungen, Personenbeförderung, Schul- und Kinderbetreuungsgesetze), die den veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr gerecht wird. Sollen die Bürger aber in Zukunft stärker eigenverantwortlich und in Ergänzung zu kommunalen Aufgaben agieren, müssen ihnen vermehrt rechtliche und finanzielle Handlungsspielräume eingeräumt werden.

Literaturverzeichnis

- Barlösius, Eva und Claudia Neu: Gleichwertigkeit – Ade? Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume, in: Prokla, 36. Jg., H. 1, 2007, S. 77-92.
- Barlösius, Eva und Claudia Neu: Die Wildnis wagen? In: Berliner Debatte - INITIAL, 12. Jg., Heft 6, 2001, S. 6-76.
- Beetz, Stephan: Innovationen in der Infrastruktur in ländlichen Räumen unter den Perspektiven von Lebensqualität, in: Beetz, Stephan (Hrsg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, Materialien Nr. 14, Berlin 2007, S. 9-20.
- Beetz, Stephan und Claudia Neu: Demographischer Wandel und politische Handlungsfelder im ländlichen Raum, in: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V., 2005, Nr. 7, S. 5-6.
- Beetz, Stephan und Claudia Neu: From Business Development to Quality of Life - Innovation in Rural Northeast Germany, in: Outlook on Agriculture, Jg. 35, Nr. 2, 2006, S. 137-142.
- Blöß, Timo: Gutachten des Sachverständigenrates: Kooperation und Verantwortung, Deutsches Ärzteblatt, PP 6, Ausgabe August 2007.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): MORO-Information „Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge“, Nr.2/1-04/2007.
- Canzler, Weert und Andreas Knie: Demographie und Verkehrspolitik, in: APuZ, B29-30/2007, S. 9-14.
- Forsthoff, Ernst: Der Staat in der Industriegesellschaft, München 1971.
- Forsthoff, Ernst: Die Verwaltung als Leistungsträger, Stuttgart, Berlin 1938.
- Forsthoff, Ernst: Lehrbuch des Verwaltungsrechts. Erster Band: Allgemeiner Teil, München 1973.
- Geister, Sandro: Kommunen im Wandel – Eine Studie zum bürgerschaftlichen Engagement im peripheren ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns, Magister-Arbeit, Universität Rostock 2007.
- Gensicke, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, in: APuZ, B12/2006, S. 9-16.
- Gensicke, Thomas; Sibylle Picot und Sabine Geiss: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Wiesbaden 2006.
- Heinze, Wolfgang: Öffentlicher Verkehr und demographischer Wandel: Chancen für Nordostdeutschland, in: Beetz, Stephan (Hrsg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, Materialien Nr. 14, Berlin, S. 21-30.

- Holtermann, Daniel: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – Eine Analyse der Motivationen und Motivationsstrukturen, BA-Arbeit, Universität Rostock 2007.
- Kersten, Jens: Die Entwicklung des Konzepts der Daseinsvorsorge im Werk von Ernst Forsthoff, in: Der Staat, 44. Band, 2005, S. 543-569.
- Kersting, Norbert: Hilft Selbsthilfe? Probleme und Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, in: Michael Haus: Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik, Opladen 2002, S. 277-292.
- Knorr, Andreas: Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung – einige grundsätzliche ordnungstheoretische Anmerkungen, Materialien des Wissenschaftsschwerpunktes „Globalisierung der Weltwirtschaft“ am Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen, Bremen 2005.
- Krüger, Otto: Das Land Stargard, Neubrandenburg 1925.
- Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern (LAIV-MV): Geobasisdaten, Schwerin 2007.
- Laschewski, Lutz; Neu, Claudia und Theodor Fock: Das aktive und soziale Dorf, hrsg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006.
- Neu, Claudia: Territoriale Ungleichheit, in: APuZ, B37/2006, S. 8–15.
- Neu, Claudia: Überwucherung. Ländliche Räume zwischen Peripherisierung und Ästhetisierung, Verhandlungen des 33. Soziologiekongresses der DGS in Kassel 2006, im Erscheinen.
- Roth, Roland: Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern, in: APuZ, B39-40/2001, S. 5-22.
- Schröder, Marlen: Regionale Disparitäten – Herausforderungen für die Daseinsvorsorge, BA-Arbeit, Universität Rostock 2007.
- Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006.
- Staudinger, Ursula M.: Psychologische Produktivität und Selbstentfaltung im Alter, in: Baltes, Margret und Leo Montada (Hg.): Produktives Leben im Alter, Campus Frankfurt/M./New York 1996, S. 344-374.
- Strategiebeirat des Landkreises Mecklenburg-Strelitz: Zukunftsprogramm Mecklenburg-Strelitz, erarbeitet durch Peter Vieregge GmbH, Neustrelitz 2005.
- Vogel, Berthold: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg 2007.

Internetquellen

Agentur für Arbeit Neubrandenburg: Arbeitslose in kommunaler Gliederung Dezember 2006, Übersicht 3, unter: www.arbeitsagentur.de, abgerufen am 1. September 2007.

AGnES (Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention), unter: www.medizin.uni-greifswald.de/icm/abt_vcm/index.html, abgerufen am 1. September 2007.

Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen: Mobilität in Deutschland, Berlin 2002, unter: www.mid2002.de/publikationen.htm, abgerufen am 1. September 2007.

Center for Rural Research & Development der University of Nebraska at Kearney, unter: www.unk.edu/acad/crrd/, abgerufen am 1. September 2007.

Kirchengemeine Friedland: www.kirchengemeinde-friedland.de/gb-kgf-071.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

ILO-Arbeitsmarktstatistik unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/

Mobilität ist Kultur, unter: www.mobikult.de/, abgerufen am 1. September 2007.

Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien, unter: www.zukunft-oberlausitz-niederschlesien.de/pdf/ModellvorhabenOL-NS_Analyse_und_Leitbilder.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.): Hausärztliche Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte, Neubrandenburg 2004, S. 5ff, unter: http://www.region-mecklenburgische-seenplatte.de/downloads/848_Hausaerztliche-Versorgung.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.): Bevölkerungsvorausberechnung in den Kreisen der Mecklenburgischen Seenplatte bis 2020, Neubrandenburg 2005, unter: www.region-mecklenburgische-seenplatte.de/downloads/901_Bevoelkerungsprognose.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Statistische Berichte. Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung in Mecklenburg-Vorpommern 2004, unter: www.statistik-mv.de/berichte/a__a-v__c193__/daten/c193-2004-00.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern Juli 2007, unter: www.statistik-mv.de/doku/veroeff/zahlenspiegel_aktuell.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern Juli 2007,

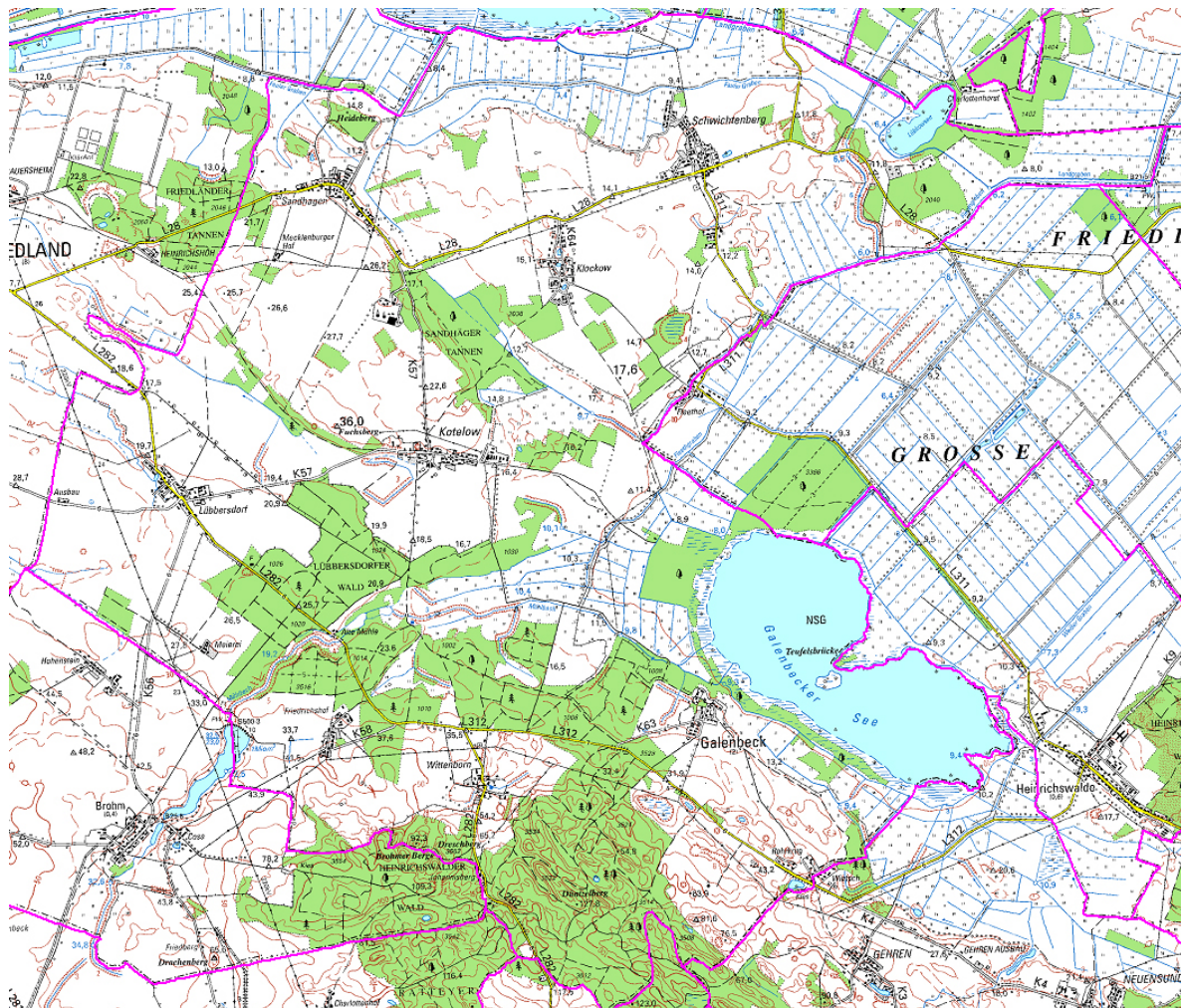
unter: www.statistik-mv.de/doku/veroeff/zahlenspiegel_aktuell.pdf, abgerufen am 1. September 2007.

Statistisches Landesamt: Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte, Schwerin div. Jahrgänge, unter: www.statistik-mv.de/berichte/, abgerufen am 1. September 2007.

Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Strelitz mbH (VMS): www.vms-bus.de/, abgerufen am 1. September 2007.

Appendix

Abbildung A1: Landkarte Gemeinde Galenbeck



Quelle: Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern (LAIv-MV):
Geobasisdaten, Schwerin 2007.

Tabelle A1: Ergebnisse der Logit-Regressionen

Variable	Abhängige Variable		
	I Aktivität	II Potential	III Potential der Nicht- Aktiven
Geburtsjahrgang	0,0084 (0,0166)	0,0394*** (0,0126)	0,0252 (0,0165)
Geschlecht	0,3028 (0,3279)	-0,1492 (0,3168)	-0,1582 (0,3853)
Anzahl der Kinder im Haushalt'	-0,0672 (0,2114)	-0,0871 (0,2000)	0,0124 (0,2780)
Pflegebedürftige im Haushalt	0,0138 (0,8249)	-1,3105 (1,0660)	- ²⁾ -
Religion	0,3656 (0,3505)	0,2594 (0,3191)	0,1159 (0,4018)
Erwerbstätig ¹⁾	0,8155** (0,3899)	0,6270* (0,3466)	0,7266 (0,4563)
Zuzugsjahr	-0,0182* (0,0103)	0,0027 (0,0077)	0,0059 (0,0090)
Weitere Person im Haushalt ist aktiv	1,6160*** (0,3594)	0,0803 (0,4031)	0,4459 (0,5881)
Schulabschluss	0,3951** (0,1841)	0,0754 (0,1772)	0,0395 (0,2208)
Bereits Engagiert		-0,3994 (0,3632)	
Konstante	16,5782 (29,9024)	-82,5842*** (25,2579)	-61,3073* (32,0577)
Beobachtungen	217	217	140
Pseudo R ²	0,1493	0,1212	0,0941

Bemerkungen: Robuste Standardfehler in Klammern, * signifikant auf 10%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; *** signifikant auf 1%-Niveau, ¹⁾ Erwerbstätige inkl, 1EUR-Jober und ABM-Kräften, ²⁾ Bei den Nicht-Aktiven gaben alle Befragten, die Pflegebedürftige im Haushalt hatten, an, sich auch in Zukunft nicht engagieren zu wollen/können,

Tabelle A2: Ergebnisse der Logit-Regression Einflussfaktoren auf die Zufriedenheit mit Infrastruktur und Wohnumfeld

Variable	ÖPNV	Straßen	Wasser	Schule	Seniorenbetr.	Banken	Amt	Arzt
Aktiv	-0,397 (0,3869)	-0,2666 (0,4355)	-0,7978* (0,4542)	-0,0604 (0,3691)	0,4138 (0,4663)	-0,1964 (0,4005)	-0,5749* (0,3289)	0,2965 (0,3757)
Erwerbstätige	0,2959 (0,4105)	0,5733 (0,4697)	0,2101 (0,5206)	0,1563 (0,3779)	0,0479 (0,5579)	-0,3067 (0,4600)	-0,1126 (0,3569)	-0,6916* (0,3839)
Geburtsjahrgang	0,0083 (0,0150)	-0,0359** (0,0153)	-0,0185 (0,0155)	0,0105 (0,0152)	0,0056 (0,0199)	0,0303 (0,0195)	-0,0218* (0,0129)	-0,0025 (0,0159)
Geschlecht	0,3961 (0,3312)	-0,1048 (0,3932)	0,1936 (0,4617)	0,2206 (0,3656)	-0,2858 (0,4186)	-0,0541 (0,3838)	0,053 (0,3157)	-0,3314 (0,3784)
Anzahl der Kinder im HH	-0,2877 (0,2649)	0,1958 (0,2483)	0,0429 (0,2332)	-0,1772 (0,2100)	0,0902 (0,3299)	-0,0985 (0,2506)	-0,2678 (0,1973)	0,0561 (0,2310)
Schulabschluss	-0,2234 (0,2263)	0,228 (0,2309)	0,3804 (0,2803)	-0,0412 (0,1867)	-0,101 (0,2409)	-0,0593 (0,2199)	0,2045 (0,1746)	-0,2928 (0,2122)
Konstante	-16,2975 (28,9925)	70,9453** (29,4579)	37,0839 (29,8640)	-20,5263 (29,3980)	-9,3118 (38,4531)	-57,0816 (37,6561)	42,8156* (25,0288)	7,6117 (30,6470)
Beobachtungen	181	213	209	137	150	199	194	212

Bemerkungen: Robuste Standardfehler in Klammern, * signifikant auf 10%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; *** signifikant auf 1%-Niveau, 1) Erwerbstätige inkl. 1EUR-Jober und ABM-Kräften.

Tabelle A2 (Fortsetzung)

	Gastronomie	Post	Kinderbetr.	Ö-Sicherheit	Einkaufen	Handwerker	Freizeit	Nachbarschaft	Wohnumfeld
Aktiv	0,2118 (0,3293)	-0,1053 (0,3545)	0,4366 (0,4560)	0,0329 (0,3881)	-0,2622 (0,3102)	0,1338 (0,4129)	0,1682 (0,3588)	1,5729 (1,0839)	0,8112* (0,4314)
Erwerbstätige	-0,6387* (0,3637)	-0,7907** (0,3885)	0,2174 (0,4809)	0,1231 (0,4067)	-0,6569** (0,3346)	-0,0139 (0,4400)	-0,096 (0,4350)	0,6644 (0,8485)	-0,9568** (0,4589)
Geburtsjahr	0,0113 (0,0132)	0,0163 (0,0151)	0,0219 (0,0173)	-0,0027 (0,0134)	0,0129 (0,0122)	-0,0017 (0,0156)	-0,0613*** (0,0174)	-0,0129 (0,0269)	-0,0281* (0,0168)
Geschlecht	-0,2 (0,3076)	0,091 (0,3389)	-0,0291 (0,4202)	-0,2201 (0,3577)	0,4152 (0,2873)	0,0301 (0,3830)	0,062 (0,3290)	-0,2658 (0,7046)	0,4638 (0,4052)
Anzahl der Kinder im HH	-0,2664 (0,2146)	-0,0666 (0,2096)	0,1496 (0,3814)	-0,1248 (0,2291)	-0,1085 (0,1917)	-0,3959* (0,2139)	0,2701 (0,2294)	0,0518 (0,3813)	0,2114 (0,2346)
Schulabschluss	-0,3135* (0,1683)	-0,1415 (0,1933)	-0,0014 (0,2024)	-0,1331 (0,1920)	0,0625 (0,1558)	0,0542 (0,2296)	-0,1141 (0,1919)	-0,0742 (0,3600)	0,053 (0,2595)
Konstante	-20,9488 (25,5706)	-29,9359 (29,1596)	-42,3775 (33,4217)	7,1877 (25,7983)	-24,9789 (23,5524)	4,8303 (30,2251)	119,2015*** (33,7036)	27,784 (51,7889)	56,0841* (32,3721)
Beobachtungen	188	203	128	199	214	194	194	211	212

Bemerkungen: Robuste Standardfehler in Klammern, * signifikant auf 10%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; *** signifikant auf 1%-Niveau, 1) Erwerbstätige inkl. 1EUR-Jober und ABM-Kräften.

